blätter des iz3w

nr. 21/22 Jan/Feb. 73 Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Lorettostr. 2o a, Tel 71o 28 App.29

3. Jahrgang

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arntz, S. Bartels, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, B. Stein, G. Stingl, L. Teubner, W. Witzel, W. Zirke.
Konten: BfG Freiburg Nr. 1o.226.233; Postscheckk. Karlsruhe Nr. 148 239-755; SCHWEIZ Postscheckk. Basel Nr. 4o-35899 (G. Stingl)
Jahresabonnement bei 1o Nummern: DM 18,--

Organisatorisches

Abonnement-Bezahlung

Wir bitten, die Abonnement-Gebühren für 1973 (DM 18,--) umgehend zu überweisen. Wie wir im iz3w Nr. 20 mitgeteilt haben, können wir nur noch gegen Vorausbezahlung das iz3w liefern.
Bitte geben Sie den Verwednungszweck auf der Zahlkarte an und schreiben Sie Ihre Adresse deutlich am besten in Druckschrift.

Jahrgang 72

Alle Nummern des Jahrganges 72 sind noch vorrätig. Der Jahrgang kann bei uns für DM 15,-- (incl. Porto) bei uns bestellt werden.

Ferreira-Buch

Das langangekündigte Buch von E. Ferreira "Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa" ist im Januar erschienen. Alle bisher eingetroffenen Bestellungen sind bereits erledigt worden. Das Buch (sowie die englische Fassung) können für DM 6,-- zuzügl. DM 1,-- Porto beim iz3w bestellt werden.

Unser für die Organisation verantwortliche Redaktionsmitglied informierte nach Fertigstellung der Januar-Nummer die Druckerei. In gezeigter Aktentasche befanden sich alle Druckunterlagen.



Adressenänderungen rechtzeitig bekanntgeben:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen rechtzeitig mit, spätestens in drei Wochen vor Ihrem Umzug. Dabei ist es bei Institutionen, Gruppen etc. sowie deren Mitarbeiter für uns wichtig zu wissen, welche genaue Bezeichnung bei der Adressenangabe verwendet wurde, wo also Ihre Karte in unserer Kartei zu finden ist (z.B. Gemeinde St. Josef oder Ökumenisches Zentrum St. Josef).

Teilen Sie auch Ihre alte Adresse oder zumindest den alten Wohnort mit. (Lesern, die ins Ausland umziehen, sei gesagt, daß die Post Drucksachen ins Ausland grundsätzlich nicht nachsendet.)

Ideologiekritik 3

Kritik der Marginalitätstheorie

Vorbemerkung

Ausgangspunkt des folgenden Artikels ist ein Aufsatz, den Prof. Th. Dams 1970 über die aus Lateinamerika stammende Theorie der Marginalität schrieb. (1) Er zeigt anhand dieser "operational orientierten" (2) Analyse Wege zur Überwindung der Unterentwicklung auf.

1. Analyse der Unterentwicklung

1.1. "Marginalität"

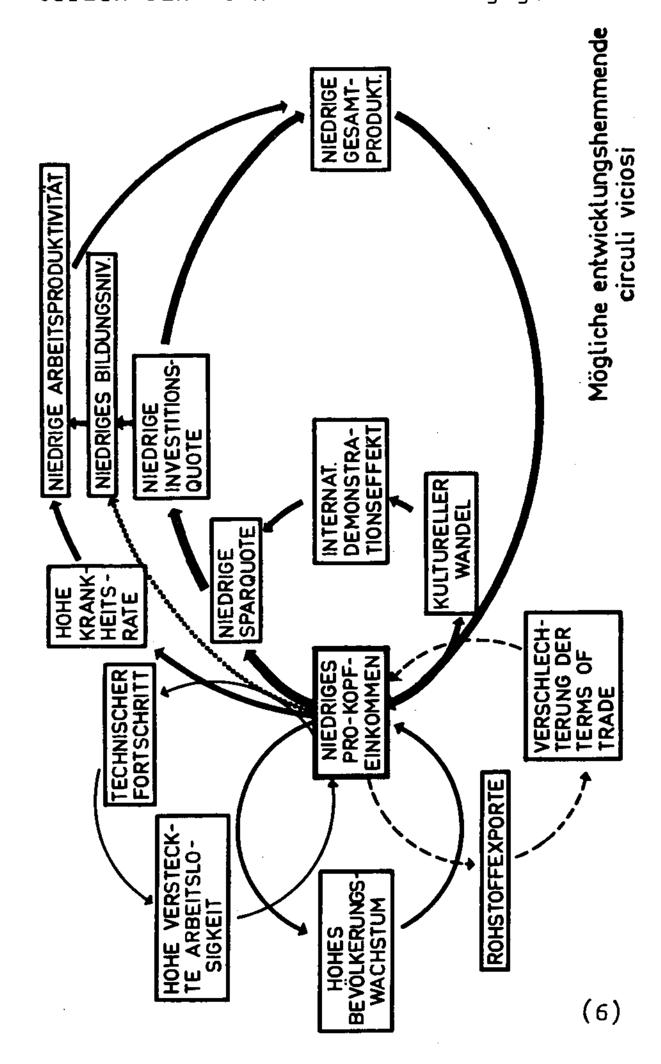
Dams erscheint diese Theorie der Unterentwicklung als "interdisziplinärer Ansatzpunkt", durch den eine Erfassung der "Einzelprobleme des Gesamtphänomens Unterentwicklung" möglich ist. (3)

Die Marginalitätstheorie geht davon aus, "daß in den unterentwickelten Ländern der größte Teil der Bevölkerung an den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entscheidungen sowie am Wirtschaftswachstum - in Entstehung und Verteilung - nur unbedeutend, eben 'marginal' beteiligt ist." (4) Das Phänomen "Rückständigkeit der Bevölkerung" wird jetzt auch als Ergebnis von gesellschaftlichen Spannungs- und Konfliktsituationen außerökonomischer Art gesehen. Zu den bisherigen Faktoren bringt die Theorie, so Dams, das "Konfliktmodell innerhalb der Gesellschaft" mit ein und ermöglicht damit eine neue Sicht empirischer Befunde: "So z.B. den Ursprung ökonomischer und sozialer Konflikte; die Verhinderung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Integration; eine Änderung der Sozialstruktur als Ergebnis gesellschaftlicher Konflikte und ökonomischer Spannungen; die Bestimmung der auslösenden Kräfte." (5)

Kriterien der Unterentwicklung sind
1. die aus den verschiedenen "Teufelskreisen" bekannten Faktoren: 6)

(siehe dazu auch "blätter des iz3w Nr. 19 "Ideologiekritik 1".) Dams sieht sie als "eine Kette sich selbst verstärkender kumulativer Faktoren, die ein quasi-stabiles Gleichgewicht der 'Unterentwicklung' hervorrufen." (7)
2. psychologisch-soziologische Kriterien, die die Einflußnahme (im Sinne einer Modernisierung) und deren Verbreitung innerhalb der Marginalbevölkerung erschweren bzw. verhindern: Gegenseitiges Mißtrauen, Fatalismus, Familienbindung, "Abhängigkeit von und Auflehnung gegenüber staatlichen Einrichtungen", "unvollkommenes Weltverständnis". (8)

Die unter 1. und 2. aufgeführten Kriterien sind voneinander abhängig.



(6)

Exogen verstärkt wird die Unterentwicklung durch Einflußnahme von seiten der Industrieländer:
a) Die Entwicklungsländer orientieren sich in Ziel- und Wertvorstellungen an der westlichen Zivilisation.
b) Einwirkungen durch "außenwirtschaftliche Verflechtung im Handels- und Kapitalverkehr" (9) (Terms of trade, Privatinvestitionen etc.): Daß auf dem Weltmarkt "laufend reale Einkommensübertragungen vom schwächeren zum stärkeren Handelspartner" stattfinden, wird mit dem "Gesetz der historischen Priorität" erklärt: Die Industrieländer

hatten also einfach einen besseren bzw. früheren Start (!).

1.2. Einordnung der Marginalität in den sozialökonomischen und kulturell-soziologischen Dualismus

1.2.1. Sozialökonomischer Dualismus

"Der ökonomische Dualismus kennzeichnet ein System unzusammenhängender, desintegrierter Märkte innerhalb eines Landes." (10) Es bestehen zwei sich voneinander immer stärker absetzende Warenkreisläufe innerhalb einer Volkswirtschaft: Hochentwickelte Sektoren und Regionen, die für den Weltmarkt, schwach entwickelte Gebiete, die im Subsistenzbereich produzieren. "Institutionelle Hemmnisse", "technische Rückständigkeit" und "Marktunvollkommenheiten" (fehlende Transparenz, begrenzter Zugang und einseitige Marktmacht) sind die Hindernisse für die Entwicklung der "zurückgebliebenen" Gebiete. Und noch ein Grund wird genannt, der m.E. etwas aus dem Rahmen der anderen Gründe herausfällt: Die starken Entzugswirkungen (backwash-Effekte), die von den Zentren auf die Peripherie-Gebiete ausgeübt werden (Abzug von Arbeitskräften etc.).

Dams sieht in dieser Situation staatliche Planung zur Überwindung des ökonomischen Dualismus als notwendig an, er glaubt, daß die Marktwirtschaft hier soziale und wirtschaftliche Prozesse kumulativ beschleunigt. (11)

1.2.2. Kulturell-soziologischer Dualismus

Parallel zum ökonomischen liegt ein "kulturell-soziologischer Dualismus" vor: "Die ökonomische Desintegration wird von einer gesellschaftlichen begleitet. Beide bedingen sich wechselseitig." (12) Denn es gibt neben der Konzentration wirtschaftlicher Macht auch die der staatlichen, politischen Macht. Zwischen der kleinen gesellschaftlichen Oberschicht und der marginalen Bevölkerungsmehrheit "besteht kaum eine Verbindung". Gründe, die dazu führen, sind
a) ein traditionelles "Herr-Knecht"-Unterordnungsverhältnis,
b) die Unterordnung im Familienverband.
Der durch den Lebensstil der Oberschicht erzielte Demonstrationseffekt verschärft die Gegensätze, integrationshemmend ist auch die fehlende gemeinsame Sprache. Weitere Gründe für den kulturell-soziologischen Dualismus sind einerseits das "Behauptungsinteresse der Oberschichten" und andererseits die "Unfähigkeit zur Selbsthilfe der Marginalbevölkerung".

Die Analyse der Unterentwicklung, die Dams bis zu diesem Punkt seiner Ausführungen geleistet hat, erscheint widersprüchlich und unklar: Wie paßt denn das anfangs erwähnte "Konfliktmodell" in das geschilderte Gesellschaftsbild, in dem zwei fast völlig voneinander getrennte Bereiche (arm-reich) existieren? Und wie erklärt er die offenbar festgestellten "Widersprüche innerhalb des ökonomischen Systems" ("weil diejenigen, die über technisches Wissen verfügen, keinen Zugang zum Bodeneigentum ... oder zum Kapitalmarkt ... haben" (13))? Gegen wen richtet sich denn das "Behauptungsinteresse der Oberschichten" bzw. wie hängt es denn mit der "Marginalität" der breiten Bevölkerung zusammen, wenn die marginalen Gruppen wirtschaftlich und gesellschaftlich "desintegriert" sind?

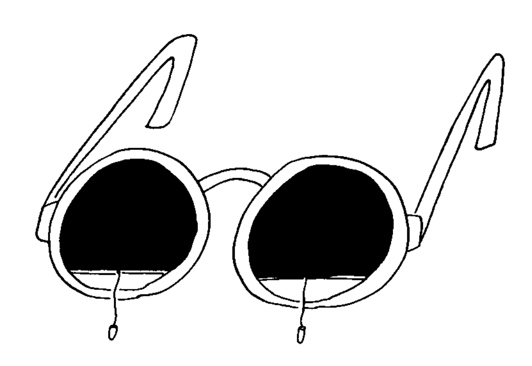
Der Fehler liegt im Ansatz: Die Entstehung der heutigen Zustände in Lateinamerika offenbart einen engen, ja sogar notwendigen Zusammenhang der angeblich getrennten gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Bereiche: Die Gegensätze sind in einem einheitlichen historischen Prozeß entstanden (14), es sind "Entwicklung und Unterentwicklung in Lateinamerika historisch unmittelbar miteinander verbunden". (15) Und dieser Prozeß dauert heute noch an: Es "repräsentieren diese wechselseitigen Verhältnisse ... das Funktionieren einer einzigen globalen Gesellschaft." (16)

Die städtischen Industriezentren entwickelten und entwickeln sich durch die Unterentwicklung der peripheren, ländlichen Regionen (17):

a) Die – in der Hoffnung auf bessere Lebensmöglichkeiten als in der Landwirtschaft – vom Land in die Städte abgezogenen Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter bilden ein Überangebot an Arbeitskräften und ermöglichen ein Niedrighalten der Löhne (18). Sie tragen somit in zweifacher Hinsicht – einmal durch ihre gelegentliche schlechtbezahlte Arbeit, zum anderen durch ihre Funktion als industrielle Reservearmee – zum Reichtum der nicht-"marginalen" Bevölkerungsminderheit und zu den hohen Profiten ausländischer Konzerne bei.

b) Auch die ländlichen "marginalen" Schichten sind entscheidend an der Entstehung des Reichtums beteiligt: Die Subsistenzwirtschaft der Klein- und Kleinstgüter (Minifundien, Pachtland) bezeichnet A.G. Frank als "Schockabsorber, der die übrige Landwirtschaft teilweise isoliert, schützt und stabilisiert". (19) Es wird nur für den eigenen Bedarf, nicht aber für den Binnenmarkt oder den Export produziert. Und die oben erwähnte "übrige Landwirtschaft": Das sind die Latifundien der herrschenden Oligarchien, die für den Binnenmarkt und für den Export produzieren und keine Konkurrenz durch die quantitativ zu geringe und qualitativ minderwertigere Minifundienproduktion zu fürchten haben. A.G. Frank dazu: "Denn ein primärer Grund für den

Besitz an großen Landflächen sowohl auf der individuellen wie auf der sozialen Ebene ist nicht der Gebrauch, sondern die Verhinderung seines Gebrauchs durch andere." (20)



An diesen Zusammenhängen, an der Tatsache, daß sowohl die Entwicklung der internationalen (Europa, USA) als auch der nationalen Metropolen das Massenelend in der 3. Welt und die Entwicklung der Unterentwicklung hervorgebracht haben bzw. hervorbringen, daran geht die Marginalitäts-Ideologie vorbei.

Daher läßt sich auch zeigen, daß ihre Ansätze zur Überwindung der Unterentwicklung falsch sind.

2. Entwicklungstheoretische Ansätze

2.1. Mobilisierung der Bevölkerung

Als Mittel zur Überwindung der Marginalität erscheinen Dams Projekte der Entwicklungshilfe geeignet (21). Zentraler Ansatzpunkt für ein Ausbrechen aus dem "Teufelskreis" der Unterentwicklung ist die Motivierung der Marginal-Bevölkerung durch "institutionalisierte Hilfs- und Beratungsleistungen" (technisch, ökonomisch, juristisch). Er sieht den Anstoß "von außen" als notwendig an für die Bildung der "Selbsthilfegruppen", die einmal selbständig die angebotenen Dienste und Beratungen und damit auch die weitere Motivierung und Organisierung der Bevölkerung weiterführen sollen. Diese Projekte sollen auch von den jeweiligen Regierungen unterstützt werden: "Entscheidend scheint mir, daß man ... von oben her technische Assistenz gibt." (22)

Ziele der Hilfe sind die Beseitigung von "Marktunvollkommenheiten" zur Überwindung des ökonomischen Dualismus, die Veränderung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse (!!) und Integration der marginalen Gruppen in die nationale Gesellschaft (23). Die Bevölkerung soll zur "aktiven Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Geschehen und zur bewußten Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen" (24) mobilisiert werden, daher ist ihre Beteiligung an den Projekten trotz Unterstützung "von außen" und "von oben" natürlich entscheidend.

"Die Selbsthilfegruppe übernimmt eine 'Schutzfunktion' für ihre Mitglieder gegenüber der traditionalen Umwelt." (25) "Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung" tritt eine "Differenzierung" der Gruppe ein: Stufenweise Entwicklung zur selbständigen Organisation, zum regionalen bzw. nationalen Zusammenschluß und zur Gründung einer Genossenschaftsbank. Sobald der nationale Zusammenschluß erfolgt ist, sind die Selbsthilfegruppen "zu einem ökonomischen Datum und zu einer politischen Kraft" geworden, sie werden als "Kooperationspartner" für andere Organisationen und für den Staat interessant.

2.2. Emanzipation von oben?

Die Ansätze zur Mobilisierung der Bevölkerung, die Dams vorschlägt, sind genauso widersprüchlich wie seine sozioökonomische Analyse: Er erkennt die Abhängigkeit des Erfolgs der Selbsthilfegruppen "von den politischen und ökonomischen 'Umweltbedingungen' des jeweiligen Entwicklungslandes" (26). Aber: "Die allgemeinen Rahmenbedingungen werden für die Selbsthilfegruppen zum Datum erhoben, damit sie nicht vorzeitig in Konflikte mit den herrschenden Gruppen geraten, denen sie (noch) nicht gewachsen sind." (27) Und das, obwohl ihre Zielsetzung der Abbau einseitig verteilter ökonomischer und gesellschaftlicher Macht und die Einschaltung in den ökonomischen und politischen Willensbildungsprozeß ist. (28) Unterdrückung läßt sich logischerweise nicht beseitigen, wenn man (wie von Dams vorgeschlagen) die realen Machtverhältnisse vernachlässigt. (29)

Seine These von der notwendigen Unterstützung "von oben" erscheint ihm selbst fragwürdig: "Inwieweit sich die Schlüsselgruppen innerhalb der herrschenden Schicht - ohne systematisch erzeugten Druck 'von unten' - bereitfinden, auf Vorrechte und Machtstellung zu verzichten und neue Funktionen zu übernehmen, die an sozialer Integration ausgerichtet sind, ist schwer zu sagen." (30) Wenn aber Entwicklung und Unterentwicklung sich gegenseitig bedingen, dann kann die Unterentwicklung nur überwunden werden, indem die Gesetze außer Kraft gesetzt werden, die das Funktionieren einer Unterentwicklung-produzierenden Gesellschaft bestimmen (31). Eine grundlegende Änderung gesellschaftlicher und ökonomischer Machtverhältnisse vollzieht sich also nicht mit Billigung oder sogar Förderung der Kräfte, die von der bestehenden Ordnung profitieren. Das heißt "von Regierungen, die auf der bestehenden Machtstruktur gründen, ist kaum der

Wille zu erwarten, die Bauern aus ihrer Randexistenz zu befreien ... sie würden ihre eigene Entmachtung vorbereiten." (32) Denn "die für eine sozioökonomische Entwicklung des Landes im Interesse der großen Mehrheit erforderlichen Entscheidungen gefährden zwangsläufig die Interessen der reichen Minderheit." (33)

Dams überlegt, ob er nur die Marginalgruppen zu "gegengewichtiger gesellschaftlicher Marktmacht" ("zur Induzierung bzw. Erzwingung sozialökonomischer Entwicklung 'und' sozialer Verpflichtung der 'herrschenden' (!!) Gruppen") bringen will oder ob er ein Bündnis der Unterprivilegierten mit der "politisch besonders aggressiven" unteren Mittelklasse vorschlagen soll: Der 1. Weg scheint ihm eventuell dazu zu führen, "lediglich Marginalität auf höherem Niveau zu zementieren, ohne gesellschaftliche Integration zu erreichen." (34) Und genau dahin, zu "Marginalität auf höherem Niveau", scheint mir seine Strategie zu führen: Er bildet eine kleine Aufsteigergruppe zu qualifizierteren Arbeitskräften aus und hebt damit ihre Kaufkraft an. In welche Gesellschaft er die Marginalen "integrieren" will, hat er sinnvollerweise nie gesagt (in die bestehende vielleicht?!).

Bei einem Fachgespräch wurde Dams gefragt: "... Setzt dieses Modell nicht im Grunde eine funktionierende Demokratie voraus ...?" und "... Steht nicht die gesamte Logik des kapitalistischen Systems gegen die Beseitigung der sogenannten Marginalität, sehr wohl aber für eine Verbesserung, für eine Anhebung ihres Niveaus?" (35) (36) Darauf Dams: "Da gibt es also die Möglichkeit, subversiv zu arbeiten, oder aber auf der anderen Seite sich anzupassen. In den meisten Fällen ergibt sich genau der mittlere Weg."

Da offenbart sich seine unscharfe "Theorie" - sie stammt nicht von ihm, seinem Aufsatz liegen lateinamerikanische Studien und die ihm mündlich mitgeteilten Beobachtungen eines deutschen Fachmannes zugrunde - als konzeptionslos und widersprüchlich: Sie genügt dem Anspruch, die gesellschaftliche Wirklichkeit der Unterentwicklung zu erfassen, in keiner Weise.

1.2.73

ji

---

1) Th. Dams, Marginalität, Nr. 3 der Schriftenreihe der Kübelstiftung, Bensheim 1970
2) ebda., S. 15
3) ebda., S. 16
4) ebda., S. 13
5) ebda., S. 14
6) ebda., S. 19
7) ebda., S. 18
8) ebda., S. 21
9) ebda., S. 22
10) ebda., S. 25
11) ebda., S. 26
12) ebda., S. 27
13) ebda., S. 30
14) R. Stavenhagen, Sieben falsche Thesen über Lateinamerika, in: Rotbuch 15, Wagenbach-Verlag, 1969, S. 17
15) ebda., S. 19
16) ebda., S. 17
17) vgl. dazu Luis Vitale, Latin America: Feudal or Capitalist, zit. in Hochmann/Sonntag, Christentum und politische Praxis: C. Torres, es 1969, S. 21
18) ebda., S. 66
19) A.G. Frank, Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, EVA, 1969, S. 259
20) ebda., S. 260
21) Dams, S. 15
22) Dams zur Marginalität/Fachgespräch "Veränderung von Sozialstrukturen in der 3. Welt" (Misereor/Kübel-Stiftung), 27.10.70, erschienen bei der Kübel-Stiftung, Bensheim, S. 8
23) Misereor-inform, Die am Rande leben, Aachen, S. 9
24) Dams, S. 41
25) ebda., S. 42
26) ebda., S. 37/38
27) ebda.
28) ebda., S. 38
29) siehe dazu auch: S. Bartels, Begriffskult "Marginalität", in: "blätter des iz3w", Nr. 4, Febr. 71, Freiburg
30) Dams, S. 33
31) Hochmann/Sonntag, S. 136
32) H. Lüning, Revolution, in: Kontraste, Nr. 1/1970, Herder/Freiburg
33) Aus der "Plattform für eine Bewegung zur Einheit des Volkes", von C. Torres, in: Hochmann/Sonntag, S. 97
34) Dams, S. 33/34
35) H.v. Nußbaum, in dem unter 22) erwähnten Gespräch, S. 10 und S. 27
36) ebda., S. 45

„Ansehen des Unternehmers gesunken"

Bonn (ddp)

Das Ansehen der Unternehmer in der Bundesrepublik sei seit einigen Jahren einem „erschreckenden Verfall" ausgesetzt, erklärte der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Egon Lampersbach, in Bonn. Lampersbach stützte seine Aussage auf „besorgniserregende Zahlen", die im vergangenen Jahr vom Wuppertaler Institut für Kommunikationsforschung ermittelt worden seien. Danach hätten 1968 noch 59 Prozent der befragten Bundesbürger die Unternehmer für sozial gehalten, 1972 sei dieser Prozentsatz aber auf 18 Prozent gesunken. Auf der anderen Seite sei die Bewertung „unsozial" in diesen vier Jahren aber von sechs auf 25 Prozent gestiegen. Die Einstufung „demokratisch" sei von 61 auf 13 Prozent gesunken. Lampersbach warnte davor, die Unternehmer zum „Prügelknaben der Gesellschaft" zu machen. Dem zunehmenden Vertrauensschwund in der Öffentlichkeit könne nur mit einer mit Nachdruck betriebenen Vertrauenswerbung begegnet werden.

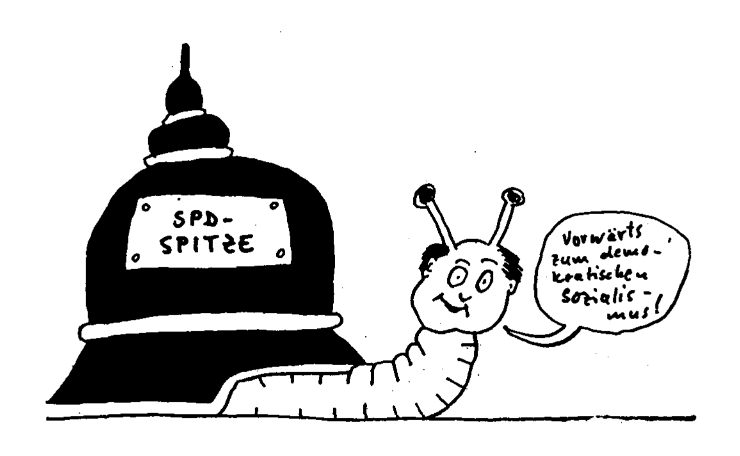
Süddeutsche Zeitung
16. 12. 72

Privatinvestitionen

Sohn: «Hemmungslosigkeit als motorische Kraft»

Karl-Heinz Sohn, früher Arbeitsdirektor bei Krupp, heute Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Alibi-Linken Eppler, hat in einem Grundsatzartikel zur Funktion der Privatinvestitionen die Ziele erläutert, von denen nach seiner (maßgeblichen!) Auffassung die anstehende Neufassung des Entwicklungshilfesteuergesetzes geleitet werden sollte. (Zum Entwicklungshilfesteuergesetz vgl. blätter des iz3w, Nr. 17/18, S. 2 ff.). Diesem Artikel haben wir die folgenden markanten Sätze entnommen. Falls sie tatsächlich das Konzept der SPD (die angeblich den demokratischen Sozialismus anstrebt) und der Regierung auf entwicklungspolitischem Gebiet umreißen sollten, dürfen sie als ein weiterer Beleg für die These gelten, daß der bürgerliche Staat - auch mit einer sozialdemokratischen Regierung an der Spitze - im Spätkapitalismus zu nichts anderem taugen kann, als die Unversehrtheit der großen Kapitale zu garantieren und ihre Verwertungsbedingungen zu verbessern. Als Kontrastlektüre empfehlen wir den beim iz3w erhältlichen Aufsatz von Friedhelm Hemmerich: Die Rolle der westlichen Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer. Das BMZ hat es bis heute nicht fertiggebracht, sich gründlich mit diesem Papier auseinanderzusetzen und darauf zu antworten.

Red.



aus: Karl-Heinz Sohn, Die Rolle der Privatinvestitionen für die Entwicklungspolitik

in: vierteljahresberichte - Probleme der Entwicklungsländer - Nr. 49, September 1972

Die Motivationen deutscher Privatinvestitionen sind eindeutig und verständlicherweise unternehmerisch bestimmt: Absatzchancen, langfristige Gewinnerwartungen und Sicherheit des Engagements spielen die entscheidende Rolle. Die Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand treten hinzu, auch wenn sie nicht den Ausschlag geben. Keine Bedeutung hingegen haben entwicklungspolitische Motive, weil Unternehmer nicht altruistisch, sondern erwerbswirtschaftlich im Sinne ihrer Gewinnmaximierung tätig sind....

Gerade die ... Schrankenlosigkeit, Hemmungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus sind eine motorische Kraft, die auf den Fortschritt der Entwicklungsländer heilsam, wenn auch nicht immer spannungsfrei zu wirken vermag....

Die These von der imperialistischen Ausbeutung durch private Investitionen in Entwicklungsländern ist somit in ihrer allgemeinen Form und für die deutschen Investitionen nicht haltbar....

Das Volumen der deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist absolut und prozentual gleichermaßen unbefriedigend. Den rund 7 Mrd DM, die deutsche Firmen in der Dritten Welt investierten, stehen rund 80 Mrd DM an amerikanischen und 20 Mrd DM an britischen Investitionen gegenüber...

Man hat ... den Eindruck, als scheuten sich deutsche Unternehmer deswegen vor Auslandsengagements, weil sie zu "introvertiert" und wenig auslandsrisikofreudig sind. Schon weil es in ihrem langfristigen und wohlverstandenen Interesse liegt, dürfte es zweckmäßig sein, ihnen diesen Mut zum Auslandswagnis nahezubringen und sie mit den Chancen von Engagements in Entwicklungsländern vertraut zu machen.

Abhängigkeit in Punkten

BEWERTUNG DES INVESTITIONSKLIMAS
(Aus der Harvard Business Review, September/Oktober 1969)

	Punkte	Bewertungsspanne
Kapitalrückführung		
Keine Beschränkungen	12	0–12
Zeitlich begrenzte Beschränkungen	8	
Beschränkungen des Kapitaltransfers	6	
Beschränkungen des Kapital- und Gewinntransfers	4	
Erhebliche Beschränkungen	2	
Rückführung unmöglich	0	
Politik gegenüber Auslandseigentum		
100 % Auslandseigentum wohlwollend aufgenommen	12	0–12
100 % Auslandseigentum widerwillig gestattet	10	
Aktienmehrheit gestattet	8	
Auslandseigentum bis zu 50 % zulässig	6	
Nur Aktienminderheit gestattet	4	
Weniger als 30 % Auslandsanteil gestattet	2	
Auslandseigentum nicht zulässig	0	
Diskriminierung ausländischer Unternehmen		
Gleiche Behandlung von In- und Ausländern	12	0–12
Geringfügige Beschränkungen für Ausländer, keine Kontrollen	10	
Keine Beschränkungen für Ausländer, einige Kontrollen	8	
Ausländer unterliegen Beschränkungen und Kontrollen	6	
Einige Beschränkungen und strenge Kontrollen für Ausländer	4	
Erhebliche Beschränkungen und Kontrollen für Ausländer	2	
Investitionsverbot für Ausländer	0	
Währung		
Frei konvertibel	20	4–20
Differenz zwischen offiziellem und schwarzem Markt unter 10 %	18	
10 % bis 40 %	14	
40 % bis 100 %	8	
über 100 %	4	

	Punkte	Bewertungsspanne
Politische Stabilität		
Langfristig stabil	12	0–12
Stabil, jedoch abhängig von Schlüsselfigur (Persönlichkeit)	10	
Interne Gegensätze, Regierung jedoch fest im Sattel	8	
Starker ausländischer und/oder inländischer Druck auf die Politik	4	
Staatsstreich (von außen oder innen) oder andere radikale Veränderungen möglich	2	
Labile Lage, Staatsstreich oder Umsturz leicht möglich	0	
Zollpolitik		
Umfassender Zollschutz	8	2–8
Beträchtlicher Zollschutz, vor allem für wichtige neue Industrien	6	
Gewisser Zollschutz, besonders für neue Industrien	4	
Wenig oder gar kein Zollschutz	2	
Kapitalmarkt		
Gut entwickelter Kapitalmarkt, offene Börse	10	0–10
Etwas Inlandskapital, spekulative Börse	8	
Begrenzter Kapitalmarkt, etwas Fremdkapital (Weltbank usw.) erhältlich	6	
Kapital knapp und nur kurzfristig erhältlich	4	
Strenge Kapitalmarktkontrollen	2	
Ungehemmte Kapitalflucht	0	
Inflationsrate der letzten fünf Jahre		
Unter 1 %	14	2–14
1 % bis 3 %	12	
3 % bis 7 %	10	
7 % bis 10 %	8	
10 % bis 15 %	6	
15 % bis 35 %	4	
Über 35 %	2	
Summe		8–100

Daten zur Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfe des Ostblocks und Chinas

Konzentration auf relativ wenige Länder

Verglichen mit den Hilfeleistungen der westlichen Welt, waren die Leistungen der kommunistischen Staaten auf diesem Gebiet allerdings stets relativ gering und erreichten zwischen 1954 und Ende 1971 insgesamt nur 13,8 Mia. $. Davon entfielen auf die Sowjetunion rund 7,9 Mia., auf das übrige Osteuropa 3,9 Mia. und auf China 2 Mia. Zu den Empfängern gehörte der Nahe Osten mit rund 5 Mia., Asien mit 4,9 Mia., Afrika mit 2,9 Mia. und Lateinamerika (außer Kuba) mit 1 Mia. $. In den letzten zwei Jahren ist eine *Zunahme* der östlichen Angebote festzustellen, was zum Teil sicherlich auf den sowjetisch-chinesischen Machtkampf zurückzuführen ist.

Wirtschaftshilfe des Ostblocks und Chinas in den Jahren 1954–1971

Empfängerland	*Sowjetblock*	*China (in Mio. $*	*Total*
Indien	2 010	–	2 010
Aegypten	1 845	85	1 930
Iran	1 085	–	1 085
Pakistan	565	310	875
Irak	775	40	815
Indonesien[1]	650	105	(755)
Afghanistan	715	30	745
Algerien	515	50	565
Syrien	450	15	465
Türkei	390	–	390
Brasilien	310	–	310
Sudan	215	80	295
Tansania	25	255	280
Guinea	205	25	230
Sambia	5	220	225
Chile	205	–	205
Ceylon	105	85	190
Total	*10 070*	*1 300*	*11 370*[2]

[1] Hilfsprojekte suspendiert

[2] Dieser Betrag macht 82,5% der von den kommunistischen Staaten seit 1954 insgesamt offerierten Wirtschaftshilfe in der Höhe von 13 800 Mio. $ aus.

Die Sowjetunion gewährt den Entwicklungsländern ihre Kredite normalerweise mit einer Laufzeit von 10 bis 12 Jahren und zu Zinsen von 2,5% bis 3%. Handelskredite für die Exportförderung haben eine Laufzeit von 8 Jahren und werden mit 4 bis 6% verzinst. Die Kreditbedingungen der osteuropäischen Staaten sind in den meisten Fällen ungünstiger. China hingegen gewährt äußerst langfristige Darlehen, die üblicherweise eine Laufzeit von 15 bis 30 Jahren haben. Mauretanien erhielt sogar einen chinesischen Kredit von 20,5 Mio. $, der innerhalb von 50 Jahren zurückgezahlt werden muß. Im Jahr 1971 gewährte Peking Kredite an Guayana und Peru mit einer Laufzeit von 20 Jahren, wobei die ersten 10 Jahre rückzahlungsfrei sind.

Die wachsende Verschuldung der Entwicklungsländer läßt erwarten, daß diese Länder bei ihren kommunistischen Kreditgebern eine *Lockerung der Darlehensbedingungen* zu erreichen versuchen. Nach kürzlich erfolgten sowjetischen Hilfsangeboten zu schließen, scheint Moskau jedoch nicht bereit zu sein, diesen Wünschen nachzukommen.

Vergleiche mit westlicher Entwicklungshilfe

Die Wirtschaftshilfeangebote kommunistischer Länder an nichtkommunistische Entwicklungsländer erreichten im Jahr 1971 einen Gesamtwert von 1,6 Mia. $. Wenn man aber den realen Geldwert der Offerte betrachtet, liegt dieser Betrag wesentlich unter der Rekordhöhe von 1,7 Mia. $ im Jahre 1964. Der Westen, das heißt die Mitgliedstaaten der OECD, gewährte allein 1971 Entwicklungshilfe im Wert von netto 18 Mia. $, also um 4,2 Mia. $ mehr, als die kommunistische Länder insgesamt seit 1954 geleistet haben.

Die den Entwicklungsländern von kommunistischen Staaten de facto gewährten Kredite überstiegen 1971 jedoch kaum 600 Mio. $, wobei der Anteil Chinas an diesem Betrag vor allem durch die Tansania und Sambia für den Bau der Tansam-Eisenbahnlinie gewährten Vorschüsse beträchtlich war. Zieht man von diesem Betrag jedoch die Rückzahlungen von früheren Krediten ab, so bleiben netto nur knapp mehr als 400 Mio. $, wovon 150 Mio. $ aus der Sowjetunion, 100 Mio. $ aus den osteuropäischen Staaten und der Rest aus China kamen, das damit zum erstenmal Entwicklungshilfe in derselben Höhe wie die Sowjetunion leistete.

Bis Ende 1971 hatten die Entwicklungsländer nahezu ein Drittel ihrer insgesamt etwa 5500 Mio. $ betragenden Schulden an die kommunistischen Kreditgeber zurückgezahlt. Indien, das heute den größten Anteil an der sowjetischen Wirtschaftshilfe hat, steht seit 1970 vor dem Problem, daß die in die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und nach Polen als Rückzahlungen gelieferten Waren den Wert der erhaltenen Kredite übersteigen. Die *Belastungen,* die sich für die Entwicklungsländer aus den Kreditrückzahlungen ergeben, werden durch die relativ kurze Laufzeit der osteuropäischen und sowjetischen Darlehen noch vergrößert. Die zinsenfreien *chinesischen* Kredite mit ihren langen rückzahlungsfreien Perioden und ihrer viel längeren Laufzeit sind daher für die Empfängerländer mit wesentlich weniger Problemen verbunden.

Schwerpunkt Naher Osten

Die von den kommunistischen Staaten geleistete Wirtschaftshilfe wird auf nach *politischen*

Gesichtspunkten ausgewählte Länder *konzentriert.* So erhielt im Jahr 1971 nur rund ein Drittel der insgesamt etwa 90 Entwicklungsländer von östlicher Seite eine wirtschaftliche Unterstützung. Der größte Teil der sowjetischen Hilfe ging 1971 in die Länder des *Nahen Ostens*, während sich China fast ausschließlich auf *Asien und Afrika* konzentrierte. *Lateinamerika* wird vor allem von den osteuropäischen Staaten unterstützt.

Im Nahen Osten boten die Sowjets *Aegypten* und dem *Irak* 1971 insgesamt ungefähr 300 Mio. $ als Entwicklungshilfe an. Anfang dieses Kalenderjahres versprach die Sowjetunion der ägyptischen Wirtschaft eine weitere Unterstützung. Eine wichtige Rolle kommt hier den Elektrizitätsprojekten im Zusammenhang mit dem Bau des Assuan-Dammes zu. Im März dieses Jahres einige man sich auf einen Kredit in der Höhe von 195 Mio. $ für die Elektrifizierung von ländlichen Regionen, die Errichtung einer Zement- und einer Keramikfabrik sowie für den Bau von Silos und Lagerhäusern. Das Darlehen für die Elektrifizierung hat eine Höhe von 67 Mio. $. Seine Laufzeit beträgt 12 Jahre bei 2,5% Zinsen. Mit der Rückzahlung muß ein Jahr nach der Lieferung der erforderlichen Ausrüstungen begonnen werden. Diese Bedingungen sind für ein Projekt mit einer langen Ausreifungszeit relativ ungünstig. Rumänien bot Aegypten einen Kredit in der Höhe von 100 Mio. $, Ungarn ein Darlehen von 12 Mio. $ an. Aegypten erhielt damit seit 1954 Kreditangebote von kommunistischen Ländern in der Höhe von rund 1,9 Mia.

Den zweiten Platz unter den arabischen Empfängerländern kommunistischer Kredite nimmt der *Irak* ein. Ein zwischen Moskau und Bagdad 1971 vereinbartes Abkommen sieht für die Errichtung von Industrieunternehmen einen Kredit in der Höhe von 222 Mio. $ bei 2,5% Zinsen vor, der in Form von Erdöllieferungen zurückgezahlt werden wird. Rumänien gewährte dem Irak ein Darlehen von 35 Mio. $, das ebenfalls mit Erdöl abgegolten werden muß. Chinas einzige Kreditofferte an den Nahen Osten war 1971 ein noch nicht endgültig vereinbartes Darlehen an den Irak in der Höhe von 40 Mio. $ für den Ankauf von Maschinen und Ausrüstungen sowie für technische Unterstützung. Der angebotene Kredit soll zinsenfrei sein und ab 1984 innerhalb von 10 Jahren in Form von irakischen Produkten zurückgezahlt werden. Eine endgültige Entscheidung, ob Bagdad von diesem Angebot Gebrauch machen wird, ist für die nächste Zukunft jedoch nicht zu erwarten, da sich die Verhandlungen noch im Anfangsstadium befinden.

Syrien, wo die Sowjetunion am Bau des Euphrat-Dammes beteiligt ist, erhielt 1971 nur ein einziges osteuropäisches Kreditangebot, und zwar einen Kredit von 15 Mio. $ von Bulgarien für den Ankauf landwirtschaftlicher und industrieller Ausrüstungen. Bulgarien bot auch der *Volksrepublik Jemen* einen Kredit in der Höhe von 5 Mio. $ für verschiedene industrielle Projekte an. Auch von Rumänien erhielt dieses Land ein Kreditangebot in der Höhe von 13,5 Mio. $ für verschiedene Projekte, unter anderem für die Modernisierung der Landwirtschaft. *Iran,* das bereits Kreditangebote in der Höhe von mehr als 1 Mia. $ von Ostblockländern erhalten hat, schloß im Jahr 1971 zwar keine neuen Kreditvereinbarungen ab, erhielt jedoch relativ umfangreiche Lieferungen für die Stahl- und Bergbauindustrie.

Indien als Hauptempfängerland

An der ersten Stelle in der Liste der Empfängerländer rangiert *Indien* mit insgesamt 2,01 Mia. $ (seit 1954). 1971 bemühten sich die kommunistischen Staaten in Asien vor allem um einen Ausbau ihrer Beziehungen mit *Ceylon.* China gewährte Ceylon einen zinsenfreien Kredit von 25,2 Mio. $ in konvertierbarer Währung, der nach einer dreijährigen rückzahlungsfreien Periode innerhalb von 12 Jahren zurückgezahlt werden soll. Im weiteren subventionierte Peking 1971 das bereits früher abgeschlossene Reis-Gummi-Abkommen mit 6,5 Mio. $. Die sowjetische Hilfe für dieses Land beschränkte sich auf eine Schenkung von 300 000 $ für Wohnbauprojekte.

Im Dezember 1971 und im Mai 1972 reisten sowjetische Delegationen nach *Malaysia,* um eine Beteiligung an der Durchführung verschiedener Projekte in diesem Land zu erörtern. Man vereinbarte schließlich eine technische Zusammenarbeit mit der Regierung in Kuala Lumpur.

Nepal erhielt 1971 ein kleineres sowjetisches Kreditangebot. Im Januar 1971 war das bereits 1970 vereinbarte Abkommen zwischen der Sowjetunion und *Pakistan* über die Gewährung eines Kredites von 207 Mio. $ für die Errichtung eines Stahlwerkes unterzeichnet worden. Die Laufzeit dieses Kredites wurde auf 12 Jahre, der Zinsfuß auf 2,5% festgelegt. Im Zusammenhang mit dem indisch-pakistanischen Konflikt im Dezember 1971 kam es jedoch zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Pakistan. Nach einem Besuch von Präsident Bhutto in Moskau im März dieses Jahres wurde aber die Wiederaufnahme dieser Kontakte beschlossen. Das pakistanische Radio meldete im März, daß die Russen die Laufzeit verschiedener Kredite von ursprünglich 8 auf 12 Jahre verlängert hätten. China wandelte im Februar 1972 eine als Kredit gewährte Wirtschaftshilfe für Pakistan in der Höhe von 109 Mio. $ in eine Schenkung um und erweiterte die Rückzahlungsfrist eines 1970 gewährten Kredites von 200 Mio. $ auf 20 Jahre.

> *Die Zukunft ist auch nicht mehr, was sie war.*
>
> *Hermann Josef Abs*

Die kommunistische Wirtschaftshilfe für *Nordvietnam* hat sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöht. Offizielle sowjetische Statistiken sprechen von 130 Mio. $ im Jahr 1971, was jedoch den Tatsachen nicht entsprechen dürfte. Nach westlichen Schätzungen erreicht die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Nordvietnams jährlich etwa 500 Mio. $. Neben dem Sowjetblock haben auch die Chinesen ihre Hilfeleistungen an Nordvietnam erhöht. Ein großer Teil der chinesischen Lieferungen wird jedoch sofort dem täglichen Bedarf zugeführt und hat daher keinerlei größere Auswirkungen auf die Entwicklung der nordvietnamesischen Wirtschaft.

Die Beziehungen zu Lateinamerika

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten und *Lateinamerika* erfuhren in den Jahren 1971/72 eine beträchtliche Ausweitung. Der Sowjetblock bot diesem Kontinent 1971 insgesamt Kredite in der Höhe von 240 Mio. $ an. Das erste *chinesisch*e Kreditangebot an ein lateinamerikanisches Land erging 1971 in Form einer 42-Mio.-$-Offerte für den Ausbau der Erdöl- und Bergbauindustrie an *Peru. Guayana* schloß mit Peking im November 1971 ein Handelsabkommen ab. Es ist dies das erste Abkommen, das Guayana seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahre 1966 mit einem kommunistischen Land vereinbart hat.

Seit der Machtübernahme durch Präsident Allende in *Chile* haben sich die Beziehungen dieses Landes zu den kommunistischen Staaten wesentlich vertieft. Chiles Osthandel ist zwar noch relativ gering, die kommunistischen Kreditangebote erreichten 1971 jedoch bereits 145 Mio. $. Die Gesamtsumme der sowjetischen Kredite an Chile beträgt seit der Gewährung des ersten Darlehens im Jahre 1967 insgesamt 205 Mio. $. Die Unterstützungen waren vor allem für den Ausbau der Hafenanlagen, für Wohnbauprojekte, für die Entwicklung des Bergbaus und der Fischerei, der Metallurgie, für die pharmazeutische Industrie sowie für den Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten und Transportausrüstungen gedacht. Von den 1971 gewährten 145 Mio. $ entfielen auf die Sowjetunion 40 Mio. $, auf Polen 35 Mio. $ und auf Bulgarien 20 Mio. $; die restlichen 50 Mio. $ kamen aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien. Peking bot Chile 1971 zwar keine Kredite an, stellte jedoch die diplomatischen Beziehungen mit Santiago her und schloß ein langfristiges Handelsabkommen mit der Regierung Allende ab, das unter anderem die jährliche Lieferung von chilenischem Kupfer im Wert von 70 Mio. $ an China vorsieht. China wird dafür Reis, Tee, Sojabohnen und verschiedene Erzeugnisse der Leichtindustrie an Chile liefern. Kuba, der größte kommunistische Handelspartner Chiles, schloß 1971 mit Santiago ein dreijähriges Handelsabkommen über ein Volumen von 20 Mio. $ ab.

Neben Chile bot die Sowjetunion 1971 Kredite auch noch *Bolivien* (25 Mio. $), Costa Rica (15 Mio.), Kolumbien (10 Mio.) sowie Ecuador und Uruguay (je 5 Mio. $) an. Mit Hilfe dieser Kredite soll vor allem der Ankauf von Ausrüstungen für die Industrie, den Bergbau, die Fischerei, die medizinische Betreuung und das Schul- und Erziehungswesen aus der Sowjetunion finanziert werden. Im Falle, daß die Kredite einem anderen Verwendungszweck zugeführt werden sollten, wird von den Russen ein höherer Zinssatz verrechnet. Derartige «Handelskredite» wurden bisher in vielen Fällen oft überhaupt nicht genützt, da die Bedingungen meistens ungünstig sind. Heute dürfte sich die Bereitschaft zu solchen Kreditvereinbarungen bereits etwas gesteigert haben.

Sonderfall Kuba

Kuba war 1971 der Hauptempfänger kommunistischer Entwicklungshilfe in Lateinamerika. Ende 1971 hatte der sowjetische Handelsüberschuß mit dem 8 Mio. Einwohner zählenden Kuba seit 1960 insgesamt 2000 Mio. $ erreicht. Dieser Betrag entspricht ungefähr der gesamten Wirtschaftshilfe, die der Sowjetblock Indien mit seinen 540 Mio. Einwohnern bisher gewährt hat. Zusammen mit anderweitiger wirtschaftlicher Unterstützung durch die Sowjetunion, die osteuropäischen Staaten und China flossen seit 1960 insgesamt etwa 3500 Mio. $ als Unterstützung nach Kuba. Trotzdem gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß die kubanische Wirtschaft zu einer geringeren Belastung für Moskau werden könnte. An der 26. Sitzung des Comecon-Rates, die im Juni dieses Jahres stattfand, wurde Kuba als Vollmitglied in die östliche Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen. Dies wird wahrscheinlich zu einer noch größeren Einflußnahme der Sowjetunion auf die Wirtschaftsverwaltung der Insel führen. Einen Vorgeschmack dieser künftigen Entwicklung gaben bereits die Instruktionen, die das Comecon-Exekutivkomitee vom Kreml erhielt. Es wurde aufgefordert, «gemeinsam mit Vertretern Kubas Maßnahmen für eine künftige Zusammenarbeit des Landes innerhalb des Comecon zu erarbeiten», und zwar «unter Berücksichtigung des «Komplex-Programmes» über die wirtschaftliche Integration der Mitgliedstaaten und unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen und geographischen Lage der Republik Kuba». Eine Delegation des Comecon-Exekutivkomitees reiste aus diesem Grund Anfang Dezember nach Kuba.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1972 waren die Entwicklungshilfeangebote niedriger als im selben Zeitraum des vergangenen Jahres. Die Offerten erreichten 600 Mio. $. Mehr als die Hälfte davon kam von China. Die Sowjetunion gewährte *Bangladesh* einen Kredit in der Höhe von 10 Mio. $. Das Land erhielt auch einen Kredit von 42 Mio. $, den Moskau ursprünglich Pakistan gewährt hatte und der für das damalige Ostpakistan bestimmt war. Auch von den osteuropäischen Staaten empfing Bangladesh in diesem Zeitraum eine beträchtliche wirtschaftliche Unterstützung.

Am 29. Juni unterzeichnete die Sowjetunion ein Abkommen mit *Chile*, das den Ankauf von 300 000 t chilenischen Kupfers im Laufe von drei Jahren vorsieht. Dieses Abkommen enthält auch eine Vereinbarung über einen Kredit von 260 Mio. $ für Maschinen, Ausrüstungen und komplette Industrieanlagen. Am 8. Juni unterzeichnete auch China ein Abkommen mit Chile, das die Gewährung eines zinsenfreien Kredites in der Höhe von 65 Mio. $ für die Errichtung von Fabriken und den Ankauf von Nahrungsmitteln, Maschinen und medizinischen Präparaten sowie 34 Mio. $ für technische Hilfe vorsieht.

In der Höhe von je 44 Mio. $ bot China auch Afghanistan, Malta und Syrien Kredite an. Pekings Interesse an Malta scheint weitgehend von politischen Motiven geleitet zu sein, da auch die Sowjetunion auf Grund der günstigen strategischen Lage an der Insel größeres Interesse zeigt. Einen weiteren chinesischen Kredit in der Höhe von 20 Mio. $ erhielt Burundi. Mauritius gewährten die Chinesen einen Kredit von 33 Mio. $, und an Niger erging ein Darlehen von 3 Mio. $.

Nach der Verstaatlichung der Iraq Petroleum Company am 1. Juni dieses Jahres und nach einem Besuch einer *irakischen Delegation* in Moskau kam es am 7. Juni zur Unterzeichnung eines Abkommens «über die Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen» zwischen dem Irak und der Sowjetunion, wobei das Hauptgewicht auf die Erdölindustrie gelegt wurde. Ueber Oelkäufe der Sowjetblockländer vom Irak wurden bisher jedoch keine fixen Vereinbarungen getroffen. Gleichzeitig bot die Tschechoslowakei dem Irak einen Kredit von 50 Mio. $ an.

Algerien erhielt 1972 Kreditangebote von der Tschechoslowakei und Rumänien in der Höhe von insgesamt 150 Mio. $, Sambia ein Angebot in der Höhe von 50 Mio. $ von Rumänien, und Bulgarien offerierte Tansania 3 Mio. $. Ungarn gewährte Ceylon einen Kredit in der Höhe von 10 Mio. $. Ueber ostdeutsche Kreditangebote in diesem Zeitraum liegen keinerlei Meldungen vor.

Nach der Gewährung des bereits erwähnten Kredites von 65 Mio. $ an Chile und nach einem Besuch von Ministerpräsidentin Frau Bandaranaike in Peking im Juni dieses Jahres erhielt auch Ceylon einen weiteren chinesischen Kredit in der Höhe von 52 Mio. $. Dieser soll für die Errichtung einer Textilfabrik und die Realisierung anderer industrieller Vorhaben verwendet werden. Die Schenkungen und Kredite Chinas an Ceylon erreichen damit seit 1957 einen Umfang von insgesamt 135 Mio. $, wodurch Ceylon nun in der Liste der von China wirtschaftlich unterstützten asiatischen Länder hinter Pakistan an zweiter Stelle liegt....

Neue Zürcher Zeitung Samstag, 6. Januar 1973

Kirche

Westdeutsche Berufskatholiken kennen keinen portugiesischen Kolonialismus

Westeuropäische und polnische Katholiken hatten sich vom 11. bis 14. Oktober 1972 in Ostende (Belgien) getroffen, um über Fragen der EWG-Entwicklungshilfepolitik, des portugiesischen Imperialismus und der internationalen Aufgaben der katholischen Kirche für Gerechtigkeit und Frieden zu beraten. Gerechtigkeit und Frieden ist der deutsche Name für die nationalen „Iustitia et Pax"-Kommissionen, die unter der gleichnamigen päpstlichen Kommission arbeiten. Die westeuropäischen nationalen Bischofskonferenzen (außer Portugal, Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen) haben auf Beschluß des II. Vatikanischen Konzils nach 1965 solche Kommissionen ins Leben gerufen.

„Sprachschwierigkeiten"

Die Stellung der Kirche zu Fragen der internationalen Gerechtigkeit war, wie bereits erwähnt, auch Beratungspunkt der europäischen Tagung der „Iustitia et Pax"-Kommissionen. Ein zu dieser Frage von einer internationalen Kommission vorgelegtes Papier scheiterte aber auch. Der westdeutschen Delegation klangen Begriffe wie „kollektive Verantwortlichkeit", „Herrschaft" und „Beherrschung" zu mißverständlich bzw. zu negativ in den Ohren, so daß ihr Widerstand ausreichte, das Papier zu Fall zu bringen.

Selbst die „Herderkorrespondenz", eher ein konservatives Halbmonats-Blatt, glaubt in diesem Fall nicht an Sprachschwierigkeiten, sondern analysiert die Abhängigkeit der westdeutschen Delegation als „direkt mit kirchlichen Institutionen wie Misereor, Adveniat und mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken verbunden". Dies führe aber dazu, daß die Selbständigkeit des westdeutschen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden eingeengt werde. Dies kann aber auch nicht verwundern, da nirgendwo Selbständigkeit erlebt wird, wo bischöfliche Gelder fließen.

Doch die Westdeutschen konnten sich nicht bei der Portugal-Resolution durchsetzen. Acht nationale Delegationen fordern den Vatikan und die nationalen Kommissionen auf,

- sich für die Selbstbestimmungsrechte der Völker Mozambiques, Angolas und Guinea-Bissaos
- für politische Deserteure aus Afrika und Portugal
- für Kriegsdienstverweigerer
- für den Kaffee-Boykott
- gegen die Firmen und Banken, die den Bau des Cabora-Bassa-Staudamm unterstützen,
- für die Aufklärung der Bevölkerung in ihren Ländern einzusetzen.

Im Folgenden drucken wir den gesamten Text der Resolution ab.

Hubert Franzen, Bonn

Resolution

Da die europäische „Iustitita-et-Pax"-Konferenz überzeugt ist, daß das Recht auf Selbstbestimmung unabdinglich eine grundsätzliche Voraussetzung für wirkliche Entwicklung ist, fordert sie, die Aufmerksamkeit des Gottesvolkes auf ungerechte Situationen in den Ländern zu richten, die noch unter kolonialer Herrschaft stehen.

Mit ausdrücklichem Bezug auf Mozambique, Angola und Guinea-Bissau

- ist sich die Konferenz der Tatsache bewußt, daß das System der Unterdrückung und die fehlende Freiheit für die tiefe Trennung der Kirche zwischen den Bischöfen und den Gläubigen verantwortlich sind;
- sie stellt fest, daß dieses System zum Guerillakrieg führt, während es sich selbst als fruchtbares Mittel zur Verbreitung der christlichen Kultur sieht;
- sie ist sich der Tatsache bewußt, daß es in Westeuropa mehr als hunderttausend portugiesische Flüchtlinge gibt. Von ihnen sind eine große Zahl Deserteure;
- sie ist sich der Verfolgung bewußt, die ihre protestantischen Brüder in diesen Gebieten erleiden;
- sie ist sich der großen Anzahl politischer Gefangener bewußt, die in diesen Gebieten und in Portugal noch auf ein Gerichtsverfahren warten;
- sie ist sich der Verantwortung bewußt, die die ganze Kirche bei Lösung dieser Probleme hat.

Deshalb fordert die Konferenz vom Heiligen Stuhl mit aller verfügbaren Macht

g) Sie sollen Kontakt aufnehmen mit den Regierungsorganen in ihren Ländern, um zu sehen, welche Konsequenzen aus den Utrechter Resolutionen des Weltrates der Kirchen gezogen werden müssen. Die Resolutionen empfehlen den Rückzug der Kirche und der Fonds ihrer Mitglieder aus den Banken, die sich an der Finanzierung dieser Dämme beteiligen.

h) Sie sollen die päpstliche „Iustitia-et-Pax"-Kommission auffordern, zu überlegen, ob sie sich oder irgendein anderes offizielles Organ der katholischen Kirche dieser Forderung des Weltrates der Kirchen anschließen kann.

i) Sie sollen Informationen über dieses Problem sammeln und verbreiten.

a) dafür einzutreten, daß das Recht dieser Völker auf Selbstbestimmung anerkannt wird;

b) das Konkordat, das Missionsabkommen und -gesetz durch Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung zu revidieren: Der Inhalt dieser Dokumente impliziert die Anerkennung des ungerechten Systems durch die Kirche.

Deshalb bittet die Konferenz die einzelnen nationalen Kommissionen in Europa:

a) Bei ihren Regierungen sollen sie Vorschläge einbringen, um Druck auf die portugiesische Regierung auszuüben. Dadurch soll es Mozambique, Angola und Guinea-Bissau ermöglicht werden, ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen.

b) Sie sollen die öffentliche Meinung auf die Ungerechtigkeiten aufmerksam machen, damit es diesen Völkern möglich wird, ihre Ziele zu erreichen.

c) Sie sollen bei ihren Regierungen für eine Politik legaler Hilfe und sozialer Unterstützung zugunsten der portugiesischen Deserteure eintreten, die in ihrem eigenen Land nicht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen haben, sowie zu-

Vietnamkrieg Historische und völkerrechtliche Aspekte

aus: Rote Robe, Nr. 6/72, S. 251-260

Einführung

Der nachfolgende Beitrag unter Teil II, der von der Basisgruppe Jura Heidelberg im Rahmen der Vietnamkampagne erstellt wurde, versucht die völkerrechtlichen Aspekte des Vietnamkrieges im einzelnen zu beleuchten. Vorangestellt ist ihm ein kurzer Überblick über die Vorgeschichte der amerikanischen Aggression in Indochina.

Eine völkerrechtliche Argumentation gegen den amerikanischen Vietnamkrieg muß immer, auch wenn dies im einzelnen nicht ausführlich geschehen kann, auf den Hintergrund der imperialistischen Strategie selbst bezogen sein. Erst so zeigt sich die notwendige Beschränktheit einer völkerrechtlichen Argumentation und gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, die Verbrechen des Imperialismus gegen die Völkerrechtsnormen in aller Deutlichkeit zu benennen.

Die USA haben - was später im einzelnen zu zeigen sein wird - von Anbeginn ihres Eingreifens in Vietnam permanent gegen Völkerrechtsnormen verstoßen (UN-Charta, Statut des Internationalen Militärgerichtshofes von Nürnberg, Haager Landkriegsordnung, Genfer Indochinaabkommen). Teilweise wurde auch von offizieller amerikanischer Seite versucht, das zuerst versteckte und dann immer offenere militärische Eingreifen in Vietnam durch apologetische Instrumentalisierung des Völkerrechts zu rechtfertigen: Dies geschah im Jahre 1965 durch das sogenannte White Paper und durch das Memorandum der Rechtsabteilung des Außenministeriums der USA vom Jahre 1966. Sowohl das Memorandum zur "Legalität des amerikanischen Beitrags zur Verteidigung Vietnams" als auch das White Paper mit dem bezeichnenden Titel "Aggression from the North" versuchen allein das militärische Eingreifen der USA in Südvietnam und die Angriffe gegen die Demokratische Republik Vietnam als solche zu legitimieren, gehen aber schon gar nicht etwa auf die völkerrechtlichen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ein, die spätestens seit den Verbrechen von My Lai und den Bombardierungen auf die Zivilbevölkerung in Nordvietnam seit dem Februar 1965 in ungeheurer Zahl geschehen. Aber nicht nur das Fehlen eines weiteren Legitimationsversuches für die Zeit nach 1966, wo der Krieg von Jahr zu Jahr weiter vom US-Imperialismus eskaliert wurde und mehr und mehr zu einem Vernichtungsfeldzug gegen das vietnamesische Volk wurde, sondern die Selbstbeschränkung dieser Rechtfertigungsversuche selbst macht den notwendig beschränkten Charakter der völkerrechtlichen Argumentation deutlich. Denn da, wo der Imperialismus auch vor den barbarischsten Verbrechen nicht halt macht und zur Ausrottung eines ganzen Volkes schreitet, findet dies seine Rechtfertigung allein in der imperialistischen Strategie selbst, und da wird das Völkerrecht eben dieser Strategie unverhüllt geopfert. Von daher stellt das Aufzeigen der völkerrechtlichen Verletzungen durch den US-Imperialismus notwendig nur einen Teil der Argumentation gegen den Imperialismus dar, die das Ziel des Imperialismus, eine immer größere Zahl kleiner und schwacher Nationen auszubeuten und zu unterdrücken (vgl. Lenin, Der Imperialismus ... AW Bd. I S. 870), aufzeigen muß. Dabei darf die völkerrechtliche Argumentation nie Gefahr laufen, zur moralischen Anklage gegen den Imperialismus zu werden.

Sicher wäre es allerdings auch falsch, die völkerrechtlichen Verletzungen und Verbrechen nicht zu benennen, und sie sind gewiß sehr zahlreich. Die positive Konsequenz des beschränkten Charakters einer völkerrechtlichen Argumentation muß allerdings die sein, eine materialistische Völkerrechtsanalyse zu entwickeln, um beide Ebenen (Völkerrecht und Imperialismus) zu verbinden. Zur Zeit können dazu nur einige Denkansätze dargestellt werden: Das wären etwa die bestimmte progressive Rolle des Völkerrechts in der frühbürgerlichen Phase (Betonung der Gleichheit der Nationen), Wandlung des Völkerrechts in der Übergangsphase vom Konkurrenzkapitalismus - Völkerrechtsnormen, die die Handlungsfreiheit der imperialistischen Staaten stören, werden systematisch untergraben, Schaffung des Schutzes der Zivilbevölkerung, um einerseits die Arbeitsbevölkerung der imperialistischen Staaten untereinander (Arbeitskräftepotential) und zum andern die Zivilbevölkerung der unterdrückten Staaten zu schützen; diese wird nicht mehr wie während des Kolonialismus einfach ausgerottet, sondern als billiges Arbeitskräftepotential eingesetzt, was allerdings dort seine Ausnahme findet, wo durch die Ausrottung ganzer Volksteile

die Bedingungen für die kapitalistische Produktion durch den Imperialismus geschaffen werden.

Weiter wäre für eine materialistische Analyse zu untersuchen, wie das Völkerrecht zur Steuerung und versuchsweisen Lösung bei der Konkurrenz verschiedener imperialistischer Staaten etwa im Rahmen der EWG eingesetzt wird. Ein letzter Punkt wäre das Problem des Völkerrechts in den Übergangsgesellschaften und dabei im Vordergrund die Frage des gerechten Krieges.

Teil I

Im folgenden wird bewußt nur die Zeit bis 1954 kurz nach Errichtung der Diem-Diktatur durch die Amerikaner ausführlicher dargestellt. Die späteren Ereignisse wie die Aufstandsbewegung im Süden seit dem Jahre 1959 sowie die Gründung der FNL im Jahre 1960 und der bewaffnete Angriff auf Nordvietnam 1965, der bis heute fortdauert, werden hier nur skizziert, nicht nur, weil sie größtenteils bekannt sind, sondern weil es in diesem Rahmen vor allem darum geht, die Anfänge der amerikanischen Strategie aufzuzeigen, aus denen sich die weiteren Maßnahmen nach 1954 konsequent ableiten lassen. Damit soll der Nachweis geführt werden, daß die USA bewußt und systematisch ihre imperialistischen Interessen in Indochina in Ablösung des französischen Kolonialismus durchgesetzt haben.

1. Zeit bis 1945

Das amerikanische Eingreifen in Vietnam beginnt nicht erst - wie oftmals angenommen - nach der endgültigen Niederlage der französischen Kolonialmacht im Jahre 1954 und dem Genfer Indochinaabkommen. Die ersten Versuche der USA, in Vietnam Einfluß zu gewinnen, setzen weitaus früher an. Die folgende historische Darstellung beruht im wesentlichen auf den Ausführungen bei Chesnaux (Vietnam 1968) und Horlemann/Gäng (Vietnam Genesis eines Konflikts 1968).

Im September 1940 wurde Vietnam, das damals noch seit 1885 Kolonie der Franzosen war, von japanischen Truppen besetzt. Die französische Kolonialmacht arbeitete mit der japanischen Besatzung zusammen, bis sie schließlich von den Japanern im Jahre 1945 vertrieben wurde.

Mit der japanischen Okkupation beginnt der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte Vietnams. Während zuvor, im Laufe der gesamten französischen Besatzungszeit zwar "nicht ein Jahr ohne eine Widerstandsbewegung, einen bewaffneten Aufstand, eine politische Kampagne und ohne den Ausdruck des Willens der Vietnamesen verging, ihre verlorene Unabhängigkeit wiederzugewinnen" (Chesnaux, Vietnam 1968, S. 26), so setzte nun unter Führung der 1930 von Ho Chi Minh gegründeten Kommunistischen Partei Vietnams der systematische Kampf gegen die Besatzungsmächte ein. Dieser Kampf wurde bewußt von der Kommunistischen Partei als antiimperialistischer Kampf begriffen und nicht mit dem Ziel geführt, die eine Kolonialmacht auch nur taktisch gegen die andere zu unterstützen. Noch im September 1940 unternahm die KP im Norden Vietnams verschiedene militärische Aktionen. Im Süden des Landes kam es unter Führung kommunistischer Kader zu einem allgemeinen Aufstand, der jedoch von der französischen Kolonialmacht niedergeschlagen wurde. Zur Zusammenfassung aller Kräfte der Volksbewegung gründete Ho Chi Minh im Jahre 1941 die sog. Viet-Minh ("Liga zur Befreiung Vietnams"). Das Programm der Viet-Minh war auf alle Klassen und Schichten des vietnamesischen Volkes abgestimmt. Auf Grund dieses Programms und ihrer Politik wurde die Viet-Minh sehr bald zur "Interessenvertreterin der großen Mehrheit der vietnamesischen Bevölkerung" (Horlemann/Gäng, Vietnam Genesis eines Konflikts, S. 44).

Die Viet-Minh bereitete sich auf einen lang andauernden bewaffneten Kampf auf dem Lande vor. Ende 1944 rief General Giap die ersten Abteilungen der vietnamesischen Befreiungsarmee ins Leben. Teilweise erhielten die Viet-Minh sogar Waffenunterstützung über das amerikanische "Office of Strategic Services" in Thailand. Selbst Teams amerikanischer Offiziere arbeiteten mit Viet-Minh-Partisanengruppen gegen die Japaner zusammen (vgl. Horlemann/Gäng, a.a.O., S. 48). Nach der Vertreibung der französischen Truppen durch die Japaner Anfang 1945 wurden die Guerillaaktionen der Volksarmee verstärkt. Vor allem begann die Gesamtheit der Bevölkerung mehr und mehr, die Besatzungsmacht selbst zu bekämpfen.

Nachdem Japan im August 1945 kapituliert hatte, rief die Viet-Minh zum allgemeinen Aufstand auf. Die Volksbefreiungsarmee befreite einen Großteil des Landes, und in knapp zwei Wochen hatte der Aufstand das ganze Land überzogen. Diese sog. August-Revolution wurde mit der Machtübernahme der Regierung unter Ho Chi Minh am 13. August 1945 und der Proklamation der Demokratischen Republik Vietnam am 2. September 1945 in Hanoi abgeschlossen. Damit war Vietnam nach 80 Jahren Fremdherrschaft unabhängig geworden. Am 6. Januar 1946 hielt die Provisorische Regierung freie Wahlen ab, in denen sie mit überwältigender Mehrheit (90 %, Horlemann/Gäng, S. 55) vom vietnamesischen Volk bestätigt wurde.

2. Zeit von 1945-1954

Bereits zu Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die USA versucht, direkten politischen Einfluß in Vietnam zu gewinnen. Roosevelt unternahm es, durch die Alliierten ein Statut durchzusetzen, das die französische Kolonialmacht ausschalten sollte und die Gebiete in Vietnam einer "internationalen Vormundschaft" (Chesnaux, S. 91) unterstellen sollte, was nichts anderes als stärkeren amerikanischen Einfluß bedeutet hätte. Dies Vorhaben scheiterte allerdings am Widerstand der Engländer. Immerhin erreichten die USA bei der Potsdamer Konferenz 1945, daß durch Beschluß festgelegt wurde, daß Vietnam im Norden bis zum 16. Breitengrad von Truppen Tschian-Kaichecks von der chinesischen Kuomintang besetzt wurde. Das vom Krieg gegen die Japaner geschwächte Land - allein zwei Millionen Vietnamesen waren im Krieg verhungert - mußte so auch die Plünderungen der Besatzungstruppen über sich ergehen lassen. Die Besatzungszeit dauerte immerhin ein halbes Jahr. Der Süden des Landes wurde von britischen Truppen - wie dies der Beschluß der Potsdamer Konferenz ebenfalls vorsah - besetzt. Das britische Oberkommando stürzte die vom Viet-Minh eingerichtete Verwaltung, ermöglichte die Rückkehr der französischen Kolonialisten und stellte diesen Teil des Landes wieder unter französische Verwaltung.



Die USA versuchten zu dieser Zeit, die politischen Widersprüche zwischen den Parteien (Kuomintang, Viet-Minh, Engländer und Franzosen) auszunutzen, indem sie gleichzeitig mit verschiedenen Karten spielten. Zumindest über privatwirtschaftliche Wege wurde die Viet-Minh Regierung im Nordteil des Landes unterstützt. Sie erhielt über ein Beschaffungsamt in Bangkok amerikanische Ausrüstung und Medikamente, nicht zuletzt auch Waffen (Horlemann/Gäng, S. 55/56).

Die amerikanische Politik wendete sich erst nach dem Sieg der chinesischen Revolution im Jahre 1949/50 und dem Koreakrieg (1950-1953) gegen die Viet-Minh. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, wo die imperialistische Strategie der USA in Südostasien nicht mehr nur taktische Unterstützung einer revolutionären Bewegung zur Verdrängung anderer imperialistischer Mächte zuließ. Denn mit der Durchsetzung der vietnamesischen Revolution unter der politischen Führung der Viet-Minh wäre eine weitere imperialistische Bastion neben China und Nordkorea verloren gegangen. Die in dieser Zeit entwickelte Dominotheorie ist daher zu verstehen als ideologische Verbrämung des sicheren Instinkts der Imperialisten für die Realität und die Zukunft der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen.

Das englische Oberkommando entmachtete nicht nur die Viet-Minh Regierung im Süden, sondern sorgte für eine systematische Ablösung der britischen durch die französischen Truppen. Ende 1945 waren schon 50.000 französische Soldaten in Südvietnam stationiert.

Die folgende Entwicklung war gekennzeichnet durch den Versuch der französischen Regierung, auf dem Weg von Verhandlungen der Viet-Minh Regierung in Hanoi möglichst viele Positionen abzuringen, um de facto die alte Kolonialherrschaft wiederherzustellen. Gleichzeitig wurde im Süden des Landes die Opposition hart unterdrückt. Ein vorläufiges Abkommen, das am 6. März 1946 zwischen der Republik Vietnam und dem französischen Hohen Kommissar in Indochina unterzeichnet wurde, brachte bezüglich der Souveränität und des internationalen Status von Vietnam keine Klarheit.

Weitere Verhandlungen im Mai und Juni 1946 in Paris führten ebenfalls zu keinem endgültigen Ergebnis. Auf die Bereitschaft Ho Chi Minhs, über die erzielte Einigung über eine Zoll- und Währungsunion Indochinas hinaus im März 1947 weiterzuverhandeln, ging die französische Regierung nur scheinbar ein. Tatsächlich bereitete sie sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung vor. Am 23. November 1946 wurde die Hafenstadt Haiphong bombardiert, wobei 6.000 Menschen ums Leben kamen.

Trotz der technischen Überlegenheit der französischen Truppen, gelang es den Viet-Minh-Einheiten in dem 8 Jahre dauernden Krieg nicht nur, gegen die Kolonialtruppen standzuhalten, sondern sie schließlich auch militärisch zu besiegen. Der entscheidende Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß die Viet-Minh schon von der Zeit des Kampfes gegen die Japaner fest im vietnamesischen Volk verankert war und ihren Einfluß auch im Kampf gegen die französische Kolonialmacht noch weiter ausdehnen konnte. Die Zahl der Vietnamesen, die die Befreiungsbewegung unterstützten, wird selbst von französi-

schen Asienexperten auf 84 % geschätzt (Horlemann/Gäng, S. 63). Der Krieg entwickelte sich so unter der politisch-militärischen Führung der Viet-Minh zum revolutionären Volkskrieg. Die französischen Truppen kontrollierten bald nur noch einen kleinen Teil des Landes.

Ohne die starke Unterstützung durch die USA wäre die französische Niederlage weitaus schneller gekommen. Sie trugen insgesamt 78 % (vgl. Vietnam Broschüre Nr. 1, KB Göttingen) der Kosten des Krieges. Auch wenn die Amerikaner nicht offen in die Auseinandersetzung durch Militär eingriffen, versuchten sie, Frankreichs Position zu halten und Indochina zum Eckpfeiler der "Eindämmungspolitik" gegen die "kommunistische Gefahr" zu machen. Daraus leitet sich auch folgerichtig ab, daß die US-Imperialisten gleichzeitig versuchten, mehr eigenen politischen Einfluß in Vietnam zu gewinnen. Sie setzten durch, daß in Südvietnam 1950 als Regierungschef eine ihnen genehme Marionette - der ehemalige Kaiser Bao Dai, der in der Augustrevolution abgedankt hatte - eingesetzt wurde. Mit dieser Regierung Bao Dai schlossen die USA 1951 "Verträge der gegenseitigen Sicherheit". Ziel dieser Politik war es, durch Stärkung der pro-westlichen Kräfte langfristig den Einfluß Frankreichs zurückzudrängen bzw. auszuschalten zu Gunsten der eigenen Interessen.

Die große Masse des vietnamesischen Volkes sah jedoch auch weiterhin allein die Demokratische Republik Vietnam als wirklichen Interessenvertreter des vietnamesischen Volkes und als Verfechter seiner Unabhängigkeit an (vgl. Weiler, Vietnam, S. 9).

Noch kurz vor der endgültigen militärischen Niederlage der französischen Truppen bei Dien-Bien-Phu durch die Befreiungsarmee unter Führung General Giaps, unterbreitete der amerikanische Admiral Radford einem französischen General ein offizielles Angebot dahingehend, in einer gemeinsamen Aktion mit Luft- und Seestreitkräften in Nordvietnam zu intervenieren (Chesnaux, S. 93/94). Ein beabsichtigter Einsatz von Atombomben bei Dien-Bien-Phu scheiterte am Widerstand der Engländer (Horlemann/Gäng, S. 72).

3. Niederlage Frankreichs und Genfer Indochinakonferenz

Einen Tag nach der Schlacht bei Dien-Bien-Phu begann am 8. Mai 1954 die Genfer Indochinakonferenz, die bis zum 21. Juli 1954 dauerte. An dieser Konferenz nahmen unter dem gemeinsamen Vorsitz der UdSSR und Englands folgende Staaten teil: Frankreich, USA, VR China, Kambodscha, Laos und die Demokratische Republik Vietnam. Ferner wurde das Marionetten-Regime in Südvietnam beteiligt.

Die Konferenz endete mit einem Waffenstillstandsabkommen ("Abkommen über die Beendigung der Feindseligkeiten in Vietnam"). Dieses Abkommen wurde von den Oberkommandierenden der Streitkräfte Frankreichs und der Volksbefreiungsarmee Vietnams unterzeichnet. Die übrigen Konferenzteilnehmer - außer den USA - nahmen am 21. Juli 1954 eine gemeinsame Schlußerklärung an, in der den wesentlichen Punkten des Abkommens zugestimmt wurde. Die Konferenz war vom offiziellen Ergebnis her ein voller Erfolg für die Befreiungsbewegung: Das Abkommen und die Schlußerklärung garantierten folgende wesentliche Positionen:

- Es wird der provisorische Status der Teilung Vietnams hervorgehoben
- Die Einheit Vietnams wird bestätigt ebenso wie das Recht auf Wiedervereinigung nach freien Wahlen
- Die Souveränität und Neutralität sowohl der beiden Teilstaaten Vietnams wie auch die von Laos und Kambodscha werden garantiert
- Die Truppen Frankreichs sollen abgezogen werden

Bemerkenswert war das Verhalten der US-Regierung während dieser Konferenz. Zwar nahm sie an dieser Konferenz teil, versuchte jedoch gleichzeitig, diese zu sabotieren. So ließ Eisenhower an den Chef der amerikanischen Konferenzdelegation telegrafieren, "alles zu tun, die Konferenz so schnell wie möglich abzubrechen, da die Kommunisten die Dinge nach ihrem eigenen Interesse regeln lassen" (Chesnaux, S. 94). In Südvietnam selbst versuchten die Amerikaner, ihre eigene Position zu festigen, dadurch, daß auf ihr Verlangen Bao Dai den "katholischen Mandarin" (Chesnaux, S. 94) Ngo-Dinh-Diem zum Premierminister wählte. Sie versprachen sich davon einen stärkeren Rückhalt des Regimes im Volke, da Diem auch in Opposition zu dem Bao Dai Regime stand.

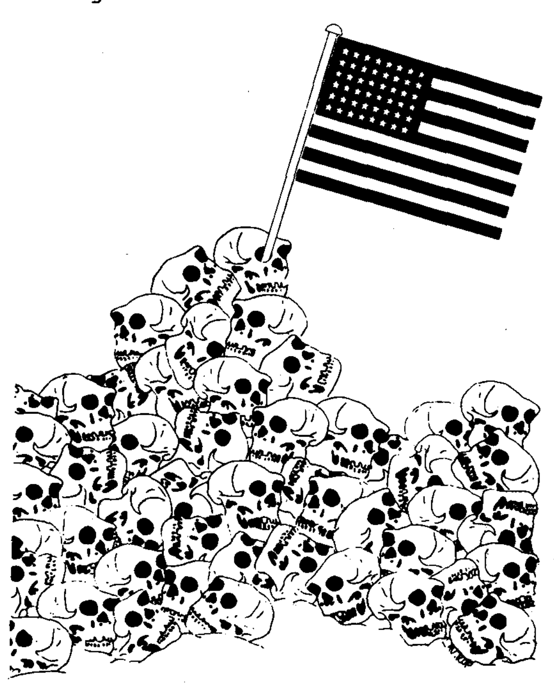
Um nicht in aller Öffentlichkeit als Gegner eines Friedensabkommens erscheinen zu müssen, gaben die USA, die die gemeinsame Abschlußerklärung nicht unterzeichneten, eine gesonderte Erklärung ab, die jedoch den wesentlichen Punkten der Gemeinsamen Schlußerklärung zustimmt. Lediglich die Einrichtung der Internationalen Kontrollkommission wurde abgelehnt. Die Ablehnung der internationalen Überwachung durch die USA wird nur allzu verständlich angesichts ihres Ziels in Südvietnam: Entweder das Regime dort so zu stärken, daß es freie Wahlen als Sieger übersteht, oder diese Wahlen zu verhindern. Zu letzterem ist allerdings eine internationale Überwachungskom-

mission recht hinderlich. Eisenhower machte die Position der USA zu dem Abkommen noch deutlicher: Er erklärte noch am selben Tage, daß die USA "an den von der Konferenz beschlossenen Entscheidungen nicht teilhaben und durch sie nicht gebunden sind" (Chesnaux, S. 96).

Wenn nun im folgenden die Verletzung der verschiedenen Völkerrechtsnormen dargestellt werden soll und vorab die Frage der Bindung der USA an das Genfer Indochinaabkommen behandelt wird, dann muß man sich dabei immer vor Augen halten, daß hinter diesen Verletzungen und Verbrechen die amerikanische imperialistische Strategie selbst steht, und nur daraus können die Verbrechen des Imperialismus erklärt werden. Richtig faßt daher Chesnaux das Verhalten der USA während und nach der Genfer Indochinakonferenz zusammen: "Dies heißt, daß die Vereinigten Staaten die Haltung, die sie im Verlauf der Konferenz eingenommen hatten, beibehielten: sie halten sich die Hände frei, vermeiden jedoch gleichzeitig, die internationale öffentliche Meinung durch offene Opposition gegen eine Vereinbarung, die im Sinne des Friedens abgefaßt ist, vor den Kopf zu stoßen. Die amerikanische Politik wird in diesem Sinne weitergehen. Die Genfer Abkommen werden sofort verletzt, für die Dauer einer gewissen Zeit jedoch 'bewahrt man die Form'" (Chesnaux, S. 96).

Und die Verstöße gegen die Genfer Abkommen gingen weiter: Zuerst wurden die Wahlen in Südvietnam verhindert. Denn freie Wahlen hätten auch im Süden eine große Mehrheit für die Regierung Ho Chi Minhs ergeben. Die Amerikaner wußten dies genau; so schätzte Eisenhower die Zahl der Vietnamesen im Süden, die Ho Chi Minh wählen würde, auf 90 % (vgl. Chesnaux, S. 102).

Gleichzeitig wird der militärische Aufwand der USA von Jahr zu Jahr stärker. Anfangs sind es Militärberater, deren Zahl 1964 schon auf 30.000 Mann angewachsen ist (vgl. Chesnaux, S. 105). Schließlich werden immer mehr offizielle Truppeneinheiten stationiert. Innenpolitisch spitzt sich die Lage durch die systematische und brutale Unterdrückung der Bevölkerung durch das Diem-Regime zu. Die Situation verschärfte sich dadurch, daß sich die wirtschaftliche Lage Südvietnams als einem rohstoffarmen Land sichzusehends verschlechterte. Der Aufbau einer eigenen Industrie wird verhindert und das Land mit Massen billiger Konsumgüter überschwemmt. Die landwirtschaftliche Entwicklung stagniert. Die ökonomische Struktur des Landes wird mehr und mehr zerstört (vgl. Horlemann/Gäng, S. 99/100). Der politische Widerstand des Volkes wendet sich zum bewaffneten Kampf gegen die US-Imperialisten und ihre Marionettenregierung. Schon in den Jahren 1958 und 1959 fanden einzelne bewaffnete Aktionen gegen Regierungstruppen statt (Horlemann/Gäng, S. 116). 1960 wird die nationale Befreiungsfront gegründet. Den Widerstand des Volkes beantworten die USA und das Saigoner Marionettenregime mit dem bewaffneten Kampf gegen das Volk. Zuerst im Süden, wo die Zahl der regulären amerikanischen Truppen 1966 bereits über 200.000 Mann betrug (Horlemann/Gäng, S. 185) und zeitweise auf über eine halbe Million anwuchs. Seit dem Frühjahr 1965 wird die Demokratische Republik Vietnam systematisch bombardiert. Nach der Veröffentlichung der Pentagon Papiere ist auch geklärt, daß der dafür von den USA verantwortlich gemachte Tonking-Zwischenfall nichts als ein Vorwand war, da er von den USA bewußt provoziert wurde, um in Nordvietnam eingreifen zu können. Der Bombenkrieg ist gerade auch in den letzten Monaten und Wochen mehr und mehr zu einem Krieg mit dem Ziel der Ausrottung der Bevölkerung und der Zerstörung des Landes geworden.



Teil II

1. Verstöße der USA und der Saigoner Administration gegen das Genfer Abkommen von 1954

(Abkommen über die Beendigung der Feindseligkeiten in Vietnam vom 20. Juli 1954 und gemeinsame Schlußerklärung der Genfer Konferenz vom 21. Juli 1954)

a) Die Bindung der USA und Südvietnams an diese Vereinbarungen:

Die USA behaupten, durch eine einsei-

tige Erklärung zum Schluß der Genfer Konferenz 1954 ihren Nichtbeitritt zum Genfer Abkommen erklärt zu haben, also nicht daran gebunden zu sein. Auch die Saigoner Administration bestreitet eine Bindung an das Abkommen, da sie selbst nicht Unterzeichner sei. Diese beiden Behauptungen sind falsch: Die USA haben in ihrer einseitigen Erklärung das Waffenstillstandsabkommen und die Punkte 1 bis 12 der gemeinsamen Schlußerklärung, die eine eigenständige völkerrechtliche Vereinbarung darstellt, zur Kenntnis genommen, was im diplomatischen Verkehr bedeutet, sie haben sie akzeptiert. Lediglich Punkt 13 der gemeinsamen Erklärung, das Fortbestehen der Genfer Konferenz als Organ zur Überwachung und Koordinierung der Arbeit der Kommissionen, die die Einhaltung der Waffenstillstandsvereinbarungen kontrollieren sollten, wurde abgelehnt. Es besteht also eine Bindung der USA an die Bestimmungen des Genfer Abkommens.

Die Saigoner Administration hat zwar nicht als souveräner völkerrechtsfähiger Staat an den Verhandlungen teilgenommen, sondern wurde, als Mitglied der Französischen Union, von Frankreich völkerrechtlich vertreten. Nach dem Rückzug Frankreichs aus Indochina war die "Regierung" im Süden Vietnams sein Amtsnachfolger und somit nach Artikel 27 des Abkommens an dessen Bestimmungen gebunden. Ein weiterer Versuch der USA und der Saigoner Administration, den Bruch des Genfer Abkommens zu leugnen, ist die Behauptung, man sei zur Nichtbeachtung berechtigt gewesen, da die Demokratische Republik Vietnam (DRV) zuerst und von Anfang an das Abkommen gebrochen habe.

Dies wird eindeutig durch die Berichte der Kontrollkommission widerlegt, die bis zum Jahr 1959/60 keine Verletzung des Abkommens durch die DRV festgestellt hat. Es ist vielmehr nachgewiesen, daß die USA und das Diem-Regime von Anfang an gegen das Abkommen verstoßen haben, und daß die Unterstützung der Widerstandsbewegung, die sich aufgrund der Nichtbeachtung des Abkommens, der massiven Unterdrückung und des Terrors durch das Diem-Regime und die USA, im Süden gebildet hatte, durch Lieferungen aus dem Norden keinen Verstoß gegen das Abkommen mehr bedeutet, daß die DRV aufgrund der Verstöße der anderen Seite von Anfang an, nicht mehr daran gebunden war.

b) Die Verstöße der USA und Südvietnams gegen das Genfer Abkommen im einzelnen:

Artikel 1 besagt, daß der siebzehnte Breitengrad nur eine provisorische, militärische Demarkationslinie darstellt. Die USA erstrebten und erreichten durch die Verhinderung der Herstellung der Einheit Vietnams durch freie Wahlen in Gesamtvietnam den Bestand dieser "Grenze", um wenigstens den Süden Vietnams kontrollieren zu können.

Artikel 14a i.V.m. Punkt 7 der gemeinsamen Schlußerklärung besagt, daß durch die Durchführung von Wahlen in Gesamtvietnam im Juli 1956 die Wiedervereinigung des Landes erreicht werden soll. Die Vertreter beider Zonen sollen 1955 Konsultationen darüber beginnen.

Die USA und das Diem-Regime verweigerten von Anfang an die Durchführung von Wahlen. Dies wurde damit begründet, daß im Norden keine "freien und ehrlichen" Wahlen möglich seien. Der wahre Grund war jedoch der, daß ganz klar war, daß Ho Chi Minh, bei Durchführung der Wahlen mit überwältigender Mehrheit gewonnen hätte (s.o.). Trotz ständigen Drängens der DRV auf Aufnahme der Konsultationen zur Durchführung der Wahlen wurden diese vom Diem-Regime verweigert. So wurde die wichtigste Vorschrift des Abkommens, die die Einheit Vietnams bringen und so den Frieden sichern sollte, von den USA und dem Diem-Regime bewußt boykottiert.

Artikel 14c i.V.m. Punkt 9 der gemeinsamen Schlußerklärung besagt, daß sich die Parteien jeder Repressalie und Diskriminierung von Personen und Organisationen wegen deren Tätigkeit während der Feindseligkeit enthalten.
Im Süden wurde mit Unterstützung der USA eine massive Unterdrückungs- und Verfolgungskampagne gegen alle oppositionellen Personen und Gruppen durchgeführt, in deren Verlauf Tausende getötet und gefoltert und Hunderttausende in Konzentrationslagern gefangen gehalten wurden.

Artikel 16 und 17 i.V.m. Punkt 4 der gemeinsamen Schlußerklärung verbieten die Einführung von Truppenverstärkungen und Verstärkungen an Waffen aller Art, Munition und Kriegsmaterial. Die USA betrieben den Ausbau der südvietnamesischen Armee und Polizeikräfte und eigener Stützpunkte durch den Einsatz von "Beratern" und die Lieferung großer Mengen Kriegsmaterials aller Art seit 1954. Die Stärke der USA-Truppen in Vietnam wurde entgegen Artikel 16 und 17 laufend erhöht und betrug zeitweilig über 500tausend Mann.

Artikel 18 und 19 i.V.m. Punkt 5 der gemeinsamen Schlußerklärung verbieten die Errichtung neuer Militärstützpunkte in ganz Vietnam, die Errichtung fremder Militärstützpunkte in den Umgruppierungszonen sowie den Anschluß an ein Militärbündnis.

Die USA halfen bei der Errichtung

neuer Stützpunkte der südvietnamesischen Armee und errichteten eigene Stützpunkte auch in den Umgruppierungszonen. Südvietnam wurde zwar nicht Mitglied des von den USA initiierten SEATO-Paktes, aber sein Territorium wurde in dessen Geltungsbereich einbezogen, es ließ die Errichtung von SEATO-Stützpunkten zu und nahm an SEATO-Manövern teil (s. unten Punkt 5).

Desweiteren wurde die Verpflichtung aus Art. 25 und Art. 35 des Abkommens, die Gemischte Kommission und die Internationale Kommission zu unterstützen, nicht befolgt. Sie wurden im Gegenteil massiv behindert und getäuscht.

Punkt 2 und Punkt 12 der gemeinsamen Schlußerklärung und selbst die einseitige Erklärung der USA beinhalten die Verpflichtung zur Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialer Integrität von ganz Vietnam.



Durch die Verhinderung der Vereinigung der beiden Zonen, durch die einseitige Ablehnung der allgemeinen, freien Wahlen in ganz Vietnam, durch die Etablierung und Unterstützung eines abgetrennten Staates Südvietnam haben die USA gegen diese Bestimmungen des Genfer Abkommens verstoßen.

Auch die Beteuerung in der einseitigen Erklärung der USA auf die Anwendung von Gewalt und die Drohung mit Gewalt zu verzichten, erweist sich angesichts der Entwicklung in Vietnam als bloßes Lippenbekenntnis.

2. Die Statuten des Internationalen Militärgerichtshofes (IMT) von Nürnberg und ihre Anwendung auf Vietnam

Die Normen des Pariser Kriegsächtungsvertrages (Kellogg-Pakt) von 1828, der von den USA mit unterzeichnet wurde, und der Genfer Deklaration des Völkerbundes vom 24.9.1927 erklären Aggressionskriege zu "internationalen Verbrechen". Dem Kellogg-Pakt schlossen sich neben den USA und Frankreich noch weitere 42 Nationen an. Auf dieser Grundlage wurde 1945 der Internationale Militärgerichtshof von Nürnberg gegründet, dessen Statut erstmals eine genaue Definition von Kriegsverbrechen enthielt. Unter die Rechtssprechung des Tribunals fielen als Verbrechen folgende Handlungen, einzeln oder in Tateinheit, für die die Täter persönlich verantwortlich gemacht wurden. Diese sind in Art. 6 des Statuts des IMT festgehalten.

a) Verbrechen gegen den Frieden: Nämlich Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen.

b) Kriegsverbrechen: Nämlich Verletzungen der Kriegsgesetze oder Kriegsgebräuche, solche Verletzungen umfassen jedoch, ohne darauf beschränkt zu sein, Mord, Mißhandlungen oder Deportationen zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von - oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geißeln, Plünderungen privaten oder öffentlichen Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Nämlich Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen oder rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, gleichgültig, ob sie das Recht des Landes, wo sie begangen wurden, verletzt haben oder nicht ...

Erstmalig wurden in Nürnberg führende Männer angeklagt, die dem hohen Militär, der Regierung oder der Industrie angehört hatten. Erstmals wurden in Nürnberg Einzelpersonen für ihre Verbrechen bestraft - und zwar auch dann, wenn die begangene Tat nach dem Gesetz ihres Landes nicht strafbar war. Weiterhin wurde festgelegt, daß Einzelpersonen auch für die Teilnahme und Durchführung eines Angriffskrieges haftbar gemacht werden können.

Das Statut und die Urteile des IMT und die von ihm aufgestellten Normen wurden am 11. Dezember 1946 - auf Antrag der USA - durch einstimmigen Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Na-

tionen als Völkerrechtsnormen bestätigt.

Den drei definierten Verbrechen gegen das internationale Recht, wurde in dieser UNO-Resolution das Verbrechen des Völkermordes hinzugefügt, das in die internationale Konvention vom 9. Dezember 1948, die am 12. Januar 1951 Gültigkeit erlangte, aufgenommen wurde. Wegen Verbrechen des Völkermords wird verurteilt, wer die Vernichtung oder Verfolgung von Menschengruppen, die als nationale, ethnische, rassische oder religiöse Einheiten aufgefaßt werden, begeht.

Entgegen einer eindeutigen Bestimmung im Statut des IMT vertrat Richter Jackson die Ansicht, daß die USA sich nicht gebunden fühlten, an weiteren Gerichtsverhandlungen zur Aburteilung von Kriegsverbrechen teilzunehmen. Dies deutet darauf hin, daß die USA das IMT als fortwährende Institution des Internationalen Rechts ablehnen. Trotzdem sind die Statuten des IMT nach wie vor Bestandteil des Völkerrechts; an ihrer Gültigkeit für das Vorgehen der USA in Vietnam bestehen keine Zweifel.

3. <u>Die Verbrechen der USA in Vietnam nach Art. 6 des Statuts des IMT:</u>

Das Genfer Abkommen von 1954 wurde von den USA mit Ausnahme der Internationalen Kontrollkommission anerkannt, wobei sie zumindest zu dessen Respektierung nach Art. 6a der Charta des IMT verpflichtet sind, um nicht gegen das Genfer Abkommen als internationalem Vertrag zu verstoßen. Das Abkommen brachte für Vietnam und die USA einen verbindlichen völkerrechtlichen Rechtszustand. Entgegen dem Verbot der Stationierung von fremden Truppen haben die USA und ihre Verbündeten in Vietnam bewaffnete Streitkräfte eingesetzt. Dieser Einsatz richtete sich gegen Gesamtvietnam, wie es trotz des provisorischen Charakters der Demarkationslinie im Genfer Abkommen festgehalten ist. Der Wechsel vom Friedens- in den Kriegszustand geht alleine zu Lasten der USA; seit 1954 haben auf vietnamesischem Gebiet keine Truppen außer denen der USA und ihrer Verbündeten interveniert. Sie haben demnach einen Angriffskrieg im Sinne des Völkerrechts begonnen.

Das vietnamesische Volk bekämpfte die Aggressoren bis 1959 mit Ausnahme spontaner bewaffneter Aufstände 1958 und 1959, rein politisch, erst ab 1960 begann unter Führung der FNL der bewaffnete Befreiungskampf. Dieser wird defensiv geführt zur Erlangung der nationalen Souveränität und Unverletzbarkeit Vietnams. Entgegen den Bestimmungen von Art. 6b des Statuts des IMT verfolgten die USA die Strategie der systematischen Bombardierung der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte (vor allem Schulen, Kirchen, Pagoden und Krankenhäuser). Allein 1969 sind in Vietnam mindestens 20.000 Zivilisten getötet und 125.000 Zivilisten Opfer des Krieges durch Verletzungen geworden. Insgesamt sind nach Untersuchungen des "Edward-Kennedy-Subcommittee on Refugees" im Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk mindestens eine Million Menschen durch Bomben getötet worden, Morde und Mißhandlungen an der Zivilbevölkerung wurden durch US-Soldaten begangen. Sie sind spätestens nach dem Massaker von My Lai der Weltöffentlichkeit bekannt. Den Aussagen ehemaliger GIs ist zu entnehmen, daß es hunderte ähnliche Fälle wie den von My Lai gibt. Folterung, schlechte Behandlung und Mord an Kriegsgefangenen sind durch Aussagen von internationalen Untersuchungskommissionen, Reportern und ehemaligen GIs belegt. Spätestens seit 1961 wird von den USA die Verschleppung der Zivilbevölkerung und die Verwüstung des Landes systematisch durchgeführt. Die US-Truppen werfen seit 1962 Giftstoffe über Vietnam ab, diese enthalten große Mengen von Arsen. 500.000 Hektar Mangovenwald sind im Süden von Vietnam vernichtet worden. In dicht besiedelten Gebieten kommt es zu gräßlichen Mißbildungen bei Neugeborenen, zu Todesfällen und Krankheiten.

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß die USA ein Verbrechen gegen den Frieden begangen haben und begehen, unter Bruch allgemeiner und besonderer Verträge. Die oben genannten Tatsachen erfüllen den Tatbestand von Kriegsverbrechen im eigentlichen Sinn. Das vorsätzliche und bewußte Handeln der US-Aggressoren ist durch die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere dokumentarisch belegt worden.

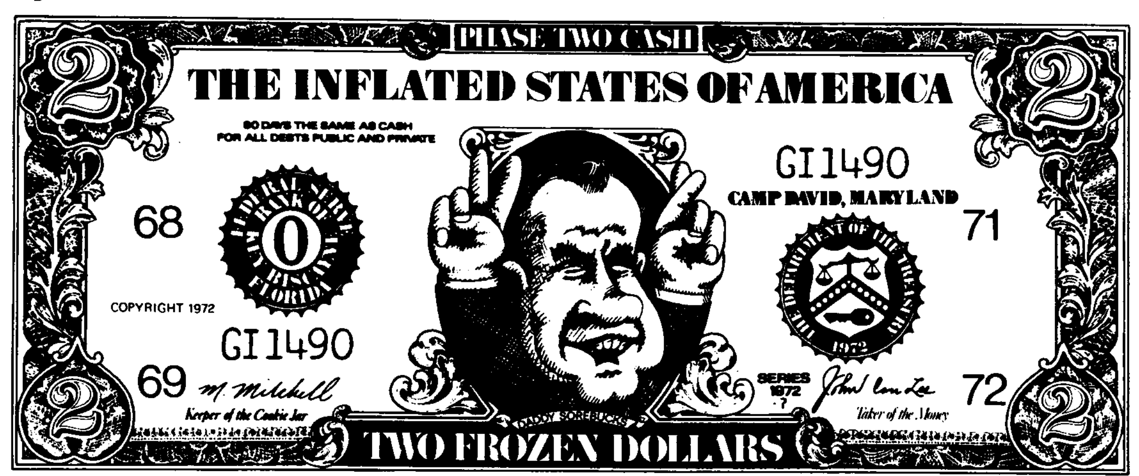
Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne von Art. 6c des Statuts des IMT unterscheiden sich von Kriegsverbrechen durch ihr Ausmaß und durch den Vernichtungswillen. Zu dem Ausmaß der Verbrechen bemerkt der ehemalige US-Justizminister Ramsey Clark: "Präsident Nixon, der bereits für einen größeren Bombenterror verantwortlich ist, als jeder andere Politiker der Geschichte, spielt täglich Gott für die Menschen in Vietnam. Heute ist es ein Dorf, das ausradiert wird, morgen ein Krankenhaus, übermorgen ein lebenswichtiger Deich ... Es gibt kaum militärische Ziele im Norden des Landes ... die amerikanischen Bomben müssen deswegen notwendigerweise zivile Einrichtungen treffen und Frauen und Kinder töten" (in FR, 28.8.72). Insbesondere durch die systematische Bombardierung der Deiche im Norden Vietnams bei gleichzeitiger Erzeugung künstlicher Regen, die künstliche Sturmfluten entfesseln, besteht die Gefahr, daß halb Nordvietnam in einen Friedhof verwandelt wird. Diese Ver-

brechen der US-Strategen wurden gezielt begangen, um durch die Vernichtung eines Teils der Bevölkerung die Kampfkraft des vietnamesischen Volkes zu brechen.

Die am vietnamasischen Volk begangenen Verbrechen umfassen tausendfachen Mord, die extreme Beeinträchtigung der physischen und psychischen Unverletzlichkeit des vietnamesischen Volkes, die vorsätzliche Zerstörung der Lebensbedingungen durch die US-Aggressoren, durch die bereits Teile der Bevölkerung umgekommen sind. Diese Verbrechen sind als Völkermord (Genozid) zu bezeichnen, der die schlimmste Form des Angriffskrieges bildet und alle Verbrechen einschließt, die im bisherigen Verlauf der US-Aggression begangen wurden.

Die USA verstoßen klar gegen diese Grundsätze der UN: durch die fast unbegrenzte Bombardierung Vietnams, durch die Stationierung von US-Truppen, durch die massive ökonomische und politische Einflußnahme in Vietnam, verletzen die USA unter Mißachtung der eben ausgeführten Verträge und Konventionen die "territoriale Unversehrtheit" und "die politische Unabhängigkeit" Vietnams, gefährden sie "Weltfrieden, internationale Sicherheit und Gerechtigkeit".

Ferner haben die USA seit mehr als zehn Jahren die grundsätzliche, in Art. 33, Abs. 1 der UN-Charta ausgesprochene Verpflichtung, durch friedliche Mittel eine Lösung internationaler Streitfälle zu suchen, vernachlässigt. Die US-Regierung versucht, den Einsatz ihrer Streitkräfte mit Hilfe des Art. 51 der UN-Charta zu legitimieren, der das Recht zur Selbstverteidigung bei einem Angriff mit Waffengewalt zugesteht. Dies wird in dem Memorandum der Rechtsabteilung des US-Außenministeriums angeführt (s.o.): Südvietnam sei von Nordvietnam einem bewaffneten Angriff ausgesetzt worden, das Völkerrecht anerkenne das Recht zu individueller und kollektiver Selbstverteidigung.



4. <u>Die Verletzung der Charta der UN durch die USA</u>

In der Präambel zur UN-Charta verpflichten sich die Mitglieder der Vereinten Nationen zusammenzuwirken, "um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, ... den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit zu bekräftigen, ... den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern".

Die Ereignisse des internationalen Vietnamtribunals, die in aller Welt bekannten Foto- und Filmdokumente über die Greueltaten der US-Soldaten in Vietnam und die oben abgehandelten Themen beweisen, daß der Krieg der USA in Vietnam weder das vietnamesische Volk "vor der Geißel des Krieges bewahrt" noch "Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit fördert". Art. 2 der UN-Charta, der die Grundsätze der Vereinten Nationen darlegt, bestimmt in Abs. 3, daß "alle Mitglieder ihre internationalen Streitfälle mit friedlichen Mitteln auf solche Weise (lösen), daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden".

Dem ist entgegenzuhalten, daß im Genfer Abkommen von 1954 Vietnam als ganzer Staat proklamiert wurde. Es ist daher geradezu absurd, zu behaupten, daß ein Staat und ein Volk sich selber angreift. Im übrigen sind die Verletzung des Genfer Abkommens und die darin vorgesehenen Regelungen für das vietnamesische Volk von den USA in einseitiger Weise gebrochen worden. Bei den Auseinandersetzungen zwischen dem Marionettenregime und den Befreiungskräften handelt es sich allenfalls um einen Bürgerkrieg, so daß schon von daher eine Rechtfertigung der US-Aggression mittels Art. 51 der UN-Charta nicht in Frage kommt. Deshalb haben und konnten die USA nie, wie es in Art. 51 der UN-Charta fest-

gelegt ist, dem Sicherheitsrat von einer "Aggression" Meldung erstatten. Die USA berufen sich deshalb in offiziellen Stellungnahmen zumeist auf Verpflichtungen innerhalb des SEATO-Paktes.

5. Die Bedeutung des SEATO-Paktes

Der SEATO-Pakt ist ein südostasiatisches Militärbündnis, das am 8. September 1954 geschlossen wurde. Mitglieder des Paktes sind: Australien, Frankreich, Neuseeland, Pakistan, die Phillipinen, Thailand und die USA.

Die Erklärung, mit der die Gründung dieser Organisation gerechtfertigt wurde, war, daß es China klargemacht werden müsse, daß die USA eine weitere Ausdehnung des Kommunismus in Asien nicht dulden würden. Die USA stärkten die innenpolitisch labilen Länder so, daß sie innere Unruhen und Aufstände verstärkt unterdrücken konnten. Im Vertrag wurde festgelegt, daß die Mitgliedsstaaten ihr Verteidigungspotential erhöhen sollten, um "jedem Angriff oder Subversion gegen ihr Territorium und ihre politische Verfassung" begegnen zu können.

Die wichtigste Bestimmung des Paktes i s t Art. 4. In § 1 dieses Artikels heißt es, daß bei einer Aggression durch bewaffneten Angriff gegen einen Mitgliedsstaat oder gegen einen anderen Staat oder Territorium, der Frieden oder Sicherheit der Mitgliedsstaaten gefährden würde, die Parteien eingreifen werden, um der gemeinsamen Gefahr entgegenzutreten. Der SEATO-Pakt greift auch dann ein, wenn die territoriale Integrität, die Souveränität oder politische Unabhängigkeit einer Vertragspartei oder eines anderen Staates gem. Art. 4 § 1 anders als durch Waffengewalt bedroht sind.

In einem Vertragsvorbehalt machen die USA noch einmal deutlich, worum es ihr eigentlich geht: die amerikanische Anerkennung einer Aggression und eines bewaffneten Angriffs bezieht sich nur auf eine kommunistische Aggression. In einem Zusatzprotokoll zum Süd-Ost-Asien-Pakt werden die Staaten, auf welche die Bestimmungen des Art. 4 anzuwenden sind, bezeichnet: es sind Kambodscha, Laos und das Territorium unter der Gerichtsbarkeit des Staates Vietnam. Der Charakter des Militärpaktes ergibt sich auch aus folgender Tatsache: die Regierungen der Länder Kambodscha und Laos und somit deren Territorien können vom "Verteidigungsfall" betroffen sein, ohne daß diese Regierungen gefragt werden. Indem der Staat Vietnam als ganzer aufgeführt wird, kann die US-Regierung aufgrund dieses Paktes Aggressionen auch gegen die DRV durchführen. Damit wird die nationale Souveränität von Vietnam, wie sie im Genfer Abkommen von 1954 festgelegt und von den USA verbal respektiert worden ist, von der Willkür der US-Regierung abhängig gemacht. Die Intention, mit der die USA den SEATO-Pakt schufen, wird damit deutlich: Schaffung und Unterstützung von Regierungen in Indochina und Süd-Ost-Asien, die auf Zusammenarbeit mit den USA, d.h. Unterordnung und Einordnung in deren Interessen, festgelegt sind. Damit können sämtliche Unabhängigkeitsbewegungen und der Kampf für nationale Souveränität von den USA über Art. 4 § 1 als "kommunistische Aggression" bezeichnet werden und den Einsatz von US-Truppen als gerechtfertigt erscheinen lassen.

Der Charakter des SEATO-Paktes als aggressives Militärbündnis und völkerrechtswidriges Abkommen wird somit hinreichend klar. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird generell eingeschränkt, insbesondere soll die Entscheidung eines Volkes für den Sozialismus unterdrückt werden. Die Einbeziehung des Territoriums Vietnams verstößt auch ganz klar gegen Art. 19 des Genfer Abkommens i.V.m. Punkt 5 der gemeinsamen Schlußerklärung, wo das Verbot der Einbeziehung der Zonen in Militärbündnisse ausdrücklich verankert ist.

6. Haager Landkriegsordnung und Genfer Abkommen von 1949

Ende des vorigen Jahrhunderts wurden zum ersten Male die bestehenden gewohnheitsrechtlichen Regelungen in Streitfällen zwischen Staaten ersetzt durch eine Kodifizierung des Kriegsrechts. Bereits festgelegte Regelungen wie die auf der Berliner Konferenz 1878 oder der Brüsseler Konferenz von 1874 waren zu sehr beschränkt auf Einzelgebiete wie die Behandlung von Verwundeten im Kriegsfall. Auf der Haager Friedenskonferenz, die erstmals 1899, dann zu Beschlußfassungen 1907 zusammentrat, und an der die damals bedeutendsten Staaten teilnahmen, wurde eine schärfere Abgrenzung der Regeln der Landkriegsführung vorgenommen.

In der Haager Landkriegsordnung blieb jedoch die Behandlung der Zivilbevölkerung noch weitgehend unberücksichtigt; so sind in der HLKO lediglich die Rechte und Pflichten der feindlichen Macht auf besetztem Gebiet festgelegt. Die internationale diplomatische Konferenz in Genf 1929 sah zwar die Notwendigkeit der Schaffung eines Abkommens zum Schutz der Zivilbevölkerung, stellte dieses Problem aber noch zurück. Erst innerhalb der 4 Abkommen von 1949 in Genf wurden die Rechte und die Behandlung der Zivilbevölkerung im Kriegsfalle ausdrücklich geregelt.

Darüber hinaus stellen die Abkommen von 1949 eine weitere Präzisierung der Bestimmungen über eine Verbesserung des Loses der Verwundeten und der Behandlung der Kriegsgefangenen, wie sie

in der HLKO und in der Genfer Konferenz von 1929 geregelt waren, dar. Die Bestimmungen der HLKO wurden aber keineswegs außer Kraft gesetzt, sondern behalten nach wie vor ihre Gültigkeit.

Die USA nahmen sowohl an der HLKO als auch an der Genfer Konferenz von 1949 teil, ratifizierten jedoch nur erstere. Doch sind nach allgemeiner Ansicht zumindest die grundlegenden Prinzipien der Genfer Abkommen als zu allgemeinem Gewohnheitsrecht geworden, anzusehen (Berber, Lehrbuch des Völkerrechts Bd. 2, 2. Aufl., S. 156). Im übrigen wird die sogenannte Allbeteiligungsklausel in den Genfer Abkommen ausdrücklich abgelehnt (Art. 1,2), d.h., daß die Bestimmungen der Genfer Abkommen auch gegenüber Kriegsgegnern Anwendung finden, die keine Vertragsparteien sind.

Abgesehen davon, daß es sich beim Indochinakrieg zweifellos um einen internationalen Konflikt handelt, bestimmt Art. 3 der vier Abkommen übereinstimmend, daß auch im Falle eines Bürgerkriegs die einzelnen in Art. 8 aufgeführten essentiellen Regelungen der Genfer Abkommen gelten. Selbst, wenn es also stimmen würde, was offizielle Stimmen in den USA laufend behaupten, daß die USA einer der Bürgerkriegsparteien zu Hilfe geeilt seien, bliebe die amerikanische Regierung unbedingt an die Genfer Abkommen gebunden. Auch die fehlende Kriegserklärung der USA schließt die Anwendung der Genfer Abkommen nicht aus, sie gelten im Gegenteil auch in einem Konflikt, der von einer Seite nicht als Krieg anerkannt wird (Berber, a.a.O., S. 150). Die USA sind demnach zumindest an die grundlegenden Bestimmungen der Genfer Abkommen gebunden.

Die Praxis der Einhaltung der Beschlüsse dieser Konferenz gestaltet sich jedoch für die US-Aggressoren anders:

Es steht nach den Aussagen verschiedener GIs und Korrespondentenberichten fest, daß die Aggressoren für die Begehung unzähliger Greueltaten gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich zeichnen. Auffallend erscheint, daß die Angehörigen der Söldnerarmee überhaupt nicht informiert werden über ihre Grenzen bei der Führung eines Krieges. Damit ist bereits Art. 1 der HLKO verletzt, der eine Information "der Landheere der Vertragsmächte" in Form von Verhaltensmaßregeln über "die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs" vorschreibt.

Und erst recht sind die Art. I 47, II 48, III 127, IV 144 der Genfer Abkommen verletzt, die die Bestimmungen der HLKO dahingehend erweitern, daß eine Verpflichtung für die Vertragsparteien begründet wird, "in Friedens- und Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern in weitestmöglichem Ausmaß zu verbreiten und insbesondere dessen Studium in die militärischen und wenn möglich, zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, so daß die Gesamtheit der Bevölkerung, insbesondere die bewaffneten Streitkräfte ... seine Grundsätze kennenlernen kann".

Schon der Art. 3 der HLKO begründet die Verantwortlichkeit einer Kriegspartei, die die Bestimmungen der Verordnung verletzt. Dabei gilt auch, daß der betreffende Staat verantwortlich ist für Handlungen, die von seiner Armee angehörenden Soldaten begangen werden. Es ergibt sich daraus eine Verpflichtung zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens.

Generäle

„Die besten amerikanischen Generäle sind noch immer General Motors und General Electric."

Carlos Valdeira, lateinamerikanischer Wirtschaftsfachmann.

Der Krieg der USA richtet sich letzten Endes hauptsächlich gegen die Zivilbevölkerung in Vietnam: das Massaker von My Lai, das anerkanntermaßen keinen Einzelfall darstellt, der brutale Bombenterror gegen die DRV sprechen hierbei für sich. Demgegenüber stimmten die USA jedoch schon 1907 im Anhang zum Abkommen von Den Haag über die "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs" Bestimmungen zu, die ausdrücklich den Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfalle garantieren sollen. So soll z.B. (nach Art. 44 Anhang) verboten sein, "die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegsführenden ... zu geben". Für die USA-Söldner ist dieses Verbot unbeachtlich: grausamste Foltermethoden zur Erpressung von Aussagen gefangengenommener vietnamesischer Dorfbewohner sind im Süden Vietnams allgemein. Nach Einfällen in Ortschaften, in denen vermeintliche Feindbewegungen geortet worden sind, sind Plünderungen, das Anzünden von Häusern und Hütten usw. für die Aggressoren an der Tagesordnung. Dies stellt eine eklatante Verletzung der Art. 46 und 47 der HLKO dar, die ausdrücklich den Schutz des einzelnen und seines Privateigentums garantieren, Plünderungen explizit verbieten. Darüber hinaus wird gegen Art. 52 IV der Genfer Abkommen, der Grausamkeiten und Handlungen, die körperliche Leiden oder den Tod zur Folge haben könnten, verbietet, verstoßen. Die Genfer Abkommen bestimmen im übrigen, daß schwere Verletzungen der Abkommen unter Strafe zu stellen und entsprechende Strafbestimmungen in die Strafgesetz-

bücher der Vertragsparteien aufzunehmen sind. Schwere Verletzungen sind: vorsätzlicher Mord, Folterung oder unmenschliche Behandlung, vorsätzliche Verursachung großer Leiden.

Artikel 33 II der Genfer Abkommen begründet ein Verbot von Kollektivstrafen. So müßten Strafexpeditionen wie My Lai mit der Ausradierung des Tschechischen Dorfes Lidice durch die Hitler-Truppen im Zweiten Weltkrieg vergleichbar, nach dem Genfer Abkommen als Massenmord betrachtet und verfolgt werden. Die US-Imperialisten begnügen sich jedoch in Fällen, die die amerikanische und die Weltöffentlichkeit zu Gehör bekommt, mit Farceverhören der Verantwortlichen oder exemplarischen Aburteilungen von "Befehlsempfängern".

Im Rahmen des Stanley-Taylor-Plans werden seit 1961 systematisch Dörfer und fruchtbares Land verwüstet. US-Bomber werfen reihen- und flächenweise allen natürlichen Pflanzenwuchs vernichtende Chemikalien ab, versprühen Giftgase, die das körperliche Wohlbefinden derer, die sie einatmen, stark verschlechtern oder Krankheiten hervorrufen, setzen Napalmbomben ein.

Nach Art. 22 der HLKO ist die Wahl der Mittel "zur Schädigung des Feindes" nicht willkürlich. Untersagt sind nach Art. 23 namentlich: die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen, die meuchlerische Tötung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres, der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu erzeugen (worunter die gegen die Bevölkerung ebenfalls eingesetzten Anti-Personen-Sprengkörper und Bomben fallen würden).

Im Rahmen der Immunisierung der Bevölkerung vor den Einflüssen des Vietcong richteten die amerikanischen Aggressoren sogenannte strategische Dörfer ein, die der Bevölkerung praktisch nur die Wahl zwischen KZ und Tod lassen. Die Errichtung dieser Dörfer widerspricht den Grundprinzipien des Abkommens zum Schutz der Zivilbevölkerung innerhalb des Genfer Abkommens von 1949; so ist nach Art. 49 schon die massenhafte oder individuelle Zwangsumsiedlung verboten.

Damit liegt die Verletzung der Haager Landkriegsordnung von 1907 und des Genfer Abkommens vom August 1949 durch die USA klar auf der Hand.

Israel in Vietnam

"In Saigon erwartet man, daß israelische Berater die abziehenden Amerikaner ablösen werden.

Die südvietnamesische Regierung hofft, daß Südvietnam technische Hilfe von Israel auf dem Gebiet der Armee und der Sicherheit bekommen wird, wenn die beiden Länder diplomatische Beziehungen zueinander angeknüpft haben werden. Aus Saigoner Regierungsquelle wird darauf hingewiesen, daß die derzeitige militärische Situation in Südvietnam heute und noch mehr in der Zukunft eine Hilfe in Form von Militärberatern verlangt, wenn das Land kommunistischer Aggression und Subversion widerstehen soll. Saigon braucht Beratung über nichtkonventionelle Methoden der Verteidigung wie in der Schaffung von ländlichen Selbstverteidigungszonen. Aus derselben Quelle wurde betont, daß es sich selbstverständlich nicht um 'military assistance' handelte, sondern nur um Leitung und Beratung von der Art des Konzepts von Bauernsoldaten-Kolonien. Die Frage der israelischen Unterstützung wird jetzt zur dringenden Notwendigkeit werden, insbesondere seitdem die Amerikaner den Abzug ihrer Truppen aus ganz Südvietnam im Gefolge eines Waffenstillstands planen. Der Gedanke an Hilfe israelischer Spezialisten ist in Washington nicht nur bekannt, sondern wurde sogar von Washington inspiriert."

Israelische (regierungsnahe) Zeitung "Maariv", 15.12.72
in einem Korrespondentenbericht aus Saigon

Solidaritätskonto

Da jetzt auch verstärkt materielle Hilfe für das vietnamesische Volk erforderlich ist, hier ein Konto, an das auch das bei Aktionen erreichte Spendenaufkommen weitergereicht werden kann:

Hilfsaktion Vietnam e.V., 4 Düsseldorf, Bilker Str. 35, Tel. 14909, Postscheckkonto PSA Essen Nr. 90040-430

Die Hilfsaktion Vietnam verwendet die Gelder für medizinische Hilfe an das Rote Kreuz Nordvietnams und das Rote Kreuz der FLN sowie an eine oppositionelle buddistische Gruppe in Südvietnam; mit diesen Organisationen unterhält sie Beziehungen seit 1965. Das derzeitige Hauptprojekt ist der Bau eines Krankenhauses in Haiphong.

Bei der Hilfsaktion Vietnam ist die Gewähr gegeben, daß die Gelder zur Unterstützung der Bevölkerung aufgewendet werden, da sie nicht über recht zweifelhafte Quellen der Thieu-Regierung geleitet werden.

Europäische Firmen und Vietnam

Der folgende Folterbericht soll Zeugnis geben, wie das Regime in Südvietnam mit politisch Andersdenkenden umzugehen pflegt:

Gefangene im Chi Hoa - Gefängnis in Saigon - ließen im Oktober letzten Jahres einen Brief herausschmuggeln, in dem sie die Öffentlichkeit auf die sadistischen Folterungen aufmerksam machen wollten, mit denen die Agenten Thieus den Studentenführer Le Cong Giao inzwischen möglicherweise schon zu Tode gequält haben. (Dieses Dokument und weitere dieser Art werden im Februar in dem Sammelband "Briefe aus Saigon 72" des Christian Kaiser Verlages München vorgelegt werden.) (1)

"G. ist Student und Ex-Vizegeneralsekretär des Exekutivkomitees des Studentenbundes der Universität Saigon (1965-1966). Am 5. August wurde er von der städtischen Polizei auf dem Nachhauseweg festgenommen. In derselben Nacht wurde er abgeführt - mit Handschellen und verbundenen Augen - und in das Büro des Direktors des Nachforschungszentrums, Herrn Duong Van Chau, gebracht, wo u.a. noch Oberstleutnant Nghia, Vizedirektor der Spezialpolizei, Hauptmann Mai, Chef der Sicherheitspolizei, und weitere 10 Agenten mit dem Verhör beauftragt waren. G. wurde sofort der Tortur des Verhörs unterworfen und mußte gezwungenermaßen zugeben, an der FNL-Organisation beteiligt zu sein. G. hat gegen diese Anschuldigung stark protestiert, aber seither ist er allen Arten von Folterungen ausgesetzt:

Schläge mit dem Gummiknüppel auf den Kopf, die Brust, die Schultern, die Hände, die Schenkel, die Knie, die Beine, die Füße. Zigaretten wurden ihm auf den Brustwarzen, dem Bauchnabel und dem Penis ausgedrückt, mit einer Nadel wurde ihm in die Finger gestochen, Fuß- und Fingernägel wurden herausgerissen (diese Tortur wurde von Herrn Duong Van Chau ausgeführt).
Durch die Nasenlöcher und den Mund wird ihm Seifenwasser in so hoher Dosis eingeflößt, daß er davon ohnmächtig wird. Schläge auf den Bauch bewirken, daß er sich wieder erbrechen muß (diese Tortur wurde von Unterleutnant Hy ausgeführt). Die Hände auf den Rükken gebunden, den Körper mit dem Kopf nach unten an beiden Beinen aufgehängt, wird blindlings auf ihn eingedroschen (diese Tortur wurde von den bekanntberüchtigten "Folterknechten"-Gefängniswärtern durchgeführt). Die Mißhandlungen dauern von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Nach jeder "Sitzung" wird er in die Zelle Nummer 2 gebracht, wo er auf einer Pritsche liegt.

Diese Sonderbehandlung wurde in der ersten Woche der Einkerkerung täglich angewandt. G. ist nun so schwach, daß er keines seiner Glieder mehr bewegen kann und sich von ein paar Löffeln Suppe ernährt, die ihm ein anderer Gefangener gibt. In Intervallen von einigen Tagen wird diese Art von Verhör und Mißhandlung seit zwei Monaten systematisch praktiziert. In der Woche vom 19. bis 26. August wurde G. in einem geschlossenen Wagen versteckt und wegtransportiert, um einer Visite des Roten Kreuzes zu entgehen.

Am 30. September 1972 hörte ein Mitgefangener zufällig, wie sich die Folterknechte über G. unterhielten. "Wir haben niemals einen so störrischen Jungen gesehen. Obwohl wir alle denkbaren Praktiken angewandt haben, ist nichts aus ihm herauszuholen - er will einfach nicht reden. Bleibt uns nur noch, ihn zu erledigen."

G. ist in der Zwischenzeit stumm geworden, er spuckt laufend Blut, seine Kleider sind ebenso wie seine Zelle durchtränkt von einem unerträglichen Gestank, der einem den Atem nimmt - auch dem Wachpersonal. Momentan ist G. in einer Zelle untergebracht, deren einziges Inventar eine Matte ist. Er liegt dort wie ein Toter.

Am 1. Oktober 1972 wurde er in das Hospital gebracht, das der Militärpolizei vorbehalten ist. Er sollte dort fünf Tage lang gepflegt werden. Als der Arzt jedoch seinen Zustand sah, wollte er G. in das Zivilkrankenhaus Hong Bangh überweisen. Man brachte ihn jedoch anschließend zurück in das Gebäude der städtischen Polizei, wo er von neuem verhört wurde. Selbst in diesem Zustand wird es ihm nicht erlaubt, Nahrung oder Medikamente, die ihm Eltern, Freunde und Bekannte bringen, zu sich zu nehmen.

Wir fühlen uns verpflichtet, die Öffentlichkeit auf den unmittelbar bevorstehenden Tod von Le Cong Giao aufmerksam zu machen.

Geschrieben im Gefängnis Chi Noa am 11.10.1972."

Die Aussage von Thieu (2): "Gleich jetzt müssen alle Lumpen, Deserteure und unerwünschten Elemente ausgerottet werden" und seine fatal-unlogische und zugleich gefährliche Folgerung: "Diejenigen, die nicht mit mir gegen die Kommunisten sind, sind mit den Kommunisten gegen mich" bedarf

keiner weiteren Kommentare. Nur die Frage nach der Anzahl derer, die Thieu ausrotten müßte, sei nebenbei gestellt. Die nun folgenden statistischen Anmerkungen über den Vietnamkrieg sollten besonders zu denken geben: Die Bilanz der Vietnampolitik Nixons von Januar 1969 bis September 1972 (3):

Bombenkrieg:

- Über 165 000 tote Zivilisten.
- Über 80 000 südvietnamesische Soldaten tot.
- Über 20 000 tote US-Soldaten.
- Bis Anfang 1972 fast 4 Mill. vertriebene Kambodscha- und Südvietnam-Flüchtlinge, bis Ende 1972 (4) erhöhte sich die Zahl der Flüchtlinge auf ca. 6 Mill., d.h. 1/3 der Gesamtbevölkerung Südvietnams.
- 3,75 Mill. t Bomben in Indochina, das entspricht über 100 000 t Bomben monatlich. Die verheerenden Bombenangriffe vom Jahreswechsel 1972/73 bleiben in dieser Aufstellung unberücksichtigt. 7 438 052 t (5) Bomben wurden von 1964 bis September 1972 über Vietnam abgeworfen. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß zwischen 1964 und Dezember 1968 etwa die gleiche Anzahl Bomben abgeworfen wurden, wie zwischen Januar 1969 und September 1972, was eine erhebliche Verschärfung des Bombenkrieges bedeutet. Allein 1972 ließ das Pentagon 1 084 959 t (6) über Vietnam abwerfen, eine weitere Verschärfung gegenüber 1969-71! Der Bombenterror zum Jahreswechsel würde das Zahlenmaterial noch erheblich verschieben.

In Südvietnam gibt es gegenwärtig etwa 10 Mill. Bombenkrater (7) (etwa 60 je qkm) sowie fast 1000 Kahlstellen in der Größe eines Fußballplatzes, verursacht durch die Bombe mit dem Codenamen BLU-82/B, auf denen für viele Jahre das Wachstum gehemmt ist. Die Zahl der Bomben- und Granatenkrater in Gesamtvietnam beträgt 28 Mill. (8) (etwa 88-90 je qkm!!).

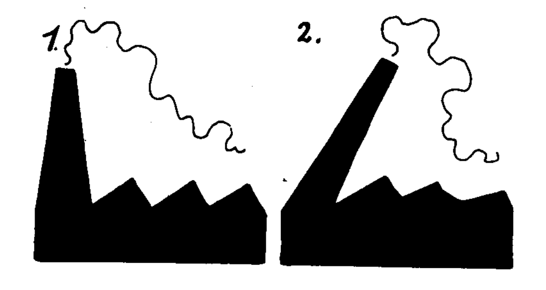
Die chemischen Waffen (C-Waffen):

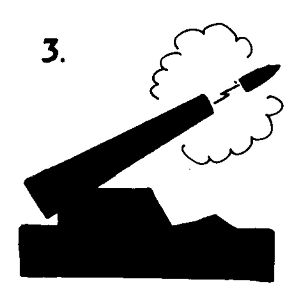
Laut Aussage des Internationalen Friedensforschungsinstituts in (9) Stockholm wurden zwischen 1965 und 1970 mehr als 90 000 t Chemikalien zur Zerstörung von Wald, angebauten Ackerflächen usw. eingesetzt. 1962-67 führte das Besprühen (10)

- zur Zerstörung von 1,5 Mill. Hektar Getreideanbauflächen
- zum Tod von fast 1000 Landwirten
- zum Tod von etwa 13 000 Stück Vieh.
- 1965-70 wurden 20 000 qkm Wald chemisch entlaubt (11), was bei einer Gesamtfläche von 332 000 qkm (Gesamtvietnam (12)) sehr viel ist, wenn etwa 30-35 %, d.h. 600 000 qkm der Fläche Vietnams bewaldet war. Das bedeutet die Entlaubung von 1/3 der gesamten Waldfläche. 1/4 der Edelholzbestände (13) Vietnams sind vernichtet.
- 1969 wurden 2,6 Mill. Hektar Land (14) durch 75 Mill. Liter Entlaubungsmittel der Amerikaner verödet, eine krasse Verschärfung des C-Waffen-Einsatzes.

Wer produziert Kriegsmaterial für Vietnam?

USA: Mehr als 100 US-Firmen (15) stellen Teile menschentötender Waffen für Vietnam her. Zu ihnen gehören auch Gesellschaften, die gleichzeitig auf die Produktion von Konsumgütern ausgerichtet sind, wie
BULOWA-Watch (Präzisions-Chronometer),
UNIROYAL-BALDWIN und
REYNOLDS-Metals.





Folgende Firmen stehen im Bezug auf die Lieferung von Kriegsmaterial an der Spitze der US-Firmen:
DOW-CHEMICALS,
DU PONT (Chemie),
LOCKHEED (Flugzeuge),
GENERAL MOTORS (Motoren und Fahrzeuge),
GENERAL ELECTRIC (Nachrichtengeräte),
AVCO (Flugzeuge),
STANDARD OIL (Kraftstoffe),
EASTMAN KODAK (Optik) und Computerfirmen wie
IBM,
HONEYWELL, ebenfalls
LITTON, Westinghouse (entwickelt gegenwärtig neue Atomwaffen),
MONTSAUTO (stellt Imstrumente und Geräte aller Art her, wie medizinische Apparaturen usw.).

Folgende britische Firmen liefern nach Vietnam (16):

WESTLAND AIRCRAFT (Sioux-Hubschrauber),
BRITISH-HOVERCRAFT (Fluß-Spähtrupp-Luftkissenboote),
DECCA-NAVIGATOR (Decca ist über die TELDEC-Schallplattenfirma mit AEG-Telefunken liiert (17)),
HAWKER-SIDDERLEY (Düsenflugzeuge),
MARTIN-BAKER (Schleudersitze),
POLLS'ROYCE und
GENERAL ELECTRIC (Motoren und Automation für Bombenflugzeuge in Zusammenarbeit mit LOOKHEED-AIRCRAFT).

In Frankreich sind Lieferanten für den Krieg (18):

MATRA S.A. (Raketen und Lenkwaffen),
PECHINEY (Entlaubungschemikalien und Rohmaterialien für Napalm).

Aktivitäten der BRD: Bis 1966 jedenfalls waren die BRD und Japan nach den USA die größten Verdiener am Vietnamkrieg (19). Anfang 1966 lieferte die Firma
KRAUSS & STEINBAUHAUSEN
aus Grauenort 5570 Bomben an die USA. Munition, Schnellfeuergewehre und Kleinkaliberkanonen und Bomben für ca. 900 Mill. DM lieferten:

RHEINMETALL GMBH, Düsseldorf,
MAUSERWERKE, Oberndorf/Neckar,
INDUSTRIEWERKE KARLSRUHE (Quantgruppe),
DYNAMIT NOBEL AG (Flick-Konzern) und die
WASSAG-CHEMIE, Essen.

1966 vereinbarte das Pentagon mit den Farbwerken HOECHST AG
die Entsendung mehrerer Spezialisten für tödliche Kampfgase und die Übergabe von Unterlagen zur Herstellung des 1940 von den IG-Farben entwickelten Gases ZYCLON B, was u.a. im Vernichtungslager Ausschwitz Verwendung gefunden haben soll. (20)

Neueste Nachrichtentechnik im Einsatz (21):

Die Unterwanderung des Vietkong mit Hilfe von zwei Computern vom Typ IBM 360-65 in Nakhom Phanom (Thailand) ist zweifellos das technische Nonplusultra, Via Satelit werden China und Indochina beobachtet. In diesen Verband gehört "MAGID", der Menschenschnüffler, der minimalste Mengen von Ammoniak, vor allem auch menschlichen Schweiß oder Ausdünstungen, aus beträchtlicher Entfernung entdecken kann. Aus der Luft abgeworfene, naturverkleidete Mikrofilme melden die Daten, die ein führerloses Flugzeug exakt an diese Stelle dirigieren, um Bomben abzuwerfen.

Politisch-Soziales:

1952 hatte Saigon 1 Mill. Einwohner, 1973 durch den Zuzug von Landflüchtlingen etwa 4,5 Mill. Einwohner (22).

Etwa 250 000 politische Häftlinge und Kriegsgefangene sind in den Kerkern Thieus festgehalten. Noch vor dem Waffenstillstandsvertrag will Thieu die Gefangenen zu Kriminellen (23) erklären, da er sie bei Waffenstillstand nach geltendem Recht und eventuell nach den Vertragsvereinbarungen freilassen müßte.

In Südvietnam gibt es heute etwa 200 000 Prostituierte (24).

Die US-Wirtschaftshilfe für Südvietnam betrug zwischen 1962 und 1972 140 Mrd. Dollar (25). Mit einem Export von Gütern im Werte von 40 Mill. DM und einem Import von 2 Mrd. DM hat Südvietnam 1972 die negativste Außenhandelsbilanz aller Länder der Erde.

Zur zentralen Vietnamdemonstration in Bonn am 14.1.1973 weigerten sich die Behörden (26) der Reichsbahndirektion Berlin, das Wagenmaterial für einen Sonderzug von Westberlin nach Bonn zur Verfügung zu stellen, angeblich aus "betriebstechnischen Gründen". Als die Bundesbahn einen Zug bereitstellte, verweigerten die DDR-Behörden die Genehmigung zur Durchreise des Zuges durch das DDR-Hohheitsgebiet.

hf

1) FR v. 28.12.1972
2) Thieu in einer Fernsehrede an das Vietnamesische Volk am 24.10.1972; hier zit. nach VDS-Press 12/72
3) New York Times v. 25.9.1972
4) Spiegel v. 22.1.1973
5) Bad. Zeitung v. 18.1.1973
6) ebda.
7) FR v. 11.7.1972
8) Der Spiegel v. 22.1.1973
9) FR v. 1.12.1971
10) Der Spiegel v. 8.12.1969
11) ebda., v. 12.4.1971
12) Fischer Weltalmanach 1972, S. 160/61
13) Der Spiegel v. 22.1.1973
14) FR v. 11.7.1972
15) FR v. 11.7.1972, Otto Tappen
16) "New Scientist" Nr. 7/72, London, Alain Jaubert: Studie über Superwaffen in Vietnam
17) Anmerkung der Redaktion
18) FR v. 11.7.1972, Otto Tappen
19) Meldung der britischen Nachrichtenagentur "Reuter" v. 21.4.1966; hier zit. nach VDS-Press 11/69
20) "Eastern World" 7/68, London
21) FR v. 11.7.1972
22) Der Spiegel v. 22.1.1973
23) ebda.
24) ebda.
25) ebda.
26) Bad. Zeitung v. 9.1.1973, FAZ v. 9.1.1973

Schulaufsätze zu Vietnam

Weihnachten 72

Am Mittag vor Heiligabend schmückte mein Vater und ich den Weihnachtsbaum, während meine Mutter das Essen kochte. Als es Heiligabend war, aßen wir. Die Spannung auf die Bescherung war groß. Als es endlich soweit war, packte ich die Geschenke aus. Es war eine Menge toller Sachen. Danach feierten wir und tranken Wein, Bier, Sekt und Sprudel.

Während dieser Zeit litten Kinder in Vietnam Hunger. Manche müssen schon in unserem Alter mit Mordwaffen umgehen. Bomben fallen. Frauen müssen Angst um Männer und Kinder haben.

Warum Krieg? Irgendwie sind die Menschen blutdurstig. So dachte ich über die Menschen. Als ich aber die jungen Leute in der Stadt sammeln sah und hörte, was sie über den Krieg sagen, war mir plötzlich ganz anders.

Dann haben wir in der Schule noch darüber diskutiert. Nun weiß ich, was im Fernsehen nicht kommt: Die reichen Leute nehmen seit vielen Jahren den Bauern das Land und das Getreide weg. So kam es zum Kampf. Die Bauern hätten sicher schon lange gewonnen, hätten die Amerikaner den Reichen nicht geholfen. So kam es zum Krieg, der jetzt schon 30 Jahre dauert.

Wilfried S. und
Mirko F.
Kl. 6b

Weihnachten 72

Weihnachtsabend: Meine Brüder und ich konnten es kaum noch abwarten, bis mein Vater sagte: "jetzt gehn wir ins Wohnzimmer." Ich habe eine Schultasche, Kickschuhe, einen Pullover, einen Werkzeugkasten und viele andere Sachen bekommen. Das schönste Geschenk, das meinen Brüdern und mir gehörte, war ein Fernseher. Wir spielten noch lange an diesem Abend. Später brachten wir meine Oma heim. Um 2 Uhr gingen wir endlich ins Bett. Ich schlief schlecht. Ein Traum quälte mich. Ich war in Vietnam. Ein Düsenjäger flog über unser Haus. Ich griff nach meinen Geschenken und holte ein Maschinengewehr und ballerte in der Gegend herum. Ich habe viele abgeschossen. Das Blut floß in Strömen. Plötzlich kam einer von hinten; ich nahm ein Beil und schlug ihm den Kopf ab.

Als es Morgen war, wachte ich auf und erzählte meinen Eltern, was ich für einen schrecklichen Traum hatte.

Arno W.
Kl. 6a

Silvesternacht 72/73

Am 31. war ich mit meinem Freund André auf 8 Uhr abends verabredet. Er klingelte zweimal und ich kam sofort heraus. Er strahlte und sagte: "Ich habe ein paar Kracher mitgebracht!" "Gut. Jetzt aber gehen wir in die Stadt und laufen rum." Da kam uns ein Betrunkener entgegen und hatte eine Flasche Sekt in der Hand. Er feierte ganz schön. Ich sagte zu meinem Freund: "Schau! Dort drüben ist ein Unfall und ein Verletzter. Ist das normal, das Trauern und das Feiern?" In Vietnam trauern sie. Bomben fallen; Tote. Das kam im Fernsehen.

Aber wer verdient das Geld an diesem Krieg? Nur die Produzenten, wo produzieren, sagten die Studenten. Und wer leidet darunter? Nur das Volk! Wir knallen herum, mit Krachern. Und dort ist es ernst. Die Reichen wollen einen Frieden, bei dem sie verdienen. Sie sind zu bequem, um mit den Händen zu arbeiten. Wir Arbeiter müssen es ja auch. Dafür müssen wir kämpfen, daß die reichen Grundbesitzer auch arbeiten gehn.

Ich werde kämpfen, wenn ich groß bin. Die Reichen werden arbeiten, dafür sorge ich.

Jörg E.
Kl. 6a

Hilfe, Manipulation!

oder: Lasset die Kindlein zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich

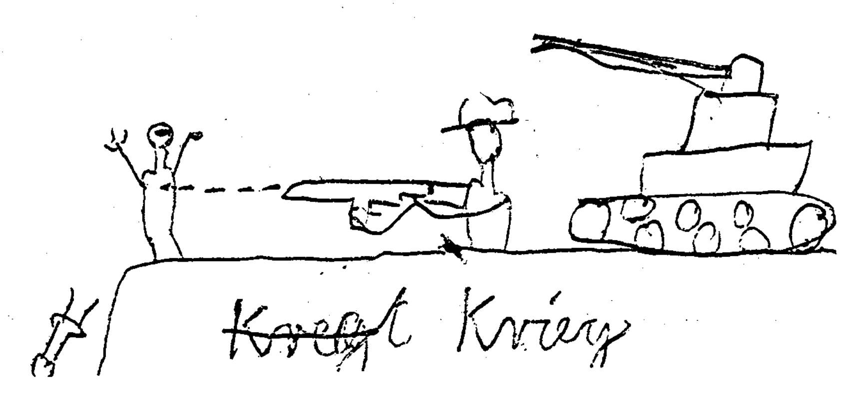
Keines von beiden, denke ich. Wohl aber: "Parteilichkeit als Bildungsprinzip".

Als die Schüler meiner sechsten Volksschulklasse aus den Weihnachtsferien kamen, mischten sich die Erzählungen über das üppige Weihnachtsessen und die zum Teil in die Hunderte von Mark gehenden Weihnachtsgeschenke mit studentischen Flugblättern über den Vietnam-Krieg, den Tagesschauberichten, Nixons Weihnachtsbombardement und den Gebeten der Kirchen "um den Frieden".

Auf meinem Plan stand: "Aufsatzlehre, Übergang von der Erlebniserzählung zur Besinnung".
Einige Tage zuvor hatte ich in einer

Weihnachten 72

An Weihnachten wurden die Vorbereitungen getroffen. Meine Mutter kochte das Essen. Ich und mein Vater schmückten den Christbaum. Als Essen gab es Schäufele mit Kartoffelsalat. Ich bekam am Heiligen Abend eine Rennbahn geschenkt. Und in Vietnam kriegt man eine Kugel und ein Grab. Am Silvester gab es in Vietnam keine Party nur Bomben und Raketen. Es gibt dort auch keine Weihnachtsgans und Sekt, sondern nur Reis und Wasser. In der Badischen Zeitung steht: „Nixon hat die Beendigung aller offensiven militärischen Operationen gegen Nordvietnam angeordnet." Aber die Studenten die ich in der Stadt getroffen habe meinten, das wäre nur ein Trick. Später sah ich im Fernsehen daß von den Amerikanern Bomben geworfen wurden. Und das nennen die Politik.



Lehrerrunde die Behandlung des Vietnamproblems als Allerweltsthema und Augenblicksgag abgelehnt. Wollte ich jetzt meinem Plan und der Erlebnissituation der Kinder gerecht werden, konnte die Zielprojektion für den Aufsatz nur heißen: "Weihnachten zwischen Konsum und Vietnam".

Um von der Beschreibung zur Besinnung zu kommen, mußten die Ursachen und Hintergründe des Vietnamkriegs geklärt werden.

In dieser Phase des Unterrichts nahm ich Partei. Den Schülern war dies bewußt. So schrieb Manfred H.: "... Wir fragten nach den Ferien unseren Lehrer. Er sagte: Die Großgrundbesitzer unterdrücken die Bauern, Arbeiter und Angestellten. Vor vielen Jahren machten die Franzosen Krieg gegen Vietnam und besetzten es. Doch 1945 machten die Bauern einen Aufstand gegen die Ausländer. Sie waren stärker als die Franzosen, deshalb packten diese ihre Koffer und gingen in ihr Land zurück. Aber das gefiel den Großgrundbesitzern nicht. Die Amerikaner mischten sich ein, weil sie von den Großgrundbesitzern Erdöl und Lebensmittel billig bekommen. Deshalb ist dieser grausame Krieg."

Mir ist klar, daß damit die Forderung nach "Objektivität" nicht erfüllt ist, denn ein 12-jähriger Schüler, der seinen Lehrer mag, verdrängt die Ideologie der Fernsehberichte und die faschistoide Bildzeitungs-Haltung der Eltern seinem Lehrer zuliebe.

Um so ehrlicher ist das, was, analog zum Freud'schen Versprecher, aus dem Unterbewußten hochsteigt; Manfred H.: "... Wir deckten den Tisch, dabei hörte ich Weihnachtslieder am Radio. Der Ansager brachte Nachrichten. In Vietnam war Waffenstillstand. Ich konnte nicht weiter hören, denn wir aßen Pute, Rotkraut und Kartoffelbrei ...". Oder Mirko F. und Wilfrid S.: "Irgendwie, dachte ich, sind die Menschen blutdurstig ...".

Im übrigen gab es für mich in einer Klasse, die zu 100 % aus Kindern von Arbeitern, kleinen Angestellten und Beamten besteht, keinen Grund, der "Objektivität" zuliebe die Argumente der Nixon-Administration zu wiederholen, Argumente einer Klasse, auch in unserem Lande, die mit den Interessen von Arbeiterkindern nichts gemein haben.

Parteilichkeit muß kenntlich gemacht werden. Parteilichkeit heißt nicht: Indoktrination.

Die Problembewältigung der Kinder reichte vom frommen Gebet zur milden Gabe, vom großen Mitleid über den Appell zur Menschlichkeit, zur totalen Hilflosigkeit bis zum Zorn, der diese Gesellschaft verändern will, weil die Strukturgleichheit von Abhängigkeit und Ausbeutung hier und in Vietnam erkannt ist: Jörg E.: "... Ich werde kämpfen, wenn ich groß bin. Die Reichen werden arbeiten, dafür sorge ich." (Zu diesem "anstößigen" Satz muß ich klarstellen, daß Jörg seine kämpferische Haltung von einem gewerkschaftlich orientierten Zuhause mitbringt; an mir allerdings wäre es gelegen, diese "Entgleisung" mit einer schlechten Zensur ein für allemal abzuwürgen.)

Die formale Bewältigung des Themas schließlich reicht vom Schema (Radio- oder Fernsehnachrichten, erfundenes Vietnamgespräch unterm Tannenbaum) zum Dokument (Begegnung mit Studenten, Gespräch mit dem Lehrer) und zum Eingeständnis (Uwe D. schreibt nach einem Weihnachtsbericht voller Essen, Trinken, Geschenke, Gemütlichkeit den Schlußsatz: "... über Vietnam haben wir nicht gesprochen, damit uns die Stimmung nicht versaut wird.").

Bernd S. schließlich vermag nach seiner Weihnachtsschilderung nicht einmal mehr ein Vietnam-Bild zu malen, als eine nonverbale Bewältigung des Themas, wie etwa Ralf W. es machte.

Der Alltag einer völlig zerrütteten Familie in einer Mietskaserne aus der Gründerzeit verengt die Perspektive aufs nackte Sein: "Meine Tante ist fett. Sie kam etwa um 4 Uhr am Heiligabend. Sie setzte sich wie 10 Elefanten in den Sessel, daß er beinahe auseinanderkrachte. Sie erzählte alles mögliche Zeug und ging erst kurz vor 5 Uhr weg. Um 6 Uhr haben wir gegessen. Etwa um 8 Uhr haben wir die Geschenke ausgepackt. Wir haben die Platten laufen lassen, die wir bekommen haben. Sie waren gut, besonders POPCORN. Aber einesteils war ich traurig: mein Vater hat seine Geschenke nicht ausgepackt. Wir schauten bis 9 Uhr fern, dann mußten wir ins Bett. Ich war müde und schlapp, daß ich sofort einschlief."

H.B.

Manipulation ? ?



Ein baden-württembergischer Beamtenanwärter wird auf seine Einstellung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung untersucht

Der automatisierte Völkermord

Der automatisierte Luftkrieg, der von den Amerikanern seit etwa 1970 in immer gewaltigerem Umfang geführt wird, ist einerseits Ausdruck des Scheiterns der "Vietnamisierungs"-Strategie Nixons, andererseits bringt er verschiedene unleugbare "Vorteile" mit sich:

Die amerikanische Regierung war durch den Druck der Öffentlichkeit und die ständig zunehmende Demoralisierung der Truppen (Anstieg der Rauschgiftsüchtigen, Befehlsverweigerungen, Meutereien) gezwungen, die Bodentruppen in Vietnam zu verringern. Diese Politik versuchte Nixon dann der Öffentlichkeit als "Friedenspolitik" zu verkaufen. Die ständig steigende Zahl der Luftangriffe und Bombenabwürfe sowie über den elektronischen Krieg zeigen, daß dies ein großangelegtes Täuschungsmanöver ist. Der Krieg wird nur mit anderen Mitteln geführt und wurde zu bisher nicht gekanntem Ausmaß eskaliert. Dieser Krieg kann heimlich, d.h. ohne spektakuläre Schlachten geführt werden bei relativ kleinen eigenen Verlusten, und erfordert nur ein perfekt funktionierendes System von Detektoren, Computern und Funkleitstellen für automatische Flugzeuge. General Westmoreland schildert begeistert diesen Triumph der angewandten Wissenschaften in der Kriegsführung:

"Auf dem Schlachtfeld der Zukunft werden Feindkräfte beinahe im gleichen Augenblick lokalisiert, verfolgt und angegriffen mit Hilfe von elektronischen Sonden, Auswertung der Informationen mit Hilfe von Computern und automatischer Zielerkennung. Durch eine 'Kill-Wahrscheinlichkeit' beim ersten Angriff von fast 100 % und durch Beobachtungsgeräte, die den Feind permanent verfolgen können, werden größere Kräfte für die physische Kontaktaufnahme mit dem Gegner immer bedeutungsloser."

Ein weiterer Grund für die Truppenreduzierung waren wirtschaftliche Schwierigkeiten in den USA (Zahlungsbilanzdefizit, Inflationsrate, sinkende Profitrate). Der Bodenkrieg in Vietnam war selbst für die USA zu teuer geworden. Das sollte jedoch nicht heißen, daß die Konzerne um ihre lukrativen Militäraufträge bangen mußten. Schon Präsident Johnson versprach:

"Der Ausbau (des militärischen Apparates) in Vietnam garantiert dem amerikanischen Unternehmer wirklich, daß es in naher Zukunft keinen wirtschaftlichen Umschwung gibt."

Die nächsten Pläne des militärisch-industriellen Komplexes sind unbemannte Bombenflugzeuge und die Weiterentwicklung des Überwachungssystems, das bisher nur auf die Verhältnisse in Südost-Asien zugeschnitten war, um es auch in anderen "militärisch interessanten" Gebieten der Welt einzusetzen, Europa nicht ausgenommen. (Senats Electronic Battlefield Hearings Nov. 1970) Jos. Meyer von der National Security Agency (nationale Sicherheitsbehörde, ähnlich dem CIA) schlägt vor, daß Kriminelle und Verdächtige einen kleinen Sender tragen müssen, der ihren Standort einem Computer ständig meldet. Etwa 20 Millionen (!) US-Bürger sollten den Apparat für etwa 5 Dollar die Woche "mieten" müssen. (Transact. on Aerospace and Elektronic Systems, Jan. 71 nach R. Barkan in Guardian, 27.10.71). Man sieht, welch vielfältige Verwendungsmöglichkeiten für die auf dem Experimentierfeld Vietnam entwickelten Waffen und Überwachungssysteme eingeplant sind.



Die Hauptverdiener an diesem US-Krieg sind Lookheed, General Electric, General Dynamics, MC Donnal Douglas und United Aircraft mit Rüstungsabschlüssen zwischen 2o4o und 997 Millionen Dollar. Weitere 45 Firmen sind mit Rüstungsaufträgen zwischen 915 und 13o Millionen Dollar beteiligt. Zweigniederlassungen der am Vietnamkrieg betieligten Firmen in der BRD unterhalten davon General Electric als Standard Elektrik Lorenz, General Motors durch Opel, Ford durch Ford Köln, Litton durch Litton in Freiburg und die ITT durch die Intermetall ebenfalls in Freiburg.

BRD-Pentagon-Forschungsaufträge

1969 wurde bekannt, daß in der BRD 8 Universitäten, 3 Technische Hochschulen und 4 weitere Forschungsinstitute an insgesamt 21 Forschungsaufträgen für das Pentagon arbeiten. Einige der Aufträge waren sofort als Kriegsforschung zu erkennen: das chemische Institut der Universität Heidelberg

erhielt erhielt den Auftrag zur Entwicklung von Schwefel-Phosphor-Stickstoff-Polymeren" (Prof. Becke). Bei anderen Aufträgen wie dem des Heidelberger Max-Plank-Institut für Kernpysik: "Untersuchung der Staubverteilung an verschiedenen Stellen der Atmosphäre" konnte sich der Laie schwer eine militärische Anwendung der Ergebnisse des Forschungsauftrages vorstellen. Heute kennen wir die militärische Anwendung: 1. Staub kann als Träger von B- und C-Waffen dienen und kann 2. Regenfälle auslösen. Beides wird in Vietnam erprobt und eingesetzt.

Wetterdienste in Berlin, Bonn und Offenbach hatten Aufträge wie Wetterkartenanalyse, Tropenmetereologie, Spezialfunksonden. Die Ergebnisse dieser Arbeit gehören zur Grundlage des geophysikalischen Krieges.

„ES GIBT SCHON GENUG ÄRGER"

Deutsche Wissenschaftler forschen für das Pentagon. An acht Universitäten, drei Technischen Hochschulen und vier anderen Institutionen werden oder wurden in diesem Jahr 21 Forschungsaufträge des US-Verteidigungsministeriums bearbeitet. Gesamtkosten: mindestens 2,7 Millionen Mark. Für eine Kongreß-Debatte, die Senator Fulbright anregte („Es gibt schon genug Ärger über die militärische Forschung, die in unseren Erziehungs-Institutionen betrieben wird, und es ist überhaupt nicht nötig, solchen Ärger in 44 anderen Ländern heraufzubeschwören"), stellte das Ministerium eine Liste der ins Ausland vergebenen Aufträge zusammen. Die deutschen Projekte:

Uni Göttingen: Untersuchung chemischer Reaktionen bei Schockwellen und Detonationen (156 000 Mark); Temperatureinfluß auf Zündung und Stabilität von Explosionen (40 000 Mark).

Uni Frankfurt, Institut für Animalische Physiologie: Verhalten des Blutkreislaufs unter Schockeinwirkung (2400 Mark).

Uni Saarbrücken: Druckverbreiterung von Spektrallinien (8000 Mark); Einfluß verschiedener Elemente auf die mechanischen Eigenschaften des Eisens (144 000 Mark).

FU Berlin: Tages-Analysen von Wetterkarten (514 800 Mark).

Uni Bonn: Tropenmeteorologie in verschiedenen Äquator-Gebieten (195 600 Mark).

Uni Mainz: Untersuchung über die Durchlässigkeit von optischen Strahlungen in der Atmosphäre (206 000 Mark).

Uni Heidelberg: Untersuchung von Schwefel-Phosphor-Stickstoff-Polymeren (164 000 Mark).

Uni Hamburg: Untersuchung der Milchstraßennebel (20 000 Mark).

TH Darmstadt: Entwicklung von Geräten zur Erzeugung und Messung von Lichtimpulsen kürzer als eine Nanosekunde = eine Milliardstel Sekunde (90 000 Mark); theoretische und experimentelle Untersuchung von Geräuschen zwischen null bis 20 Hertz (144 800 Mark).

TH München: Spektraiuntersuchung der Erd- und Atmosphärenstrahlung (80 000 Mark); Untersuchung von Starkstromlichtbögen (268 000 Mark); spröde Materialien bei linearem Temperaturanstieg (172 000 Mark).

TH Aachen: Messung der Thorium-Emanation der unteren Atmosphäre (113 868 Mark); Verfahren zur Ultraschall-Bildumwandlung (217 200 Mark).

Deutscher Wetterdienst in Offenbach: Spezial-Funksondenprogramm (17 600 Mark).

Bochumer Sternwarte: Untersuchungen der Ionosphäre mit aktiven Synchronsatelliten (28 000 Mark).

Physikalisch - Bioklimatische Forschungsstelle in Garmisch-Partenkirchen: Untersuchung des atmosphärischen Staubs in einer Höhe zwischen 700 und 3000 Metern (115 800 Mark).

Max - Planck - Institut für Kernphysik in Heidelberg: Untersuchungen der Staubverteilung an verschiedenen Stellen der Atmosphäre (16 000 Mark).

DER SPIEGEL, Nr. 21
19. MAI 1969

Diese Ausführungen zeigen, in welch ungeheuerlichem Ausmaß die Naturwissenschaften die Voraussetzungen für die Vernichtung eines Volkes abgeben, jene Natruwissenschaften, die sich einst rühmten, dem Wohle der Menschheit, dem Interesse aller Menschen zu dienen.

Der sich in den letzten Jahren zunehmend herausgebildete militärisch-industrielle-wissenschaftliche Komplex ist dabei bloßer Ausdruck einer zunehmenden Unterwerfung der Naturwissenschaften unter die aggressiven Eigenschaften einer Gesellschaft, in der es allemal schon Tradition ist, die Profite über das Leben der Menschen und ganzer Völker zu stellen. In der BRD zeigen dies schon die relativ geringen und leichtfertigen Gegenmaßnahmen für die Umweltverschmutzung gegenüber den 24,5 Milliarden des Rüstungshaushalts 1972 (1/5 des gesamten Bundeshaushalts). Gegen diese "Ökonomie des Todes" kann nur der entschlossene Kampf aller friedliebenden Menschen in Solidarität mit den um Freiheit kämpfenden Völkern und die Aufklärung der Naturwissenschaften, die mehr und mehr in den Dienst der Unterdrückung und Vernichtung gestellt werden, etwas ausrichten.
Diese Gefahr ist erst dann gebannt, wenn das Volk die Kontrolle über die Forschung und Anwendung der Naturwissenschaften selbst ausführen kann, wenn die Naturwissenschaften nicht mehr den Profitinteressen der Kapitalistenklasse unterworfen sind, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung eingesetzt werden.

Herbert Meschkowski
in:
Mathematik als Grundlage,
Ein Plädoyer für ein rationales Bildungskonzept, München 1973
zur "Natruwissenschaftlichen Haltung":

Diese "verlangt die Unterdrückung von Hoffnung und Furcht, von Liebe und Haß un[d] des gesamten Gefühlslebens".

Truong BaCam, Nationalkaplan der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) Vietnams, wurde mit zwei weiteren Arbeiterpriestern und einem Studentenseelsorger von den Saigoner Behörden zu fünf Jahren Kerker verurteilt und zwar wegen der Verbreitung des Berichtes der römischen Bischofssynode über „Die Gerechtigkeit in der Welt". Begründung: „Verherrlichung des Kommunismus".
Vor seiner Verhaftung antwortete BaCam auf die Frage, wie die deutsche Kirche der Kirche in Südvietnam helfen könnte: „Bis jetzt haben die ausländischen Kirchen, besonders die Deutsche, der Kirche in Südvietnam sehr geholfen, aber mit Geld. Sie haben ihr damit geholfen, sie vom Volk zu entfernen. Worum wir jetzt alle Kirchen in der Welt bitten, ist dies: Helft der Kirche Südvietnams, wieder eine Kirche des Volkes zu werden, zur Armut zurückzukehren, um die Probleme gemeinsam lösen zu können."

Publik-Forum Nr. 4
23.2.73

Guinea-Bissao

Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung

Eduardo de Sousa Ferreira
Heidelberg

Teil I

Mit Amilcar Cabral starb ein Mensch, der gewußt hat, nicht nur dem Volk von Guinea-Bissau, sondern auch den Unterdrückten ganz Afrikas Hoffnung zu geben. Er war ein unermüdlicher Guerillaführer und ein intelligenter Organisator, sein größtes Verdienst war es jedoch, daß er eine Bresche entdeckte und schloß, die dafür verantwortlich zu machen ist, daß Afrika - mit ganz wenigen Ausnahmen - auch nach der Erreichung der nationalen Unabhängigkeit weiterhin ein unfreier Kontinent blieb. Diese Bresche war das Fehlen einer Theorie der Befreiung; einer Theorie, die verhindern konnte, daß einheimische Eliten, nachdem sie mit Unterstützung des Volkes die nationale Unabhängigkeit erlangt haben, die Nachfolge der ausländischen Beherrscher antreten und die Ausbeutung der Völker weiterführen; einer Theorie, die es den nicht im Produktionsprozeß der Länder eingegliederten Eliten unmöglich machen sollte, Machtstellungen aufzubauen auf der Vermittlerrolle zwischen den reaktionären Schichten ihrer Länder und des Imperialismus.

Für Cabral ging der Kampf um die nationale Unabhängigkeit Hand in Hand mit der ständigen Schöpfung, Kritik und Verbesserung einer Theorie der Befreiung als Bestandteil dessen, was Cabral "den Kampf gegen unsere eigenen Schwächen" (1) nannte. "Dieser Kampf gegen uns selbst", so sagte er, "ist der schwierigste ... er ist der Ausdruck der internen Widersprüche in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (und daher historischen) Wirklichkeit jedes unserer Länder" und er fährt fort: "Der Mangel an Ideologie, um nicht zu sagen das absolute Fehlen einer Ideologie innerhalb der Bewegungen für die nationale Befreiung - was hauptsächlich auf die Unkenntnis der historischen Realität beruht, die diese Bewegungen zu verändern beanspruchen - stellt eine der größten, wenn nicht die größte Schwäche unseres Kampfes gegen den Imperialismus dar."

Guinea-Bissau verfügt über keine der Elemente, auf denen die Revolutionen in Europa und Asien sich gründeten - kein breites Proletariat, keine entwickelte Arbeiterklasse, keine ihrer Länder beraubte Landbevölkerung - und konnte deshalb auf der Basis früherer revolutionärer Erfahrungen keine revolutionäre Strategie entwickeln, sondern mußte eine den Bedingungen Guineas selbst entsprechende Strategie finden.

Die ersten Bemühungen Cabrals um eine nationale Befreiung gehen auf das Jahr 1953 zurück, in dem er unter dem Deckmantel einer legalen Sportorganisation eine Untergrundtätigkeit anregen wollte. Diese Initiative versagte, ebenso wie die darauffolgende, bei der er den Versuch unternahm, mit Hilfe einer kleinen Gruppe von Arbeitern die Lohnabhängigen in Guinea-Bissau allgemein für den Kampf zu gewinnen. Doch die mobilisierende Gruppe war zahlenmäßig nur klein und sie bestand aus Arbeitern, deren Einfluß auf andere Arbeiter gering war, und die zudem selbst noch nicht ganz sicher waren in ihrer Entscheidung für den Kampf; so konnte die Bewegung sich nicht auf andere lohnabhängige Gruppen ausdehnen.

Cabral war sich darüber im Klaren, daß ohne eine genaue Kenntnis der sozialen Struktur der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse und Wünsche weder eine Mobilisierung noch die Durchführung eines politisch richtigen Befreiungskampfes möglich sein würde. Die Möglichkeit, sich diese Kenntnisse anzueignen, ergab sich, als er aufgrund seiner Ausbildung als Agraringenieur im Auftrage der Kolonialverwaltung auf dem Lande Untersuchungen zur Vorbereitung einer Volkszählung durchführte. Er beschränkte seine Tätigkeit dort nicht nur auf offizielle Eintragungen; mit seinem scharfen analytischen Intellekt untersuchte er gleichzeitig die innere Struktur der verschiedenen sozioökonomischen Räume auf die Möglichkeit hin, die durch Tradition und Kolonialherrschaft belasteten Gesellschaften für den Kampf zu gewinnen. Aus dieser Analyse der Sozialstruktur des Landes entnahm er, daß keine Klasse vorhanden war, die aufgrund ihrer Geschichte und sozialen Stellung in der Lage wäre, die Revolution allein durchzuführen. Andererseits waren die materiellen Interessen und Bestrebungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich. Es war notwendig, alle diese Gruppen gegen den portugiesischen Kolonialismus zu vereinigen; es war aber auch unerläßlich, sie zu organisieren und die Widersprüche, die zwischen ihnen bestanden, aufzulösen. Dies überzeugte Cabral, daß es unumgänglich war, für den nationalen Befreiungskampf eine Partei aufzubauen, und 1956 bildeten sechs "asimilados" - darunter Amilcar Cabral und sein Bruder

Luis Cabral - in Bissau eine Kernorganisation - die PAIGC - die sich die Erweiterung der Bewegung auf andere Bevölkerungsteile zum Ziel gesetzt hatte.

Zunächst sah man sich vor die Frage gestellt, auf welche soziale Schicht sich die Partei stützen sollte, um den Kampf weiterzuführen. Die Bauernschaft in Guinea konnte weder schreiben noch lesen und hatte großteils kaum Beziehungen zur kolonialen Gewalt, mit Ausnahme der Steuerzahlungen, die aber meistens indirekt erhoben wurden. Sie fühlte sich auch durch die Präsenz der Portugiesen nicht direkt betroffen, da Guinea-Bissau - im Gegensatz zu Angola und Mozambique, die Siedlungskolonien sind - eine Handelskolonie ist, und die



Amilcar Cabral
ermordet am 20.1.1973

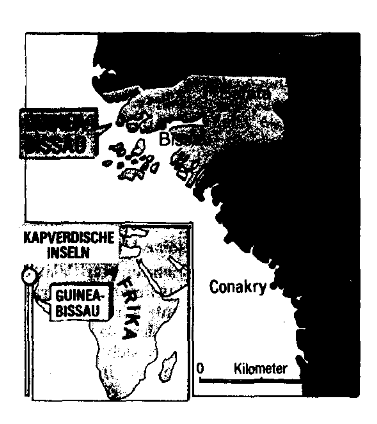
Bauern deshalb nicht ihrer Länder beraubt worden waren. Angesichts dieser Situation und der großen Schwierigkeiten, mit denen sich die Partei konfrontiert sehen würde, wollte sie versuchen, die Bauernschaft von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen, zog Cabral den Schluß, daß in dem spezifischen Fall Guinea-Bissaus die Bauern weder eine revolutionäre Kraft darstellten noch in der Lage wären, nach Zerstörung der kolonialen Gewalt den Staatsapparat zu übernehmen.

Andererseits erlaubte die koloniale Situation Guineas nicht die Bildung einer bedeutenden avantgardistischen Klasse - einer Klasse von bewußten Arbeitern - die überzeugt wären von der Bedeutung des Befreiungskampfes, die wußten, welche Ziele die richtigen waren und die unterscheiden konnten, zwischen wahrer und fiktiver nationaler Unabhängigkeit. "Nur eine revolutionäre Avantgarde, im allgemeinen eine aktive Minorität, kann sich von Anfang an dieses Unterschiedes (zwischen echter und fiktiver Unabhängigkeit - d.Verf.) bewußt sein und sie durch den Kampf den Massen zur Kenntnis bringen", sagte Cabral 1966 in Havanna. Auf der anderen Seite, so führte er aus: "gibt es keine ökonomisch lebensfähige Bourgeoisie, da der Imperialismus ihr Entstehen verhindert." "Es gibt aber eine Schicht von Leuten im Dienste des Imperialismus, die gelernt haben, wie man den Staatsapparat handhaben kann - die afrikanische Kleinbourgeoisie. Dies ist die einzige Schicht, die fähig ist, die Instrumente, die der Kolonialstaat gegen unser Volk benutzt, zu kontrollieren oder sogar zu benutzen." Diese Bourgeoisie genoß Privilegien, die sie über die Volksmassen heraushob; gleichzeitig wurde sie aber jeden Tag mit der Kolonialherrschaft konfrontiert und spürte tagtäglich die Demütigung der Diskriminierung. Deshalb meinte Cabral: "Die Kleinbourgeoisie kann sich entweder mit dem Imperialismus und den reaktionären Schichten in ihrem eigenen Land verbünden, um sich selbst als Kleinbourgeoisie zu erhalten, oder sie kann sich mit den Arbeitern und Bauern verbünden, die ihrerseits Macht und Kontrolle an sich nehmen müssen, um die Revolution zu machen." Er sah also in einem Teil der Kleinbourgeoisie - demjenigen, der mit dem portugiesischen Verwaltungsapparat ständig in Kontakt war - eine Möglichkeit der Rehabilitierung durch eine Art Selbstmord; denn, würde eine Revolution stattfinden, so würde die Kleinbourgeoisie als solche aufhören zu existieren und ihre Privilegien verlieren. Ob eine solche Revolution stattfinden würde oder nicht, hing für Cabral vom Charakter der Partei und der Durchführung des Kampfes ab. Die Bourgeoisie tendiert - wie dies auch bei den Bauern der Fall ist - zu einer bürgerlichen Verhaltensweise, die zu einer Kristallisierung des Kampfes führen kann. Diese Gefahr mußte man daher versuchen zu reduzieren, indem, so sagte Cabral, "wir die Teilnahme von und die Kontrolle durch die Massen durch die ganze Befreiungsbewegung ständig verstärken. Zu Anfang waren wir nur zu sechst in Bissau - 2 Arbeiter und 4 Kleinbürger. Später, als sich die Arbeiter den städtischen Zentren anschlossen, wurde die Gruppe teilweise umgeformt und heute entstammt die Mehrheit der Parteiführung der Bauernschaft, und die meisten unserer Kampfgenossen sind Bauern, und in all unseren befreiten Gebieten sind die Bauern bewaffnet. Zu Beginn war unser Mann ein "sehr großer Mann", wenn er das Dorf mit einem Gewehr betrat, mit der Waffe war er eine privilegierte Person. Heute bedeutet die Waffe nichts, alle Dorfbewohner haben

sie."

Doch war der PAIGC die richtige Strategie für die Mobilisierung der Bauernschaft nicht von Anfang an klar. Erst nachdem man Erfahrungen gesammelt und schonungslose Selbstkritik geübt hatte, gelang es, die Bauernfrage zu lösen. - In der Tat, nachdem die Partei zu der Überzeugung gelangt war, daß sie sich zuerst auf die Kleinbourgeoisie stützen mußte, stellte sich noch die Frage, auf welchen Teil dieser aus verschiedenen Interessengruppen bestehenden und heterogenen Schicht man sich stützen sollte. Eine genaue Analyse der verschiedenen Gruppen führte zu dem Ergebnis, daß die Dock- und Transportarbeiter in der Stadt die führende und homogenste Gruppe innerhalb der Kleinbourgeoisie darstellten. "Diese Leute erwiesen sich als ihrer Lage und wirtschaftlichen Bedeutung äußerst bewußt und sie ergriffen die Initiative, Streiks ohne irgendwelche gewerkschaftliche Führung in Gang zu bringen. Wir beschlossen deshalb, all unsere Arbeit auf diese Gruppe zu konzentrieren. Das zeitigte hervorragende Ergebnisse und diese Gruppe begann bald eine Art Vortrupp (oder Nucleus) zu bilden, der das Verhalten der anderen Lohnempfängergruppen - eigentliche Arbeiter und Fahrer -, die zwei andere wichtige Gruppen bilden, beeinflußte. Wir haben, wenn ich mich so ausdrücken darf, so ein kleines Proletariat gefunden.", sagte Cabral in diesem Zusammenhang. Doch sollte sich diese Strategie als ungeeignet herausstellen; spätestens als die Repressionskräfte des Staates bei einem Streik in den Docks von Pijiguiti 1959 50 Arbeiter töteten und mehrere Hundert verletzten. Cabral übte Selbstkritik: "Die Partei hat eine falsche Linie verfolgt ... Der Mangel an Erfahrung hat uns annehmen lassen, wir könnten mit Streiks und anderen friedlichen Mitteln in den Städten kämpfen." Zwei Dinge wurden der PAIGC klar: erstens, der auf ökonomischen Forderungen beruhende Nationalismus konnte den Kampf nicht weiterführen und mußte durch den revolutionären Nationalismus, dessen Ziel die Übernahme der Macht war, ersetzt werden; zweitens, wegen der Erkenntnis, daß die Bauern nicht die den Anstoß gebende revolutionäre Kraft sein konnten, hatte man die Suche nach einer geeigneten Strategie zur Mobilisierung der Bauernschaft vernachlässigt. Der Aktionsradius der Kleinbourgeoisie war sehr begrenzt und zudem waren sie in hohem Maße isoliert von den Volksmassen auf dem Lande. Cabral unterschied hier zwischen revolutionärer und physischer Kraft: "Physisch ist die Bauernschaft in Guinea eine starke Kraft. Sie repräsentiert fast die gesamte Bevölkerung; sie kontrolliert den Reichtum der Nation, und die Bauern sind die Produzenten." Es schälte sich daher die Notwendigkeit heraus, diese beiden Gruppen (Bauern und Kleinbourgeoisie) zu koordinieren und den zwischen ihnen bestehenden Widerspruch aufzulösen.

Zur Durchführung dieser neuen Strategie und um eine Umstrukturierung zu erzielen, die der neuen Aufgabenstellung gerecht wird, beschloß die Partei, ihren Sitz nach Conakry zu verlegen. In einer Kaderschule begann man, ungefähr 1000 Kader auszubilden, die sich aus Lohnempfängern, Angehörigen der Kleinbourgeoisie, Händlern und Bauern zusammen-



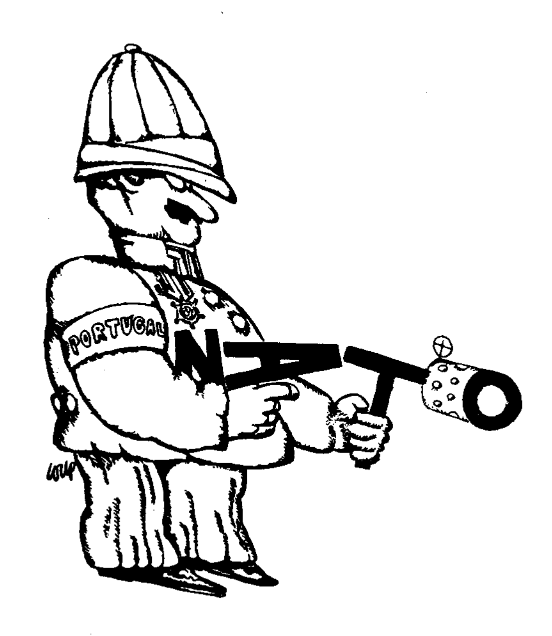
setzten. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die Rekrutierung von jungen Leuten vom Lande, die in die Stadt kommen und, afrikanischer Tradition gemäß, bei Verwandten leben, auch wenn sie nicht arbeiten. Das Leben in der Stadt erlaubt ihnen, Vergleiche zu ziehen, die ihre Bereitschaft zur Teilnahme am Kampf verstärken. Diese Schicht erwies sich als äußerst dynamisch und von größtem Wert für die Partei bei der Mobilisierung der Landbevölkerung, da sie in ständigem Kontakt mit dem Land lebten.

Diese neue aus der Praxis gewonnene Strategie machte die PAIGC zu einem Instrument, das in der Lage ist, die nationale Integration zu erreichen. Die Widersprüche zwischen städtischer Kleinbourgeoisie und Landbevölkerung wurden aufgelöst, die verschiedenen ethnischen Gruppen formierten sich zu einer Nation. Die nationalistische Bewegung, die von oben, von einer Elite der Kleinbourgeoisie angefangen worden war und geführt wurde, wird heute als Revolution von der Masse der Landbevölkerung getragen.

Es waren diese sozialen Veränderungen, die aus der PAIGC die stärkste Kraft im Lande machten, eine Kraft, die Mitte der Sechziger Jahre in der Lage war, die Kräfteverhältnisse im Lande zu verändern. Bereits drei Jahre nach Beginn des bewaffneten Kampfes wurden mehr als die Hälfte des Landes und der Bevölkerung von der PAIGC verwaltet bzw. geführt. In diesen befreiten Gebieten

werden mehr und mehr die Kolonialherrschaft und ihre Folgen abgebaut und ersetzt durch ein neues politisches, soziales und ökonomisches Leben, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr zuläßt. Es ist ein Prozeß, den Mário de Andrade "die schöpferische Zerstörung" nennt.

Dieser Aspekt des Befreiungskrieges in Guinea-Bissau (so wie auch in den beiden anderen portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique unter der Führung der MPLA bzw. FRELIMO) unterscheidet ihn von den nationalistischen Bewegungen, die in früheren Jahren die formale Unabhängigkeit erreicht haben. Dieser Prozeß der Befreiung, so sagte Cabral, zeigt den Afrikanern, "daß es möglich ist, die großen kolonialistisch-imperialistischen Mächte in unserem Kontinent zu bekämpfen. Unser Kampf liefert einen Beitrag zur Geschichte Afrikas."



Die Geschichte hat gezeigt, daß der Kampf um die Befreiung solange nicht vollendet ist, wie nicht auch eine Befreiung der nationalen Produktivkräfte stattfindet. Das Fehlen einer Theorie der Befreiung in der Vergangenheit hat dazu geführt, daß die Mehrzahl der afrikanischen nationalistischen Bewegungen sich darauf beschränkten, einen antikolonialistischen Kampf zu führen, ohne zu erkennen, daß eine nur formale Unabhängigkeit sie nicht von der Fremdherrschaft befreien kann. Von einer Fremdherrschaft, die nach der formalen Unabhängigkeit nur die Form wechselt und als Neokolonialismus die Befreiung der nationalen Produktivkräfte verhindert. Die Politik des Neokolonialismus, so sagt Cabral: "ist die Politik der 'Hilfe' und eins der wesentlichen Ziele dieser Politik ist es, eine unechte Bourgeoisie zu bilden, um die Revolution zum Stillstand zu bringen und die Möglichkeiten zu verbessern, die Kleinbourgeoisie als Neutralisator einer Revolution zu benutzen."

Cabral sieht den gemeinsamen Charakter des Kolonialismus und Neokolonialismus als Ausdruck des Imperialismus in der "Negation des historischen Prozesses des beherrschten Volkes, und zwar dadurch, daß sie es gewaltsam der Freiheit der Entwicklung der nationalen Produktivkräfte berauben ..." Somit kann die Befreiung eines Landes nur "die Negation der Negation seines historischen Prozesses sein, d.h. die nationale Befreiung ist die Wiedererlangung der geschichtlichen Personalität dieses Volkes, eine Rückkehr zu seiner Geschichte, die der Zerstörung durch die imperialistische Herrschaft unterworfen war." Diese Worte sagte Cabral 1966 in Havanna und sie werden durch seinen Tod nicht ausgelöscht werden.

Die Texte sind entnommen aus:
Kurzer Bericht über die Gesellschaftsstruktur in Guinea. Gekürzter Text eines Vortrages von Amilcar Cabral im Frantz-Fanon-Centre in Treviglo im Mai 1964 und Diskussionsveranstaltung mit Amilcar Cabral in der Universität von London am 27.1o.71
<u>beide in</u>

"Der Kampf um Guinea-Bissau"
hrsg. Komitee Südliches Afrika/HD, Heidelberg 1973
(Bestellbar für DM 1,5o zuzügl. Porto über Bernd Köhn, 69 Heidelberg, Mönchgasse 12)

Das iz3w wird diesen Aufsatz erweitert um einen längeren Artikel über den Stand des Befreiungskrieges in Guinea unter dem Titel "Amilcar Cabrals Theorie und die Hintergründe seiner Ermordung" im März herausgeben.

Wichtige Neuerscheinung

Bosgra/van Krimpen:

<u>Portugal und die NATO</u>

Die mittlerweile schon in dritter Auflage in Holländisch erschienene Schrift von Mitarbeitern des Angola Comité, Amsterdam, liegt nun auch in ihrer erheblich erweiterten und aktualisierten Form in Deutsch vor.

Die Broschüre bietet eine Zusammenstellung von Waffenlieferungen der wichtigsten NATO-Länder an Portugal. Die Arbeit ist anhand portugiesischer Militärzeitschriften und entsprechender Publikationen der übrigen NATO-Länder hervorragend belegt.

Herausgegeben wurde die deutsche Fassung der Schrift von der Cabora Bassa-Gruppe, Frankfurt, und vom Sozialistischen Büro, Offenbach. Zu beziehen ist sie über den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Hohe Straße 28; 86 Seiten, DM 4,--.

Portugal

Verfolgung des Gewerkschaftlers Daniel Cabrita

Daniel Cabrita wurde am 30. Juni 1971 am Strand von Sesimbra, einem Ferienort in der Nähe von Lissabon, verhaftet (1).

Das Vorgehen der portugiesischen Regierung gegen Daniel Cabrita, den Generalsekretär der Bankangestelltengewerkschaft, ist kein Einzelfall. Im Mai, Juni, Juli und August ging eine Verhaftungswelle über Portugal hinweg. Etwa 200 Personen wurden eingesperrt. Die Zahl der politischen Gefangenen verdoppelte sich (2). Ganz besonders richtete sich die neue Unterdrückungswelle gegen die Gewerkschaftsbewegung. So wurde Antonio dos Santos, der Vorsitzende der starken Journalisten-Gewerkschaft festgenommen. Die gesamte Führungsspitze der Metallarbeiter-Gewerkschaft wanderte hinter Gitter und wird des "Verrats" beschuldigt (3). Auch Mario Julia, der Generalsekretär der Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten, wurde verhaftet (4).

Die portugiesische Regierung befindet sich zur Zeit in einer schwierigen Lage: der Krieg in den Kolonien gegen die Befreiungsorganisationen verschlingt den größten Teil des portugiesischen Haushalts. Die Regierung selbst spricht von 1 Million Dollar täglich (7). Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet. Die Preise stiegen im letzten Jahr stark an (6,4 % in Lissabon), wobei die Zuwachsrate der Wirtschaft absank. "Die Staatskasse ist leer", sagt Premier Caetano (6). Dabei nimmt die Unzufriedenheit der Portugiesen zu. 130 000 von ihnen verließen im letzten Jahr das Land. Der Widerstand gegen die Regierung wächst. Die Gewerkschaften haben sich zum ersten Mal seit langem gegen Maßnahmen der Regierung gewehrt, verlangen höhere Löhne und das Recht auf Streik. Dieses wachsende Selbstbewußtsein äußert sich auch in den Demonstrationen, die nach der Verhaftung Daniel Cabritas stattfanden.

19.7. "Etwa 1500 Bankangestellte blokkieren den Verkehr in der Lissaboner Innenstadt mit einem Schweigemarsch. Sie protestieren gegen die Verhaftung eines ihrer Kollegen." Die Demonstration verläuft friedlich. (8)

26.7. 1500 Personen fordern in einer friedlichen Demonstration die Freilassung von Daniel Cabrita. Die Polizei geht mit Schlagstöcken vor und benützt ihre Schußwaffen (7). Es werden 5 Demonstranten verletzt und mehrere Verhaftungen vorgenommen. (9)

27.7. Die Polizei zerstreut die Demonstration mit derselben Brutalität wie am Vortag. Sie verwendet Schlagstöcke mit Stahlenden. "Die Spannung im Lissaboner Bankenviertel ist extrem. Die Bankangestellten sind verbittert." (10)

29.7. "Die Portugiesische Regierung hat am 29.7. beschlossen, 'für unbestimmte Zeit" die Büros der Bankangestellten-Gewerkschaft in Lissabon und Porto zu schließen." Ein Kommuniqué des Innenministeriums führt aus, daß diese Entscheidung wegen der "aufrührerischen" (11) und "verräterischen" (12) Aktivitäten der Gewerkschaften getroffen wurde.

6.8. "Kleinere Zusammenstöße haben sich am 6.8. in Porto zwischen der Polizei und mehreren hundert Bankangestellten ereignet. Die Bankangestellten hatten sich vor dem Büro ihrer Gewerkschaft versammelt."(13)

9.8. Der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit enthebt die Führer der Bankangestellten-Gewerkschaft in Lissabon und Porto ihrer Posten. (12)

Viele ausländische Kollegen protestieren gegen die Verhaftung. Die International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) setzt sich in einem Telegramm vom 22.7.71 an Premierminister Caetano für die Freilassung von Daniel Cabrita ein.

Die portugiesische Gesetzgebung ermöglicht es der politischen Polizei, Verdächtige 180 Tage lang ohne Gerichtsverfahren festzuhalten. Das ist auch im Fall Cabrita geschehen.
Zuerst wurde er 70 Tage lang völlig isoliert. Eine wöchentliche Besuchszeit von einer halben Stunde wurde ihm eingeräumt. Einer dieser Besuche wurde sogar noch gestrichen, weil er sich dagegen gewehrt hatte, daß man ihm Erklärungen zuschrieb, die er nie gemacht hatte. In einem Schreiben, das uns aus dem Gefängnis erreichte, schildert Cabrita die körperlichen Schäden, die er durch Folterungen davongetragen hat. Daneben beklagt sich D. Cabrita über die schlechte medizinische Versorgung im Gefängnis.

Diese illegale, menschenunwürdige Be-

handlung wurde nicht nur Daniel Cabrita zuteil. Immer wieder erfahren wir aus Portugal, daß Verdächtige "gefoltert und geschlagen" werden und "ihnen systematisch die Hilfe durch Rechtsanwälte verweigert wird". (2)

Am 7. Dezember sollte der Prozeß gegen Daniel Cabrita und vier Mitangeklagte beginnen. Schon im August hatte ein Sprecher des Justizministeriums angekündigt, Cabrita habe mit einer Gefängnisstrafe von 2 bis 8 Jahren zu rechnen.
Amnesty International sandte einen Beobachter nach Lissabon. Doch gleich zu Beginn des ersten Prozeßtages, noch bevor die drei anwesenden internationalen Beobachter den Gerichtssaal betreten hatten, wurde der Prozeß auf den 25. Januar verschoben.

Daniel Cabrita wurde vorgeworfen, der A.R.A. (Bewaffnete Armee Aktion) einer Stadtguerilla-Gruppe, die Anschläge auf Regierungsgebäude und NATO-Einrichtungen durchgeführt hat, und der kommunistischen Partei Portugals anzugehören. Dieselbe Anklage wird gegen viele seiner Kollegen erhoben. Trotz der über 200 Verhaftungen in diesem Sommer gehen die Bombenattentate weiter. Die Bankangestellten-Gewerkschaft bezeichnete im Juli die Verhaftung ihrer Kollegen als einen Versuch der Regierung, die Arbeiterbewegung zu schwächen (5). Auch die "Humanité" in Paris meint: "Dieser Vorwurf ist nur ein Vorwand für die Verfolgung von Persönlichkeiten, die für ihre oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung bekannt sind." (6)
Der wahre Grund für die Verhaftung Cabritas dürfte sein jahrelanger Einsatz für die Rechte der portugiesischen Arbeiter sein, denen nicht einmal das Recht auf Streik zugestanden wird. Anlaß für die Festnahme von Daniel Cabrita war offenbar ein Brief an das Internationale Arbeitsamt, in



dem er zusammen mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern dagegen protestierte, daß die Delegation Portugals für die Internationale Arbeitskonferenz systematisch von der Regierung ausgewählt worden war und nicht von den Arbeitern selbst gewählt werden konnte. (5)

Am 25.1. begann endlich der Prozeß. Eine neue Welle internationaler Proteste erreichte Portugal. Daniel Cabrita wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 15 Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Damit ist es der portugiesischen Regierung gelungen, sich eines lästigen Mahners zu entledigen.

Der folgende Prozeßbericht wurde von zwei belgischen Anwälten im Auftrag von Amnesty International und der Belgischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte verfaßt.
Herr Lallemand und Herr Berenboom verfolgten den Prozeß nur am 25.1., daher wird das Urteil, das am 2.2. gefällt wurde, nicht erwähnt.

---

1) Herald Tribune 30.9.71
2) Tribune 10.9.71
3) Tribune 10.9.71
4) Labor Okt. 71
5) Labor Sept. 71
6) New Times Okt. 71
7) New Times Okt. 71
8) Financial Times 20.7.71
9) Le Monde 28.7.71
10) Financial Times 28.7.71
11) Le Monde 31.7.71
12) Financial Times 10.8.71
13) Le Monde 9.8.71

PROZESSBERICHT

Belgische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte

Februar 72

Allgemeine Bemerkungen zur politischen und sozialen Lage

Marcello Caetano hat bei seinem Machtantritt eine Liberalisierung versprochen. Intellektuelle und junge Technokraten, die dem Regime Salazar ablehnend gegenübergestanden hatten, fühlten sich dadurch ermutigt. Die neue Regierung hatte eine Reform des Pressegesetzes und der politischen Polizei angekündigt. Die versprochene Liberalisierung im politischen und gewerkschaftlichen Leben sollte vor allem in freien Wahlen ihren Ausdruck finden. Reformversuche wurden gemacht, aber sie scheinen zu keiner grundsätzlichen Änderung des Regimes geführt zu haben. Offenbar sollten sie nur dessen wahres Gesicht verschleiern.
Daher sind bestimmte Einrichtungen so geblieben wie sie waren und haben nur ihren Namen gewechselt.

a) Die politische Polizei PIDE - DGS:

Die berüchtigte politische Polizei PIDE wurde in D.G.S. umbenannt (Allge-

meines Sicherheitsbüro). Aufbau, Personalstand und methoden sind offenbar dieselben geblieben. Die politische Polizei hat immer noch Privilegien. So dürfen ihre Mitglieder nur von ihresgleichen und nur mit Erlaubnis des Innenministers verurteilt werden. Außerdem werden Voruntersuchungen für politische Verfahren fast ausschließlich von ihr geführt.

b) Das neue Pressegesetz:

Die Vorzensur scheint abgeschafft. Nun haftet jedoch der einzelne Journalist persönlich für das von ihm Veröffentlichte. Gleichzeitig drohen schwere Strafen.
Außerdem ist das Inkrafttreten dieses Gesetzes auf unbestimmte Zeit verschoben, da das Parlament den "Zustand der offenen Subversion" ausgerufen hat und damit die wichtigsten Grundrechte aufgehoben sind. Das alte Pressegesetz ist also immer noch in Kraft.

c) Die Wahlen zum Parlament 1969:

Drei Wochen lang konnte die Opposition vorsichtig ihre Meinung äußern. Danach jedoch wurde jede politische Betätigung außer in der regierenden Acçao Popular untersagt. Wer sich weiterhin öffentlich kritisch zur Politik äußerte, bekam Schwierigkeiten.
Man kann diese Wahlen keinesfalls als demokratisch bezeichnen. Zum Beispiel mußten Wähler und Kandidaten ein Zeugnis vorweisen, das gute Führung und Moral bescheinigt. So wurden zahlreiche Gegner ausgeschaltet, die schon aus der Ära Salazar bekannt waren.

d) Die Gewerkschaften:

Die portugiesische Einheitsgewerkschaft wird vom Staat kontrolliert. Sie repräsentiert die Arbeiter aller Berufszweige in einem bestimmten Gebiet. Die Gewerkschaft ist eingebaut in die dirigistische Wirtschaftsstruktur Portugals.
Bei den Gewerkschaftswahlen konnten erstmals Listen mit Kandidaten aufgestellt werden, die dazu nicht die Erlaubnis der Regierung einholen mußten. (Daneben gab es noch die "offiziellen" Listen.) So gab es, völlig unerwartet, eine ausserordentlich hohe Wahlbeteiligung.
Die Opposition errang einen überwältigenden Sieg (in vielen Gewerkschaften bekamen die Oppositionslisten bis zu 99 % der Stimmen; in allen großen Gewerkschaften wie der der Bankangestellten, der Versicherungsangestellten, der Metallarbeiter, der Textilarbeiter usw. gewannen die Kandidaten der Opposition).
Eine neue Atmosphäre war unverkennbar. Zum ersten Mal wurden wichtige Entscheidungen diskutiert, zum ersten Mal wurde in Vollversammlungen, die ungewöhnlich gut besucht waren, demokratisch abgestimmt.

Die Interessen der Arbeiter wurden von den neuen Delegierten, die nun keine Regierungsangestellten mehr waren, mit ungekanntem Nachdruck verteidigt.

Besonders Daniel Cabrita bewies eine bemerkenswerte Standfestigkeit, indem er weitere Verhandlungen mit Unternehmern, die zu keinem Kompromiß bereit waren, ablehnte. Die Oppositionsliste der Bankangestellten-Gewerkschaft, auf der auch Daniel Cabrita aufgeführt war, gewann übrigens die Zustimmung von 4000 Mitgliedern - zum Vergleich dazu hatten an der vorigen Vollversammlung, wo noch keine Opposition aufgetreten war, überhaupt bloß 50 Menschen teilgenommen. Die "Politisierung" der portugiesischen Gewerkschaften überstieg die Befürchtungen der Regierung noch beträchtlich.

Kurzzeitig gelang es der Gewerkschaftsbewegung, die Strukturen des alten Systems zu ändern und dadurch wichtige soziale Fortschritte zu erreichen.

Bald jedoch traf die Regierung folgende Maßnahmen:

1. Sie weigerte sich, die Gewerkschaftswahlen anzuerkennen. So konnte Cabrita, 1968 gewählt, seine Arbeit erst ein Jahr später aufnehmen.
2. Den Gewerkschaftlern wurde das Recht genommen, Versammlungen außerhalb der gewerkschaftseigenen Häuser abzuhalten, nicht einmal für Wahlen. Diese Häuser sind jedoch bei weitem zu klein, sie fassen höchstens 100 Menschen.
3. Veröffentlichungen der Gewerkschaften wurden einer noch strengeren Zensur unterworfen. Hierzu ist anzumerken, daß Veröffentlichungen die einzige Möglichkeit sind, überhaupt Druck auszuüben, da Streiks in Portugal gesetzlich verboten sind.
4. Die Regierung behielt sich das Recht vor, alle Beschlüsse und Entscheidungen der Gewerkschaften abzuändern. Bisher wurden Unstimmigkeiten und Streitfälle zwischen Unternehmern und Gewerkschaftlern von einem Schiedsgericht entschieden, das sich aus je einem Vertreter der Regierung, der Gewerkschaft und der Unternehmer zusammensetzte. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts waren endgültig, doch nach dem neuen Erlaß hat die Regierung das Recht, diese Entscheidungen noch einmal umzustoßen.

e) Einschüchterung und Verfolgung:

Widerspenstige Gewerkschaftler wurden verfolgt und man versuchte, sie einzuschüchtern.

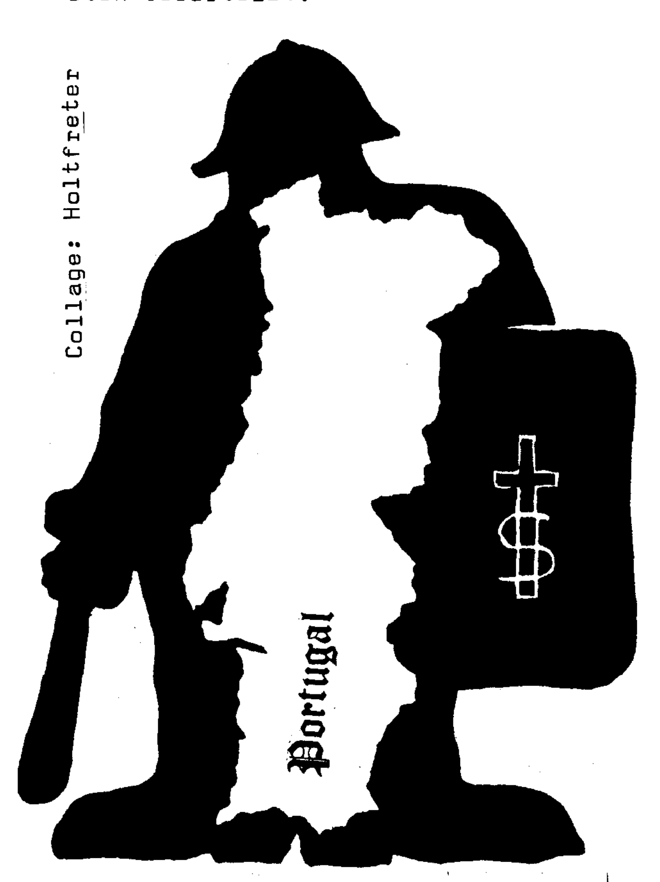
1. Manche wurden ohne Begründung und ohne Haftbefehl mehrere Tage eingesperrt. Andere wurden noch länger in Haft gehalten.

2. Das Arbeitsgericht wurde von der Regierung aufgefordert, die neuen Gewerkschaftsführer ihrer Posten zu entheben. So verloren im Januar 72 durch einen Beschluß der Arbeitsgerichte Lissabon die Führer der Bankangestellten-Gewerkschaft ihre Ämter.

   Es handelt sich um:
   Antonio Ferreira Gudes
   Victor Emmanuel Marques Nunes
   Fernando Moura Palanca
   Antonio Morrera Penillo

   Sie waren zusammen mit Cabrita gewählt worden. Das Arbeitsgericht verhandelte nicht über ihn, da er in Untersuchungshaft war.

   Diese Gewerkschaftsführer wurden ihrer Ämter enthoben, weil sie gegen einzelne Artikel der Dekrete 23050, 23048 und 49058 verstoßen hatten. Das heißt, sie wurden für schuldig befunden, "die Gewerkschaftsorganisation von ihren Zielen abgebracht zu haben" und Solidarität mit dem verhafteten Cabrita gezeigt zu haben. Erschwerend berücksichtigt wurde ihr "Beharren auf dieser Haltung". Darüber hinaus wurden alle vier zu 500 Escudos Geldstrafe und zur Zahlung der außergewöhnlich hohen Gerichtskosten verurteilt.



In Porto wurden die Führer der Bankangestellten-Gewerkschaft ebenfalls ihrer Posten enthoben, weil sie sich mit dem verhafteten Cabrita solidarisch erklärt hatten. Im übrigen bekamen sie noch höhere Strafen, nämlich 1000 Escudos.

3. Daniel Cabrita, einer der Köpfe der Bankangestellten-Gewerkschaft, wurde am 30. Juni 1971 ohne Haftbefehl von der DGS verhaftet. Er wurde 7 Monate in Untersuchungshaft gehalten.

f) Verlangsamung der Liberalisierung auch auf anderen Gebieten:

So hat die Regierung beschlossen, das kulturelle Leben der Kooperativen noch schärfer zu kontrollieren. Diese Kooperativen haben neben ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ein kulturelles Leben entwickelt, das auf die geistige Weiterbildung ihrer Mitglieder abzielt. Dieser Zweig der kooperativen Aktivität erfreut sich großer Beliebtheit, da er eine wichtige Ergänzung zur Schule bietet. In Zukunft müssen die Kooperativen zu ihren Statuten die Zustimmung der Regierung einholen, die auf diese Weise die kulturellen Aktivitäten, sofern sie unabhängig und nonkonformistisch sind, unterdrücken oder wenigstens beschränken kann. Interessanterweise haben sich viele Kooperativen geweigert, ihre Statuten vorzulegen. Inzwischen ist der letzte Termin verstrichen.

g) Allgemeine Schlußfolgerungen:

Die portugiesische Regierung scheint die Versprechungen, die sie im Hinblick auf Liberalisierung gemacht hatte, keinesfalls wahrgemacht zu haben. Die Liberalen, die die Regierung anfänglich unterstützt hatten, ziehen sich resignierend zurück. Ein Minister für Planung ist zurückgetreten und mehrere Abgeordnete der Acçao Popular haben Caetano auf die uneingeschränkte Macht der politischen Polizei, die unerträglichen Haftbedingungen, die willkürlichen Inhaftierungen, die Anwendung von Folter und ganz allgemein die anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte hingewiesen.

Die Äußerungen dieser Abgeordneten sind aber zensiert worden.

Bitte unterstützen Sie unsere Bemühungen für Daniel Cabrita und seine Familie!

Unser Konto: Bayrische Vereinsbank Freising (805) Nr. 4 041 194

Anmerkung International Gruppe 23
805 Freising, Mainburgerstr. 65
(Kerstin Dahlke)

Nichts fürchten sie mehr als einen Generalstreik der Schwarzen

Rassenpolitik in Frage gestellt

Arbeitsniederlegungen in Durban erschrecken das weiße Südafrika

Von Werner Holzer

Durban, die wichtigste Hafenstadt Südafrikas, hat in diesen Tagen einen Schock erlitten. Was viele weiße Südafrikaner nicht für möglich gehalten hatten, ist eingetreten: Eine ständig wachsende Zahl von schwarzen Arbeitern der Stadtverwaltung und mehrerer Industriebetriebe streikt.

Vor genau einem Jahr waren die weißen Südafrikaner gewarnt worden. Damals, im Februar 1972, verkündete Rudolf Koppmann, der katholische Bischof von Windhoek in Südwestafrika (Namibia), in seinem Fasten-Hirtenbrief, die Nichtweißen des Landes seien „enttäuscht, daß die bevorzugte sogenannte christliche Minderheit des Landes so wenig ihre oft bittere materielle und geistige Not kennt oder sich überhaupt nicht dafür interessiert". Prophetisch fügte der Priester hinzu: „Wir alle sind mitschuldig an den Unruhen, die da kommen." Bischof Koppmann hatte diese Worte angesichts der verzweifelten Streiks der schwarzen Ovambo-Vertragsarbeiter in Südwestafrika niedergeschrieben. Für ihn war dieser Streik „ein Zeichen innerer Unzufriedenheit und ein Warnzeichen für den Ruf nach mehr menschlicher Freiheit".

Das weiße Südafrika hat weder auf diese noch auf andere Warnungen gehört. Es hielt den Streik der Ovambos für eine vereinzelte Erscheinung, weil es sich der Hoffnung hingibt, die Masse der schwarzen Bürger des Landes sei trotz aller diskriminierenden Rassengesetze mit ihrem Los zufrieden. Nun aber zeigt sich in Durban, daß der Ovambostreik nur ein Vorbote größerer Unruhe war. Die Arbeitsniederlegung von über 20 000 schwarzen und farbigen Arbeitern in Durban dürfte auch in den Ohren weißer Südafrikaner wie ein Donnergrollen klingen, das ein bevorstehendes Unwetter ankündigt, auch wenn der Streik nach wenigen Tagen wieder aufgegeben wurde.

Vordergründig geht es bei dem Streik in Durban um höhere Löhne. Doch in Wirklichkeit stellt dieser Ausstand die gesamte Rassenpolitik Südafrikas in Frage, weil er an einer ihrer Säulen rüttelt: an einer Arbeitsgesetzgebung, die ausschließlich dafür geschaffen ist, die Privilegien der weißen Minderheit des Landes zu garantieren. Diese Gesetze garantieren den Arbeitern mit weißer Haut nicht nur beträchtlich höhere Löhne als den Nichtweißen, auch wenn deren Ausbildung und Arbeit gleichwertig ist; sie reservieren auch den gesamten Bereich der Facharbeiter für Weiße.

Den Afrikanern ist es verboten, gegen diese Bestimmungen oder für bessere Bedingungen zu streiken. Dies hat seinen guten Grund: Seit langem fürchten die weißen Bürger des Landes nichts mehr als einen Generalstreik der schwarzen Arbeiter. Sie wissen, daß eine solche Aktion nicht nur die Industrie des Landes lahmlegen würde, sondern das Leben des Landes überhaupt. Während man gegen Guerilla-Aktionen afrikanischer Freiheitskämpfer mit Waffengewalt vorgehen kann, ist die Niederwerfung eines gewaltlosen Streiks sehr viel schwieriger.

Wie sehr man sich vor dieser Möglichkeit fürchtet, beweist nicht nur der Einsatz starker Sicherheitskräfte in Durban, sondern noch mehr die überraschende Entscheidung der Nachbarstadt Pietermaritzburg, die Löhne der schwarzen Arbeiter freiwillig um 50 Prozent zu erhöhen. Es ist allerdings kein Zufall, daß Streiks in den Augen der weißen südafrikanischen Bevölkerung gleich gewalttätiger Unruhe sind. Ihre Angst geht auf eine Zeit zurück, da das Rassenproblem in diesem Land noch nicht die gleiche dominierende Rolle gespielt hat, wie heute. Im Jahre 1922 ließ der damalige Regierungschef, General Smuts, einen Streik weißer Bergarbeiter mit Hilfe von Maschinengewehren beenden. Zur Abschreckung wurden danach einige Streikführer aufgehängt.

Seit damals hat sich die Situation der Arbeiter in Südafrika grundlegend gewandelt. Die weißen Bergleute streikten 1922 zwar auch schon gegen die vermehrte Einstellung schwarzer Arbeiter in den Gruben, aber in erster Linie ging es ihnen um mehr Geld und bessere Lebensbedingungen. Damals gab es aber noch Männer, die eine gemeinsame Gewerkschaft für die Arbeiter aller Klassen aufbauen wollten. Inzwischen jedoch wurde das Gewerkschafts-System ganz in die offizielle Politik der Apartheid integriert. Die weißen Arbeiter haben ihre eigenen Gewerkschaften, während ihre schwarzen Kollegen sich praktisch nicht organisieren und vor allem nicht streiken dürfen.

Als der zuständige Minister 1953 ein entsprechendes Gesetz über „Eingeborenen-Arbeit" verkündete, das den Nichtweißen das Organisations- und Streikrecht endgültig nahm, begründete er dies mit dem Hinweis, die —damals — rund eine Million schwarzer Arbeiter seien „primitiv, können nicht lesen und schreiben und hätten keine Ahnung von der Verantwortung moderner Gewerkschaften". Dann kam er auf den wahren Grund zu sprechen: „Wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, sich zu organisieren, dann können sie ihre Gewerkschaften als politische Waffe verwenden und zu jeder Zeit ein Chaos in Südafrika auslösen. Ich denke, wir würden Rassen-Selbstmord begehen, wenn wir ihnen diese Möglichkeit einräumen würden." Diese Angst vor organisierten, solidarischen Aktionen der Afrikaner hat bald danach zum Verbot aller politischen Organisationen der schwarzen Mehrheit des Landes geführt.

Im Grunde ist das weiße Südafrika noch heute davon überzeugt, daß die Afrikaner nicht in der Lage seien, sich gegen die bestehenden Gesetze zu organisieren. Nur die Wenigsten denken daran, wie die schwarzen Arbeiter in der Gegend um Johannesburg sich 1957 schon einmal zusammengetan haben, um ihre Rechte zu verteidigen. Damals erhöhten die öffentlichen Verkehrsbetriebe den Omnibus-Tarif zwischen den afrikanischen Wohnsiedlungen außerhalb der Stadt und dem Zentrum um einen Penny.

Die Afrikaner, in der überwiegenden Mehrzahl nicht in der Lage, diese Erhöhung zu bezahlen, wählten den Boykott. Mehr als 50 000 Menschen gingen damals täglich über zwanzig Kilometer zu Fuß zur Arbeit und dann wieder zurück. Am Ende mußten die Verkehrsbetriebe auf Druck der weißen Unternehmer die Erhöhung zurücknehmen.

Seit 1957 ist die Wirtschaft Südafrikas in noch höherem Maße von der schwarzen Arbeitskraft abhängig geworden. Der Mangel an weißen Arbeitskräften hat zu einer gewissen Durchlöcherung der strengen Arbeitsgesetze geführt. Parallel dazu haben die Afrikaner mehr Selbstbewußtsein gewonnen. Sie wissen besser als vor einem Jahrzehnt, wie sehr Südafrika sie braucht. Da viele von ihnen trotz harter Arbeit weniger als das Lebensminimum verdienen, haben sie außerdem bei einer Arbeitsniederlegung weit weniger zu verlieren als ihre weißen Kollegen.

Südafrikas Generalstabschef, Admiral Biermann, sprach kürzlich von der Gefahr eines „neuen Vietnam" im südlichen Afrika. Dabei hat er möglicherweise nicht nur an die chinesische Unterstützung für die afrikanischen Befreiungsbewegungen gedacht, sondern auch daran, daß in Vietnam selbst der Kampf gegen Frankreichs Herrschaft mit Arbeitsniederlegungen und Massenstreiks begonnen hatte.

Montag, 12. Februar 1973, Nr. 36

Seite 16 · Frankfurter Rundschau

Korea – BRD
Krankenschwesternexport

DEUTSCHE WELLE 17. November 1972

NEUE GASTARBEITERINNEN AUS OSTASIEN

Bald werden 15 000 koreanische Schwestern in deutschen Krankenhäusern arbeiten

von Karl Zawadzky

In den Krankenhäusern in der Bundesrepublik Deutschland sind rund 35 000 Stellen von Krankenschwestern, -pflegern und Schwesternhelferinnen unbesetzt – auf die Dauer eine unerträgliche Belastung für Krankenschwestern, Ärzte und nicht zuletzt auch für die Patienten. Dabei sind neben den 4 500 ausländischen Ärzten – vornehmlich Türken, Jugoslawen, Griechen, Persern, Italienern und auch Afrikanern – hier schon insgesamt 14 000 examinierte ausländische Krankenschwestern und Pflegehelferinnen tätig – darunter an die 5 000 Koreanerinnen, 2 000 Jugoslawinnen, 1 500 Philippinos, 900 Inderinnen, 500 Türkinnen und auch Krankenschwestern aus europäischen Nachbarländern.

Jetzt sollen noch zusätzlich 10 000 Koreanerinnen für den Dienst in deutschen Krankenhäusern angeworben werden. Dies ist das Ergebnis von rund zweiwöchigen Verhandlungen, die in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul Ministerialdirigent Hermann Ernst vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Professor Hans Werner Müller, geführt haben.

Koreanische Krankenschwestern bieten sich besonders an, denn tausende von ihnen sind in den Städten des Landes arbeitslos, während allerdings auf dem Lande, in den kleinen Dörfern, ein großer Mangel an Krankenschwestern besteht. In der Hauptstadt Seoul zum Beispiel haben im Februar dieses Jahres 2 500 junge Damen ihr Krankenschwesternexamen bestanden, jedoch nur etwa 750 von ihnen fanden in Seoul oder in der näheren Umgebung eine Anstellung. Die restlichen 1 700 sind in der Hauptstadt arbeitslos, aber nicht zu bewegen, auf dem Lande unter den dort nun einmal gegebenen primitiven Umständen zu arbeiten.

Deshalb ist man im Arbeitsministerium der Bundesrepublik ebenso wie im zuständigen Ministerium Südkoreas der Ansicht, es sei immer noch besser, daß sie in der Bundesrepublik arbeiten, als in Korea arbeitslos zu sein. Kritisch anzumerken ist jedoch, daß damit das Entwicklungsland Südkorea dem reichen Industriestaat Bundesrepublik Deutschland Entwicklungshilfe gibt. Die Schwestern werden nämlich in Korea auf koreanische Kosten ausgebildet. Doch erhofft sich die koreanische Regierung von der Tätigkeit der jungen Damen in der Bundesrepublik einmal eine Linderung der Arbeitslosigkeit und zum anderen einen Zustrom an dringend benötigten Devisen, denn Krankenschwestern verdienen in Deutschland gutes Geld und die jungen Koreanerinnen überweisen einen Teil ihres Gehaltes an ihre Familienangehörigen in der Heimat.



Um den Übergang unserer Gesellschaft auf ein höheres Niveau zu gewährleisten, müssen die folgenden Genossen ausgeschlossen werden ...
W. Jiranek

NEUES FORVM

Für eine Krankenschwester ist es unerläßtlich, daß sie die deutsche Sprache beherrscht – im Gegensatz zum Beispiel zu einem ausländischen Arbeitnehmer, der an einem Fließband arbeitet. Deshalb werden in Zukunft – dies ist neben der Vereinbarung über weitere Anwerbung das Ergebnis der Gespräche von Ministerialdirigent Ernst und Professor Müller in Seoul – koreanische Schwesternschülerinnen bereits während ihrer Ausbildung die deutsche Sprache erlernen. Eventuell wird zu diesem Zweck in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes ein Deutschlehrer des Goethe-Instituts nach Seoul entsandt werden. Auch sollen, so würde in Seoul vereinbart, die jungen koreanischen Krankenschwestern und Pflegehelferinnen während der ersten Monate ihres Aufenthaltes und ihrer Arbeit in der Bundesrepublik intensiv betreut werden.

Indien

Revolution für die Reichen

Über die Wirkung technischer Reformen
bei Beibehaltung der Machtverhältnisse

WESTDEUTSCHER RUNDFUNK 1.11.1972

"Grüne Revolution" in Indien

von Ansgar Skriver
(leicht gekürzt)

In Neu Delhi ist vor wenigen Tagen eine Konferenz der FAO, das ist die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, über die landwirtschaftliche Lage in unterentwickelten Ländern zu Ende gegangen. Vertreter von 20 Nationen haben teilgenommen. Man diskutierte über die für Entwicklungsländer besorgniserregende Tatsache, daß der Anteil der Agrarprodukte am Welthandel weiter gefallen ist (von 15,6 auf 10,3 %), daß der Wert ihrer Agrarexporte sinkt und die Preise der von ihnen importierten Industriegüter steigen. Man diskutierte ferner über die sogenannte "Grüne Revolution", die vor allem im gastgebenden Indien spektakuläre Erfolge aufzuweisen hat.

"Grüne Revolution" - damit ist der Anbau von hochertragreichen Weizen- und Reissorten gemeint, für deren wissenschaftliche Züchtung Dr. Normann A. Borlaug den Friedensnobelpreis erhalten hat. Diese neuen Sorten sind den klimatischen Bedingungen der tropischen und subtropischen Zonen besonders angepaßt. Sie tragen bei entsprechender Bewässerung und Düngung zwei- bis dreimal so viel Körner wie die bisher bekannten Sorten und ermöglichen mehrere Ernten im Jahr.

In der Tat sind - besonders in Indien - beachtliche Produktionssteigerungen bei Weizen und Reis erzielt worden. Indien ist jetzt auf die massive Hilfe amerikanischer Getreideimporte nicht mehr angewiesen. Vor zehn Jahren wurden in Indien jährlich 82 Millionen Tonnen Getreide geerntet. In den Dürrejahren 1965/67 fiel diese Zahl auf 72 Millionen Tonnen pro Jahr. (Seit 1967 stiegen die Produktionsziffern auf 94, 100 und 108 Millionen Tonnen.) Dieses Jahr rechnet man mit einem Ergebnis von 112 Millionen Tonnen Getreide. Der Weizenertrag pro Hektar ist in zehn Jahren von 851 kg auf 1.300 kg gesteigert worden.

In bestimmten Gegenden der indischen Unionstaaten Punjab oder Uttar Pradesh findet gegenwärtig ein wirtschaftlicher Aufschwung statt. In einem Distrikt z.B. profitierten 1,2 Millionen Menschen vom Erfolg der dort ansässigen 45.000 Bauern, deren Kaufkraft Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erzeugt hat, so daß eine große Zahl von Schmieden, Tischlern, Maurern, Webern, Töpfern, Wäschern, Schneidern, Händlern usw. Beschäftigung und Lohn findet. Insofern wird die "Grüne Revolution" von klassischen Nationalökonomen als Initialzündung für allgemeine wirtschaftliche Entwicklung gepriesen.

Tatsächlich aber hat die "Grüne Revolution" in Indien unübersehbare neue politische und soziale Probleme hervorgebracht. Die neue Agrartechnologie hat die Lebensqualität für einen sehr kleinen Teil der mehr als 540 Millionen Inder enorm verbessert. In bestimmten Dörfern des Punjabs gibt es keine Lehmhütten oder Staubstraßen mehr, sondern brandneue Häuser aus Ziegel und Zement stehen dort, man fährt mit gesunden und gutgenährten Kindern über Asphaltstraßen, schläft in modernen Betten, kauft Sofas, Kühlschränke, Ventilatoren und sogar Plattenspieler. Man hat elektrische Leitungen legen lassen. Gäste werden mit Kaffee, Gebäck und importierten drinks von einer strahlenden Hausherrin bewirtet, die einer städtisch erzogenen Dame in nichts nachsteht. Nur - es handelt sich dabei um eine verschwindende Minderheit von Landbesitzern, die genügend Mittel hatten, um sich die neue komplizierte Technologie leisten zu können, die Pächter, von deren Abgaben sie bis dahin ohne Arbeit leben konnten, zu kündigen und die nunmehr industriell-kapitalistisch betriebene Landwirtschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Nicht selten wurden Bewässerungsanlagen mit öffentlichen Mitteln gebaut, deren Nutzen nur denen privat zugute kommt, die in dieser Gegend Landeigentum haben.

Indien ist ein riesiges Agrarland, in dem 80 % der Bevölkerung auf dem Lande leben. Fast die Hälfte dieser Menschen besitzt selbst kein Land, sondern als landlose Arbeiter fristen sie ihren Lebensunterhalt mit allenfalls umgerechnet 9 Mark im Monat. Nur jeder Vierzehnte zählt zu den Reichen auf dem Lande. 27 Millionen Familien besitzen keinen eigenen Boden. Während der letzten 10 Jahre, während des Jahrzehnts der "Grünen Revolution", sind 30 Millionen Menschen in die Städte abgewandert. Sie vegetieren in den Slums, weil es auf dem Lande auch nicht mehr die bescheidenste Existenz für sie gab.

Die Armen Indiens sind heute ärmer als vor 10 Jahren. Im Punjab macht ein Mähdrescher jeweils über 300 Landarbeiter arbeitslos. Daran muß man denken, wenn Professor Erwin Rohde, Rektor der Ost-Berliner Humboldt-Universität, nach einer Indienreise der DDR-Zeitschrift "Die Wirtschaft" (11. Oktober 1972) völlig unkritisch folgendes sagt:

"Frau Gandhi (würdigte) nicht nur die große Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten für den Aufbau der Schwerindustrie, sondern hob ganz besonders den Anteil der Sowjetunion und der DDR bei dieser raschen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion hervor. Landwirtschaftliche Geräte der DDR gibt es in großer Zahl, die sich auch in Indien sehr gut bewährt haben."

Ist es dem Professor aus der DDR vielleicht entgangen, daß diese landwirtschaftlichen Geräte der DDR Teil der Bedingung sind, unter denen gegenwärtig eine neue Klasse von Kulaken entsteht? Eine Klasse, die in den Regierungsparteien der Länderparlamente und des Zentralparlaments so stark vertreten ist, daß sie mit Erfolg bis heute die Durchführung der in den fünfziger Jahren beschlossenen Land- und Pachtreformgesetze blockierte und dafür gesorgt hat, daß bis heute keine Steuern auf Agrareinkommen erhoben werden konnten?

Als der jetzige Verteidigungsminister Jagjivan Ram noch Landwirtschaftsminister war, hat er einmal gesagt: "Modernisierung auf den Feldern bedeutet Verelendung in den Hütten." Indira Gandhi hat vor bald zwei Jahren einen überwältigenden Wahlsieg mit der Parole "Garibi hatao" errungen: "die Armut soll verschwinden". Jetzt sehen ländliche Massen in den Gebieten, in denen die "Grüne Revolution" floriert, daß ihre Armut nicht verschwindet, wohl aber der Reichtum der reichen Bauern maßlos steigt. Und die große Mehrheit derer, die auf nicht künstlich bewässerbarem Boden leben, sieht den Reichtum der bevorzugten Gebiete im Punjab oder in Uttar Pradesh. Die neue Technologie hat den Unterschied zwischen den künstlich bewässerten und den weit größeren Flächen geschaffen, die auf den herkömmlichen Regen angewiesen bleiben. Während die landlosen Arbeiter früher Armut und Stagnation als Schicksal hinnahmen, wird ihnen jetzt vor Augen geführt, daß es auch anders geht, daß aber sie nichts davon haben.

Als das Land einmal abhängig war von der Großzügigkeit amerikanischer Weizenlieferungen, war Überleben wichtiger als die allfällige Landreform. Jetzt verhindert die politische Macht der reich werdenden Kulaken eine Landreform. Die erforderlichen Investitionen in Kunstdüngerfabriken und Bewässerungssysteme ziehen wegen der damit verbundenen Gewinnchancen auch ausländisches Kapital an. Die seit 20 Jahren in Indien diskutierte Landreform aber bleibt auf der Strecke. Selbst wenn es all die vor der Landreform aufgetürmten Hürden nicht gäbe, muß man bedenken, daß für die 450 Millionen der Landbevölkerung nur 324 Millionen Acres kultivierten Landes zur Verfügung stünden. Das ist aber kein Argument gegen eine Landreform. In der Zeitschrift CERES, die von der FAO herausgegeben wird, kommt ein indischer Autor zu folgendem Ergebnis:

"In gewisser Weise dramatisiert und bestärkt zugleich die Grüne Revolution die angeborenen Schwächen der indischen Gesellschaft. Eine Strategie des Fortschritts ohne verteilende Gerechtigkeit und Gleichheit ist anachronistisch und sogar absurd. Eine Politik, die ihrer wahren Natur nach den Wohlhabenden nützt und die Armen ächtet, kann sehr wohl auf die Gesellschaft zurückschlagen. Eine Wachstums- und Wohlstands-Psychologie kann weder die sozio-ökonomische Struktur verändern noch kann sie eine Gesellschaft harmonisieren und stabilisieren."

In *Kalkutta*, dem wohl größten sozialen Schmelztiegel des Landes, zählen nach amtlichen Schätzungen rund 40 Prozent der Einwohner zur sogenannten «Trottoirbevölkerung»: 3 Millionen Inder, die entweder gar kein Dach über dem Kopf haben oder in Elendsvierteln ihr Leben fristen. In *Bombay* sollen es 1,5 Millionen sein, in *Madras* 900 000 und selbst in *Delhi*, der vielgepriesenen Gartenstadt, nicht weniger als 800 000. Hinter der Fassade von hübschen Springbrunnen, imposanten historischen Bauten und modernen Hochhäusern vegetieren sie in Zelten, unter dünnem Bambusgeflecht oder in Wellblechhütten, ohne daß ihre Unterkünfte an die zentrale Wasserversorgung oder an ein Kanalisationssystem angeschlossen wären. Selbst vielen, die in vier Wänden wohnen, geht es kaum besser. 3 von 18 Bezirken Delhis zum Beispiel weisen eine Dichte von 156 000 Personen pro Quadratkilometer aus. Eine Regierungskommission ermittelte im Jahre 1969, daß der Fehlbedarf an Häusern in Bombay 560 000, in Delhi 380 000 und in Madras 105 000 betrage.

Für die *Landbevölkerung* ist die Situation ähnlich. Während 80 Prozent dieser Menschen immerhin in Lehmhütten wohnen, sind laut Statistik 3,8 Millionen Landarbeiterfamilien «ohne Haus». Zwar mag das Leben in freier Umgebung erträglicher sein als in der erdrückenden Enge von Slums. Die Flucht in die Städte hält aber an, und da sie das Tempo der Industrialisierung längst übertroffen hat, führt sie zwangsläufig zu einer sich verschärfenden Arbeitslosigkeit. Finanzminister *Chavan* gab dafür kürzlich im Parlament ein eindrückliches Beispiel, als er darlegte, um fünfzig in Delhi ausgeschriebene Bürostellen hätten sich nicht weniger als 22 000 Personen beworben.

Neue Züricher Zeitung 31.12.72

Vor zwei Jahren sagte ein indischer Kongreßpolitiker auf einer Tagung der Länder-Ministerpräsidenten, die "Grüne Revolution" werde nicht grün bleiben, wenn sie nicht durch eine Revolution auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit begleitet sei. "Rot?" rief einer dazwischen. "Rot oder weiß, aber nicht grün", warf der damals marxistische Finanzminister West-Bengalens ein. Heute sind die bengalischen Marxisten an den Rand des politischen Geschehens gedrängt. Man kann sich unschwer denken, wozu die landwirtschaftlichen Maschinen u.a. aus der DDR und Osteuropa in Indien beitragen: eher zu einer weißen Konterrevolution als zu einer roten Revolution.

Palästina
Zionismus und Lage der Palästinenser

Hans Werner Bartsch

Das blutige Massaker von Fürstenfeldbruck und das Folgeereignis, die Geiselnahme einer Lufthansa Maschine mit dem Austausch der zwei überlebenden Palästinenser gegen Passagiere und Besatzung des Flugzeugs haben es der Weltöffentlichkeit und zuerst der Öffentlichkeit in der BRD wieder ins Bewußtsein gerufen, daß der Nah-Ost-Konflikt nicht nur einen uns fern liegenden Winkel der Erde betrifft, sondern daß er uns angeht. Die Reaktion auf beide Ereignisse in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ließ allerdings erkennen, daß uns keineswegs bewußt geworden ist, in welcher Weise dieser Konflikt uns betrifft. Wer sich über beide Ereignisse nur entrüstet und von Gangstern, Maffia oder kriminellen Organisationen redet und schreibt, ohne nach den Ursachen zu fragen, wer von daher einen Antiarabismus ins Leben ruft oder fördert, bleibt nicht nur an der Oberfläche der Ereignisse hängen, sondern er verdeckt damit zugleich die eigene Betroffenheit, die eigene Mitverantwortung, die nicht durch verschärfte Kontrollmaßnahmen, durch die Ausweisung von Palästinensern oder das Verbot ihrer Organisationen in der BRD abgegolten werden kann. Er vernachlässigt mit der Frage nach den Ursachen zugleich die Verbindung, die zwischen uns als Deutschen und den Juden besteht, seit die Vernichtung dieses Volkes in unserem Land und in unserem Namen geplant und in die Wege geleitet wurde. Eine solche Schuld, die uns zwar nicht einfach kollektiv trifft, die aber zumindest jeder von der älteren Generation in seiner Weise zu tragen hat, verbindet uns mit dem jüdischen Volk stärker, als irgend etwas anderes es könnte. Gerade damit sind wir aber genötigt, nach den Ursachen dieser Verzweiflungstat zu fragen.

Wenn wir die Taten der Palästinenser einfach in den Bereich des Kriminellen verschieben, übersehen wir bewußt oder unbewußt, daß ein abgrundtiefer Unterschied die Aktion von München von einem Banküberfall und die Inbesitznahme der Lufthansa-Maschine von einem kidnapping unterscheidet. In keinem anderen Fall waren die Täter in der Weise bereit, ihr eigenes Leben einzusetzen. Dies ist auch nicht mit dem üblichen politischen Fanatismus zu erklären, der bei mancher Luftpiraterie mit im Spiele ist. Verzweiflung unterscheidet sich als Motiv für eine unsinnige Handlung immer noch von politischem Fanatismus. Damit soll jener Überfall auf die israelischen Athleten nicht nachträglich glorifiziert werden. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß niemand das Recht hat, auch wenn er bereit ist, das eigene Leben einzusetzen, Mord auch für die gerechtesten Ziele in Kauf zu nehmen. Aber in der eigenen Mitverantwortung müssen wir zugleich feststellen, daß die israelische Regierung bei der Verweigerung der Auslösung ihrer eigenen Bürger gegen arabische politische Gefangene in gleicher Weise das Leben mißachtet hat zugunsten politischer Überlegungen.

Das furchtbare Ereignis von Fürstenfeldbruck hat jedoch noch eine andere Kehrseite, die in der Tagespresse der BRD allerdings kaum genannt wurde und jedenfalls nicht als das charakterisiert wurde, was sie ist. Als Vergeltung für das Massaker führte der Staat Israel Angriffe gegen arabische Gebiete, in denen die Stützpunkte der Palästinenser vermutet werden. Dabei wurde unter anderem ein Bus von einem israelischen Panzer zermalmt, in dem 10 arabische Kinder umkamen. Es soll hier nicht Unmenschlichkeit gegen Unmenschlichkeit aufgerechnet werden, aber der entscheidende Unterschied ist, daß auf der einen Seite eine kleine Gruppe verzweifelter Menschen handelte, auf der anderen Seite ein Staat ex officio. Hat man dieses Ereignis übergangen, weil wir noch immer der Meinung sind, daß jede Aktion von Staats wegen gerechtfertigt ist, während eine Aktion einzelner auch dann zu verurteilen ist, wenn sie eine Begründung hat, die jedenfalls menschlich verstanden werden kann?

Hoffnungslose Lage der Palästinenser

Fragen wir nach der Ursache jenes Massakers, so wird vor allem eines sofort, auf den ersten Blick eindeutig: Eine militärische Bedrohung des Staates Israel durch die Araber besteht nicht. Es ist eine Minderheit der Palästinenser, also einer Nation, die kaum mehr als 2,5 Millionen Menschen umfaßt, eine Minderheit, die zudem eben wegen dieser Aktionen von der Mehrheit der Palästinenser abgelehnt wird, die einen derartigen "Krieg" gegen Israel führt. Es sind nicht die arabischen Staaten, und diese Minderheit führt diesen "Krieg", weil sie auch daran verzweifelt sind, daß diese arabischen Staaten jemals einen effektiven Krieg gegen den Staat Israel

führen werden. Wir sollen uns nicht dadurch täuschen lassen, daß die Überlebenden jenes Massakers und ihre Befreier in Libyen begeistert gefeiert wurden. Es ist ihnen dabei nur so gegangen, wie es allen Erfolgreichen geht: sie werden gefeiert und danach verschwinden sie wieder in der Vergessenheit, wenn man sie nicht mehr gebrauchen kann. Nur um mit dem Mund eigene Stärke zu demonstrieren, wurden die Palästinenser benutzt; für die palästinensische Nation wirklich etwas zu tun, ist jedenfalls Libyen nicht bereit und sein Verbündeter, das derzeitige Ägypten ebenso wenig.

Die Ursache des Massakers ist also zuerst die Hoffnungslosigkeit der Palästinenser, die entweder in elenden Flüchtlingslagern vegetieren, oder als Bürger zweiter Klasse in Israel leben. Man soll nicht einwenden, daß es den Palästinensern in Israel wirtschaftlich besser geht als ihren Stammesgenossen in den arabischen Staaten. Dieses Argument wird in gleicher Weise von Verteidigern der Apartheid-Politik Südafrikas in bezug auf die Schwarzen gebracht, und es ist in beiden Fällen gleich verlogen. Als ob man Menschenwürde durch materielle Vorteile abgelten könnte! Und man soll ebenfalls nicht einwenden, die arabischen Staaten ließen die Palästinenser absichtlich in den Lagern verelenden, um die Wunde offen zu halten, wie es die Flüchtlingsverbände in der BRD versuchen. Wer die arabischen Länder einmal



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
„Ein Türke? — Ich hatte schon Angst, es wäre einer von unseren Leuten!"

besucht hat, wird verstehen, daß einfach keine Möglichkeit besteht, zusätzlich Millionen von Menschen zu integrieren, wie es bei uns praktisch nach dem Ende des Krieges geschehen ist. Und auch hierfür sind zum entscheidenden Teil die Staaten Westeuropas mitverantwortlich, die den einzigen Reichtum dieser Länder, das Öl, für den eigenen Profit ausbeuten, ohne den arabischen Staaten die eigene Verfügung oder auch nur einen angemessenen Anteil an diesem Reichtum zuzugestehen. Weil die angloamerikanischen Ölgesellschaften den kolonialen Status dieser Länder wirtschaftlich immer noch fortsetzen, fehlt jede Möglichkeit, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die Palästinenser zu integrieren.

Dieses wurde kürzlich erst am Beispiel des Irak deutlich, als dieser Staat die Ölquellen nationalisierte, um selbst über den Reichtum des eigenen Landes verfügen zu können. Die Antwort der Ölgesellschaften war ein allgemeiner Boykott, auf den nicht nur alle Ölgesellschaften mit ihren Raffinerien verpflichtet wurden, sondern auch die Reedereien der Tankerflotten. Selbst die meisten westlichen Staaten beugten sich dem Boykott und verhindern damit eine fortschreitende Entwicklung dieses arabischen Landes. Damit verhindern sie zugleich die Entwicklung dessen, was notwendige Voraussetzungen für eine friedliche Beilegung des Konflikts ist, für eine progressive Entwicklung der gesamten nahöstlichen Region, an der alle Staaten miteinander arbeiten könnten. Die Voraussetzung dafür ist die Gewinnung der eigenen Identität, eines eigenen nationalen Selbstbewußtseins der arabischen Staaten, die Überwindung des ökonomischen, technischen und kulturellen Gefälles zwischen dem Staat Israel einerseits und den arabischen Staaten andererseits.

Der Irrweg des Zionismus

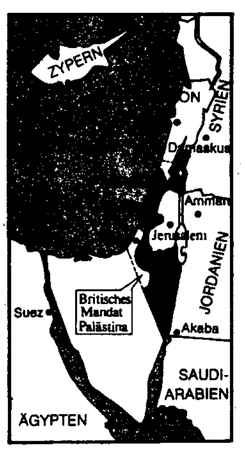
Der Bruch zwischen Juden und Arabern in Palästina wurde evident, als die Juden sich immer stärker an die für Palästina errichtete Mandatsregierung Englands anlehnten und sich nicht an dem nationalen Streik der Araber 1936 beteiligten. Für diese Haltung der Palästina-Juden ist die zionistische Bewegung verantwortlich, die für die jüdischen Siedlungen Land von den arabischen Feudalherren kaufte und dadurch die arabische Landbevölkerung arbeits- und brotlos werden ließ. Diese zionistische Bewegung hat eine Fehlkalkulation als Grundlage, von der Martin Buber berichtet. Man meinte, mit der Inanspruchnahme Palästinas für das jüdische Volk ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land zu beanspruchen. Als Max Nordau zum ersten Mal hörte, daß es eine arabische Bevölkerung in Palästina gab, ging er zu Herzl und rief: "Ich wußte das nicht! Aber dann begehen wir eine Ungerechtigkeit!" Der von Herzl vertretene Zionismus wollte durch den Landkauf jenes Land ohne Volk erst schaffen.

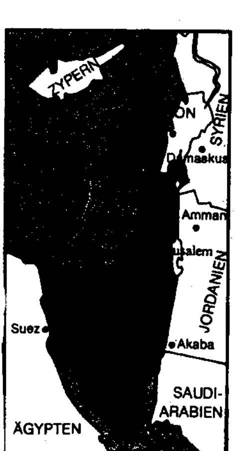
Auf diese Ungerechtigkeit ist der Staat Israel gebaut, und das ist auch nach dem Urteil frommer Juden, israe-

lischer Bürger, die Ursache des Konflikts. Am 28.9.1967 schrieb ein israelischer Bürger, der sich selbst einen pharisäischen Juden nennt: "Der zionistische Staat fußt auf schreiendem Unrecht. ... Das ist der Grund, warum er letzten Endes untergehen wird, genau wie die Kreuzfahrerreiche von anno dazumal ... dieser Staat muß aufgehen in einem größeren Syrien, d.h. einem arabischen Staat, worin Juden und Christen als Minderheiten und mit Gruppenautonomie auf religiösem Gebiet in vollkommener Freiheit leben könnten." (Briefe aus dem anderen Israel, hgb. von H. Spehl, 1969, S. 23 f.). Daß dies die Möglichkeit einer Lösung des Konflikts bietet, mag daraus ersichtlich werden, daß auf einer Konferenz in Kairo im Januar 1969 Yasir Arafat sagte: "Wir wollen einen säkularen Staat, in dem Moslem, Christen und Juden gleichberechtigt und frei miteinander leben können." Diese Übereinstimmung der Aussagen eines militanten Palästinensers mit der eines israelischen Juden, der zwei Jahre in Auschwitz zugebracht hat, weist auf die entscheidende Problematik des jüdischen Staates: Er ist, wie der fromme Jude sagt, ein atheistischer Staat, aber er erhebt den Anspruch, ein Judenstaat zu sein, d.h. im Zusammenhang mit den alttestamentlichen Verheißungen zu stehen. Allein daraus leiten die Zionisten das Recht dieses Staates auf das Land Palästina ab. Es ist der Zwiespalt zwischen einer rein säkularen Politik, die sich - auch bedingt durch die Situation des permanenten Konflikts - als Machtpolitik zeigt, und einer irrationalen Begründung durch alttestamentliche Verheißungen, der den Konflikt unlösbar erscheinen läßt.

Dieser Zwiespalt hat die zionistische Bewegung von Anfang an belastet. Wir tun gut daran, uns dieses zu vergegenwärtigen, damit wir auch zu einer differenzierten Beurteilung des Zionismus kommen können. Er ist ja keineswegs eine von Anfang an einheitliche Bewegung, sondern hat zwei unterschiedliche Ansatzpunkte. Der eine ist das Bemühen, durch die Identifizierung des jüdischen Volkes mit einem Staat eine Nation zu werden, wie es andere Nationen auch sind. Dabei wird man selbst für diesen Ansatzpunkt nicht einmal die religiöse Beziehung zum heiligen Land als konstitutiv annehmen dürfen. Es bestanden zunächst ebenfalls Pläne, in einem anderen Land, z.B. in Afrika - konkret wurde Uganda genannt -, einen Judenstaat zu schaffen. Die Entscheidung für Palästine hatte neben der religiösen Begründung auch die praktische, daß man dieses Land als nahezu entvölkert ansah.

Neben diesem Ansatzpunkt war aber von Anfang an auch ein anderer wirksam. In der Zeit der Emanzipation der Juden in Europa, die auf seiten der Juden das Bestreben der Assimilation an die europäischen Völker als Folge hatte, suchte der Zionismus das Bewußtsein zu stärken, daß Jude sein ein unaufgebbares Erbe sei. Als größten Vertreter dieses Zionismus wird man Martin Buber nennen müssen, obwohl er dieses Bewußtsein, Jude zu sein, mit der Bindung an das Land Israel verband. Allerdings stand er von Anfang an im Gegensatz zu der von Ben Gurion vertretenen Richtung, insofern er den Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung als Grundbedingung für die Existenz des Staates Israel ansah. Nachdem er sich nicht hatte durchsetzen können, geriet er in Israel nahezu in Vergessenheit und erhielt erst auf seinem Totenbett die einzige Ehrung, die Ernennung zum Ehrenbürger von Jerusalem. Der Staat Israel hatte sich für eine Politik des Zionismus entschieden, die nur Juden





als vollwertige Staatsbürger anerkannte und zugleich allen Juden aus aller Welt die Möglichkeit der Staatsbürgerschaft ohne Vorbehalt zuerkannte. Im Gefolge dieser Politik haben einerseits Agenten des Zionismus vor allem in den arabischen Ländern für die Immigration der Juden geworben und andererseits wurden nach dem Waffenstillstand die in arabischem Besitz befindlichen Ländereien und Häuser von der "Verwaltung für Vermögen Abwesender" zu Spottpreisen an Juden verkauft. Erst kürzlich kam es aufgrund von Vertreibungen arabischer Bewohner im Jahre 1948 zu dem Konflikt um die Dörfer Ikrit und Biram, weil die Eigentümer dieser Dörfer, christliche Araber,

die Rückkehr erzwingen wollten ...

Krieg für ein "Größeres Israel"

Niemand wird dem Staat Israel, besonders in der gespannten Situation, ein Sicherheitsbedürfnis absprechen können. Die Erfahrung, daß die Staatsgründung mit einem Krieg begann, den die arabischen Staaten gegen den neuen Staat begannen, dessen Hintergründe in der genannten Ungerechtigkeit allerdings nicht vergessen werden dürfen, prägt nicht nur die Politik des Staates, sondern auch das Bewußtsein seiner Bürger. Jedoch muß man von einem Staat, der seine Existenz einem UNO-Beschluß verdankt, erwarten, daß er seine Politik nach dieser Existenzgrundlage ausrichtet. Dem widersprach bereits der sogenannte Suezkrieg, der am 29.10.1956 mit dem Einmarsch der Truppen Israels in die Sianihalbinsel begann. Es widersprach auch dieser Bindung Israels an die UNO, daß Israel nach dem erfolgten Waffenstillstand sich weigerte, UNO-Truppen als Friedensgarantie auf eigenem Boden zu stationieren. Der Anlaß für den sogenannten 6-Tage-Krieg 1967, der Rückzug der UNO-Truppen auf ägyptischer Seite aufgrund des Verlangens von Präsident Nasser, bedeutete faktisch nur das Gleichziehen der Ägypter mit der vorherigen Weigerung Israels, den UNO-Truppen die Stationierung zu gewähren. Ein nüchterner Beobachter wird den Ausbruch des 6-Tage-Krieges darauf als eine Aktion Israels sehen müssen. Die Massierung ägyptischer Truppen trug eindeutig keinen aggressiven Charakter, so kriegerisch auch die Propagandasendungen und -reden der Araber klangen. Es ist inzwischen nachgewiesen, daß der israelische Geheimdienst, nach dem CIA der beste in der ganzen Welt, Informationen über die Unfähigkeit der arabischen Armeen, einen Krieg gegen Israel zu führen, an die Regierung geleitet hatte. Man kann nicht verschweigen, daß der 6-Tage-Krieg der Expansion des israelischen Staatsgebietes diente und insofern faktisch ein Aggressionskrieg war. Das gilt für die israelische Regierung, wenn auch nicht übersehen werden soll, daß die israelische Bevölkerung vor allem durch die arabischen Drohungen sich in ständiger Gefahr fühlte.

Die Mißachtung der UNO-Resolution 242 vom 22.11.1967, die den Rückzug aller israelischer Truppen aus den besetzten Gebieten forderte, verbunden mit den nationalistischen Forderungen nach einem "Größeren Israel", ist der bis heute nicht korrigierte Fehler israelischer Politik, der den Widerspruch zwischen der Existenzgrundlage des Staates und seiner Politik sichtbar macht. Dabei soll nicht die Erfüllung dieses Beschlusses durch Israel als zwangsläufige Herbeiführung eines Friedenszustandes im Nahen Osten angepriesen werden. Es kann vielmehr durchaus die Erfüllung mit Maßnahmen verbunden werden, die dem Sicherheitsbedürfnis Israels Rechnung tragen. Dazu könnten durchaus auch Grenzkorrekturen gehören, die etwa in Gegenleistung zur Wiederherstellung des Besitzstandes von Palästinensern in Israel erfolgen könnten. Wenn derartige Grenzkorrekturen mit der vollen Integration der Palästinenser in Israel derart Hand in Hand gehen, wäre es möglich, dafür auch die Zustimmung der Palästinenser zu gewinnen. Und auch Israel sollte im wohlverstandenen eigenen Interesse einer derartigen Lösung des Problems zustimmen, da die inneren Schwierigkeiten des Staates naturgemäß dadurch gewachsen sind, daß eine unterprivilegierte arabische Bevölkerung in dem von Israel kontrollierten Gebiet derart angewachsen ist, daß ein feindliches Gegeneinander die Unruhe nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch ständig lebendig erhält.

Und damit ist ein letzten Aspekt des Konflikts angesprochen. In Israel wie in den meisten arabischen Staaten entspricht der Gegensatz zwischen Israel und den arabischen Staaten einem inneren Gegensatz zwischen einer schmalen privilegierten Oberschicht und der breiten Masse der Unterprivilegierten. Und in Israel wie in den arabischen Staaten besteht dieser Gegensatz unter den Bürgern des jeweiligen Landes. Besonders die Palästinenser sind davon betroffen, da sie nicht nur in Israel, sondern ebenso in den arabischen Staaten die Unterprivilegierten sind, bis hin zu der versuchten Ausrottung in Jordanien in jenem September, nach dem sich die Terrororganisation "Schwarzer September" nennt. Aber auch in Israel gibt es parallel zu dem Gegensatz zwischen Juden und Arabern einen Gegensatz zwischen der nur ein Drittel der Bevölkerung umfassenden Schicht der europäischen Juden, der Aschkhenasim und den Sephardin, den Juden aus den arabischen Ländern. Nur spärlich kommen die Nachrichten über die Auswirkungen dieses Gegensatzes in unsere Presse, wenn etwa einmal die "Black Panther" in Jerusalem eine spektakuläre Demonstration veranstalten ...

Palästina kann den Charakter eines Herdes des Unfriedens nur dann verlieren, wenn sowohl in Israel wie in den arabischen Staaten ein solcher Prozeß der Veränderung in Angriff genommen, Israel die Abhängigkeit von den USA und von zionistischem Judentum verliert und die arabischen Staaten die Abhängigkeit von den internationalen Ölkonzernen und damit ihren neokolonialistischen Charakter. Voraussetzung dafür bleibt allerdings Gerechtigkeit für die Palästinenser.

aus: "Stimme", Nr. 2/73, 15.1.73
(um etwa die Hälfte gekürzt)

Chile
Stellung des MIR zur Volksfront

Interview mit Miguel Henriquez

erschienen in CHILE HOY, Nr. 11, 25. August 1972

Frage:

Was für eine Rolle, glauben Sie, muß die MIR in diesem Prozeß (UP) spielen? Ist die Zukunft der MIR an den Sieg oder die Niederlage dieses Experiments gebunden?

Antwort:

Der MIR kann nicht abhängig sein vom Scheitern eines Experiments. Keine Organisation, keine Strategie, keine Politik ist an ein taktisches Moment des Klassenkampfes gebunden. Das Wesen des Problems liegt darin, daß im Augenblick einige Führer der KP und einige Sektoren der UP behaupten wollen, das endgültige Schicksal - sowohl der Massenbewegung, wie auch der Linken insgesamt - sei direkt abhängig vom Erfolg oder Scheitern dieser Regierung.

Nun, wenn es darum geht zu würdigen, was man den "Prozeß" genannt hat (wir haben es eine Situation mit vorrevolutionären Zügen genannt, eröffnet 1970), dann machen wir das schon. Wenn es darum geht, die UP-Regierung als eine Tatsache zu würdigen, dann machen wir das auch: Wir haben gesagt, daß die UP-Regierung neue Bedingungen geschaffen hat, die weitergehen, als die Reifung der allgemeinen Bedingungen. Erstens wurde es möglich, mit dem repressiven Alltag des Staatsapparates durch dessen Veränderung Schluß zu machen - (Dieses Interview wurde vor den Ereignissen in Lo Hermida gegeben! Note des Übersetzers) - und davon ausgehend wurde ein enormes Mobilisierungs-Potential der Massen freigelassen, deren große Fähigkeit zu Initiativen viele Sektoren zu politischer Arbeit ermunterte.

Deswegen haben wir zur Verteidigung der Stabilität der Regierung aufgerufen, eine Formel, die wir seit dem 4. September aufgestellt haben. Diese Verteidigung der Regierungsstabilität bedeutet aber nicht, daß wir mit jedem Politiker und jedem Regierungsakt der UP uns identifizieren, sondern, daß wir unbedingt Stabilität und Existenz der UP-Regierung verteidigen.

Frage:

Aber in der Praxis des MIR erscheint das nicht so klar.

Antwort:

Kommt darauf an, was Du "die Praxis der täglichen Politik" nennst. Denn, es muß klargestellt werden: Wenn nicht die Mobilisierung der Massen und die Eroberung ihrer Rechte, wenn nicht der Kampf um ihre Interessen, wenn selbst die ideologische Polemik mit dieser Regierung sie nicht gerade stärkt, - dann weiß ich wirklich nicht mehr, was sie stärken könnte. Das Problem ergibt sich nicht zwischen unserer Massenpolitik und der Regierung, sondern aus der Politik der Regierung gegenüber der Massenbewegung. Daraus resultiert oft, daß sich die Regierung in Widerspruch zur Massenbewegung gestellt hat, daß die Regierung nicht erkannt hat, daß die fundamentale Quelle, aus der sie Kraft schöpfen kann, die Massenbewegung ist.

Frage:

Die Kommunisten werfen dem MIR vor, er unternehme den Versuch, die KP von der UP und den anderen Parteien zu isolieren. Glaubt ihr, der chilenische revolutionäre Prozeß könnte auf die KP verzichten?

Antwort:

Es ist absurd, die Frage zu stellen, ob jemand auf eine politische Kraft verzichten kann oder nicht. Mehr noch: Der MIR ist nicht daran interessiert, auf irgendeine politische Kraft zu verzichten -, ihn interessiert eher, diese Kräfte zu bekämpfen oder sie hinter seine Politik bringen zu können.

Nun, wenn es darum geht, die Existenz, die Stärke dieser politischen Organisation einzuschätzen: das machen wir. Aber die Würdigung dieser politischen Kraft, ihres Gewichtes, kann uns nicht zu den Konzessionen treiben, die intellektuelle, journalistische, linksschwankende Gruppen machen und die behaupten, man müsse die Politik der Parteien und der Massenbewegung der reformistischen Politik der KP unterordnen.

Es geht nicht darum, die KP als Objekt zu bekämpfen, sondern es geht um bestimmte politische Grundrichtungen: Es gibt zwei politische Richtungen, die sich bekämpfen, die revolutionäre und die reformistische - und das hat nichts damit zu tun, ob man mit der KP rechnet oder nicht, es hat aber sehr wohl etwas zu tun mit der Orientierung, die die KP ihrer Politik gibt. Diese werden wir unbedingt bekämpfen, und wir denken,

daß jede Konzession auf dieser Ebene nur die Entwaffnung dessen, der Konzessionen macht, mit sich bringt.

Sagen wir es ganz deutlich: Es gibt eine Überlegung, die in weiten Teilen der Linken als angeblich logisch hingestellt wird, die besagt: "ohne die KP kann man nichts machen" - daher: "alles muß mit Einverständnis der KP gemacht werden" - und wenn man Differenzen hat mit der KP und sie Bedingungen stellt, dann macht man eben eine Reihe von Sachen nicht und sagt einiges nicht und rechtfertigt dies, indem man sagt "die KP wollte nicht". Der KP wird so alles Schlimme was passiert untergeschoben, und die Schwankenden können sich bequem dahinter verstecken. Und das lehnen wir entschieden ab.

Frage:

Einige Analytiker behaupten, ihr wärt eine Art "revolutionäres Gewissen der UP-Regierung". Andere behaupten, ihr würdet das Scheitern der UP-Regierung nur herbeiwünschen, um danach als einzige Alternative zu erscheinen. Was gibt es daran Falsches oder Wahres?



Antwort:

Es gibt da zwei Unterstellungen. Daß wir ein "kritisches Gewissen" seien, wird wahrscheinlich von denen gesagt, die ein schlechtes Gewissen haben (bezieht sich offensichtlich auf die PS, N.d.Ü.). Der MIR ist eine Organisation, die in der Massenbewegung arbeitet und dort ihren Ausdruck findet. Den MIR auf die Rolle des "kritischen Gewissens" reduzieren zu wollen, bedeutet, die Wirklichkeit abzuschaffen.

Und was die Unterstellung betrifft, der MIR wäre interessiert am Umsturz oder am Scheitern der Regierung und diese Experiments, um hinterher eine bessere Alternative anbieten zu können, so ist die grundfalsch. Nichts wünschen wir uns mehr, als einen Sieg dieser Revolution. Der MIR stellt Aufgaben und versucht sie zu erfüllen. Wenn er deswegen in Widerspruch mit manchen Kräften in der UP gerät, entsteht die politische Konfrontation - aber das hat nichts zu tun mit dem Wunsch, dieses Experiment scheitern zu sehen.

Frage:

Die Konfrontation dieser beiden Linien innerhalb der Linken, die anscheinend immer akuter wird, kann nicht als Konsequenz eine solche Schwächung mit sich bringen, daß das ganze Experiment zusammenbricht, ohne daß die Massen überhaupt einmal die Möglichkeit gehabt hätten, die Kontrolle des Prozesses in die Hand zu bekommen und so den revolutionären Prozeß zu sichern?

Antwort:

Wenn der Widerspruch zu tiefgreifend wird, schwächt sich die Regierung. Aber das geht nicht mechanisch vor sich. Er spiegelt sich in den UP-Parteien, die sich nach und nach radikalisieren, und die Strömungen, die wir revolutionär nennen, nehmen zu. Sie beginnen, mit ihrer Politik Druck auszuüben. Sie versuchen, die Kontrolle über einen Teil des Staatsapparates mit der Massenbewegung zu vereinbaren und den ersteren in den Dienst der zweiten zu stellen. Aber das ist noch nicht herangereift, das ist eine Schlacht, die wir noch schlagen müssen. Aber dieses Ziel wird niemals erreicht werden, wenn die Massenbewegung gebremst wird, oder wenn man an die reformistischen Politiker Konzessionen macht. Es ist allein die reformistische Politik für sich selbst, die zu Chaos und Anarchie führt. Die Revolutionäre dagegen existieren als Vertreter der Interessen bestimmter sozialer Sektoren.

Frage:

Der MIR hat wiederholt gesagt, daß das UP-Programm nicht sein Programm ist. Hat der MIR nicht das Minimalprogramm mit dem Maximalprogramm verwechselt? Ihr stellt jetzt ein revolutionäres Programm auf, das das Programm der UP modifizieren soll. Welche wären diese Veränderungen?

Antwort:

Das Grundproblem hat mit der programmatischen Konzeption des MIR und einiger Sektoren der UP zu tun. Ein Programm wird auf der Basis der Bedingungen definiert, die in einem bestimmten Land existieren: die ökonomische Struktur, die sozialen Schichten, Klassen und Sektoren, die vorhanden sind, und das Bewußtseinsniveau, das sie haben. Das gestattet, die Feinde zu bestimmen, die progressiven Schichten und Bündniskräfte auszumachen, Stellung gegen den Staatsapparat zu beziehen, und endlich, die Definition eines Modells für die Entwicklung des revolutionären Kampfes der Massen vorzunehmen.

Außerdem entstehen Unterschiede in den programmatischen Änderungen, die die UP und der MIR angesichts jeder konkreten Periode in der Entwicklung des Prozesses anstellen. Wir stellen als erstes fest: Das Ziel einer Revolution

ist die Zerstörung oder das Ersetzen eines bestimmten Herrschaftssystems, d.h. die Zerschlagung der herrschenden Klassen in ihrer Gesamtheit. Herrschende Klassen sind nicht einige Besitzer einiger Produktionsmittel, sondern es handelt sich um einen sozialen und politischen Komplex, der in seiner Gesamtheit und gleichzeitig zu zerschlagen ist. Die Diskussion in Chile bezieht sich hauptsächlich auf diese Frage ... Einige Sektoren der UP haben eine bestimmte Politik durchgesetzt, die Teile der herrschenden Klassen schützt. Wenn die UP den Feind definiert und nur manche Teile der herrschenden Klassen schlägt, irrt sie: Sie schlägt sie nicht in ihrer Gesamtheit und wie es dem Feind angemessen wäre. Wenn die UP sich den Feind aussucht, so schlägt sie in der Tat manche, andere verletzt sie aber nur, und einige werden von ihr sogar geschützt. Mehr noch, in diesem Augenblick hat sie sich als Aufgabe gestellt, Teile der Bourgeoisie zu stärken.

Vom Standpunkt der treibenden Kräfte und ihrer Bündnispartner hat das Modell der UP zwei Fehler.

Der erste entsteht aus der falschen Vorstellung von dem, was die Feinde des Volkes sind. Wenn man als Feind nur einen beschränkten Sektor der Agrarbourgeoisie erklärt, während der Rest beschützt wird, verhindert man, daß das Volk kampfbereit gemacht wird. Die Gesamtheit der Ärmsten auf dem Lande, d.h. das Agrarproletariat, die Arbeitslosen, die Halbproletarier und die armen Bauern, wird nicht mobilisiert. Man verzichtet auf die enorme potentielle Kraft, die hier verborgen ist. Ähnliches geschieht mit den Arbeitern in der Stadt, einschließlich denen in der Großindustrie. Revolutionäre Losungen gibt man nur den Arbeitern jener 91 Betriebe, die auf der Liste der zu enteignenden Industrien stehen. Der Rest der Arbeiter der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie wird nicht mobilisiert. Gleichzeitig fehlt es nicht an Erklärungen, die Garantien enthalten.

Der zweite Fehler beruht auf der Übernahme eines im wesentlichen europäischen Schemas, nach dem die UP definiert, welches die vorantreibenden Klassen sind (d.h. jene, die Träger des revolutionären Prozesses sind). Das führt dazu, daß viele Schichten in der Stadt, die sehr arm sind, ignoriert werden und ohne Führung bleiben, Schichten, die ein Bündnis mit dem Industrieproletariat herstellen können und müssen.

Frage:

In manchen Fällen hat der MIR von der Großbourgeoisie gesprochen, in anderen von der Gesamtheit der Bourgeoisie. Ihr habt anscheinend auch zwischen der Großbourgeoisie und der ganzen unterschieden.

Antwort:

Ja, auch wenn das Problem sich nicht reduzieren läßt auf die Frage, ob es sich um 91 oder 200 Unternehmen handelt (die zu enteignen sind). Spezifisch für den chilenischen Fall muß festgestellt werden, welche Kräfte den revolutionären Prozeß irreversibel machen. Wir glauben, daß es wesentlich ist, wie der Staatsapparat behandelt wird, wie er zerschlagen wird, wobei er neue Formen annimmt und in den Dienst der Arbeiterinteressen gestellt wird. In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle wichtig, die die Massenbewegung einnimmt, - in welcher Weise die Massenbewegung zum Protagonisten in diesem Prozeß wird.

Vollständige Übersetzung der ITT-Dokumente

Im iz3w Nr. 17/18 haben wir die wichtigsten ITT-Dokumente kurz kommentiert zusammengestellt.

Im FIVE-Verlag (Film- und Verlags-Gruppe, 6 Ffm., Julius-Heyman-Str. 1) ist nun eine vollständige Übersetzung der ITT-Dokumente zusammen mit den englischen Originalen unter dem Titel "betrifft: Chile" erschienen und kann über agit-buch-vertrieb-GmbH, 6 Ffm. 90, Falkstr. 96, zum Preis von DM 7,80 bestellt werden. Die Dokumente geben die Pläne der ITT wieder, Allendes Amtsantritt zu verhindern, ein wirtschaftliches und politisches Chaos in Chile zu provozieren und, als letztes Mittel, einen Putsch auszulösen. Zudem werden die Verbindungen des Konzerns zum Weißen Haus (Kissinger) offenbar.

Es muß also erkannt werden, daß ein Widerspruch besteht zwischen dem Staatsapparat in seiner Gesamtheit - die nicht nur aus dem Parlament besteht - und der Massenbewegung. Es ist die Gesamtheit des Staatsapparates als Struktur, als soziale und politische Funktion, die in fundamentalem Widerspruch zu der Massenbewegung steht. Nun, es handelt sich darum, als Ziel die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch einen anderen aufzustellen. Dieses Ziel stellt sich die UP nicht als Aufgabe. Sie hat die Massenbewegung in dieser Richtung ideologisch nicht ausgerüstet.

Diese Frage ist entscheidend, und im Falle der UP beziehen sich die Fehler auf ihr taktisches Entwicklungsmodell. Hier haben wir das vierte Element: das Modell für die Entwicklung. Es ist ein parlamentarisches Modell, innerhalb dessen nur die Maßnahmen ergriffen werden können, denen, implizit oder explizit, von einer parlamentarischen Mehrheit zugestimmt werden kann. Das heißt, es handelt sich nicht darum, die Massenmobilisierung voranzutreiben und

auf der Grundlage dieser Kraft die Möglichkeiten der Legalität und der Institutionalität auszudehnen. Niemand stellt in Frage, daß die Legalität benutzt werden kann und daß sie benutzt werden sollte. Daß dies erfolgreich sein kann, gestützt auf die Massenmobilisierung, das kann niemand bestreiten. Das Problem stellt sich also nicht so, ob man die Legalität zerstören oder ob man sie benützen will. Das Problem besteht darin, sie zu benützen. Dies ist der einzige Diskussionsgegenstand: Die Legalität im Dienst bestimmter Zwecke wirklich zu nützen, aber sich nicht als Anbeter der Legalität aufzuspielen.

Es handelt sich also darum, die Teile des Staates als Instrumente zu benützen. Wir haben die Möglichkeit nicht unterschätzt. Eine andere wichtige These der Reformisten ist, daß der MIR die Existenz der Regierung als Instrument unterschätze. Wir unterschätzen sie theoretisch nicht; aber in der Praxis stellt sich heraus, daß die Regierung nicht korrekt benützt wird. Dann bleibt uns nichts anderes übrig, als den realen Effekt einzuschätzen.

Frage:

Ihr scheint der Regierung das Recht abzusprechen, die Massen im Sinne des Programms dieser Regierung zu mobilisieren, und ihr behauptet, die Regierung müsse die Massen in ihren Mobilisierungen unterstützen, "damit das Volk sich selbst leiten kann". Könntet ihr mit diesem Schema operieren, falls ihr an der Regierung wäret?

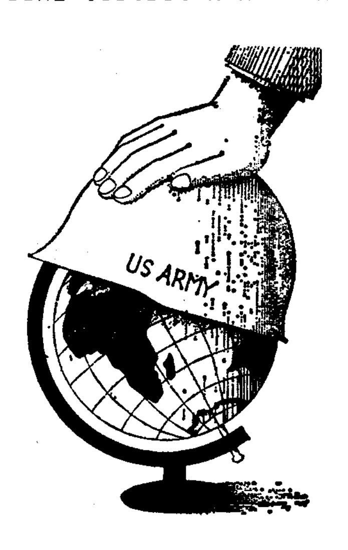
Antwort:

Es gibt keine andere Alternative. Wenn Du die Macht nicht erobert hast, dann hast Du nur einen Teil des Staatsapparates. Du hast dann eine Reihe von Beschränkungen, und Sektoren dieses Apparates haben eine feindliche Haltung dir gegenüber. Das macht die Kräfteverhältnisse äußerst nachteilig für Dich. Du mußt Deine Ziele definieren! Welches sind Deine Ziele? Die Machtergreifung. Dafür brauchst Du Kräfte. Die Frage ist, wie kann man Kräfte sammeln. Du entdeckst, daß Du zwei große Instrumente in der Hand hast. Einen Teil des Staatsapparates und Deine Verankerung in der Massenbewegung. Nun, was ist jetzt eigentlich geschehen?

Kräfte wurden nicht gesammelt, weil man die Feinde nicht in ihrer Gesamtheit geschlagen hat. Das Volk wurde nicht in seiner Gesamtheit vereint, weil die Forderungen, die die gesamte Bevölkerung interessiert, nicht erhoben wurden, weil man sich auf die parlamentarischen Vereinbarungen beschränkt hat. Man hat nicht den Teil des Staatsapparates, der kontrolliert wurde, in den Dienst der Mobilisierung der Massen gestellt. Es bleibt also die Routine des Systems, und die Widersprüche zwischen der Gesamtheit des Staatsapparates - egal welche Sektoren - und der Massenbewegung bleiben ungelöst.

Das heißt, wir verneinen nicht die Rolle dieser Regierung vom politischen Standpunkt her. Das Problem ist nur, daß sie selbst sich entweder weigern, die Machtverantwortung zu übernehmen, oder versuchen, die Massenbewegung von ihren historischen Zielen abzulenken.

Im Moment gibt es zwei große Linien, die ein Programm darstellen: Neben unserer jene, die Orlando Millas in "El Siglo" vom 5. Juni vertreten hat und



die de facto Allende in seiner Rede zur ökonomischen Politik übernommen hat. Man geht von einer Einschätzung der Kräfteverhältnisse aus, die nachteilig ist. Die vorgeschlagene Lösung ist, die Produktion zu erhöhen. Dafür notwendig wäre, manchen Sektoren der Bourgeoisie Garantien zu geben. Millas sagt es explizit: diesen Sektoren sogar Möglichkeiten zur Bereicherung zu geben.

Im Grunde handelt es sich darum, daß entweder wir uns dem Teil der Macht, den die Bourgeoisie hat, unterordnen, oder daß wir eigene Kräfte gewinnen, die es uns erlauben, die Kräfteverhältnisse umzudrehen; dazu ist es nötig, der Gesamtheit der Bourgeoisie kräftige Schläge zu versetzen.

Die Frage ist nur, ob man die Gesamtheit der großindustriellen Bourgeoisie als Feind definiert oder nicht. Gemäß den Kräfteverhältnissen wird man in verschiedener Form und Breite bestimmte Schichten angreifen, das ist legitim. Aber man kann nicht einzelne Sektoren unbescholten lassen oder sie als Bündnispartner hinstellen oder schützen oder mit Garantien bestechen wollen. Welche Garantien sollte man überhaupt geben? Die Garantie des Eigentums, aber kontrolliert. Man muß eine Politik der Kontrolle durch die Arbeiter aufstellen, nicht aber uneingeschränkte Bereicherung erlauben, wenn gleichzei-

tig bekannt ist, daß sie nicht investieren und die Produktion nicht erhöhen.

Frage:

Glaubt ihr nicht, eine opportunistische Politik in den Unternehmen der "area social" (öffentlicher Wirtschaftssektor) verfolgt zu haben, als ihr ökonomistische Forderungen unterstützt habt?

Antwort:

Das ist einer der größten Trugschlüsse des Reformismus, die absichtliche Verwechslung zwischen dem ökonomischen Kampf und dem Ökonomismus. Denn der ökonomische Kampf ist der Ausgangspunkt des Klassenbewußtseins der Arbeiter. Es genügt dazu, einmal Lenin zu lesen.
Gerade in der "area social" hat der FTR (Front der revolutionären Arbeiter) niemals eine ökonomistische Politik verfolgt und ist deshalb zu den reformistischen Sektoren in Konfrontation geraten. Man kann nicht ein Programm als ökonomistisch abstempeln, das die rasche Verstaatlichung aller Betriebe der Großindustrie, Handels- und Finanzbourgeoisie fordert, ein Programm, das fordert, die "area social" solle der herrschende Sektor der Ökonomie sein, ein Programm, das die uneingeschränkte Leitung der Arbeiter in den Betrieben fordert und nicht beschränkte Formen der Mitbestimmung. Wir insistieren auf der Notwendigkeit, die Massen zu mobilisieren, um die Politik der Verstaatlichung der großen Unternehmen erweitern und beschleunigen zu können, anstatt alles von der Zustimmung der Besitzer-Vertreter im Parlament oder der politischen Arrangements in den Fluren zu erwarten.

Andere Theoretiker, Politiker und Ideologen werfen uns Ökonomismus vor, weil wir die ökonomischen Kämpfe der Massen unterstützen für die Verteidigung ihrer Löhne und ihres Lebensstandards, und zwar in den Industrien sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors. Aber auch hier haben wir den Kampf definiert als einen für bessere Löhne, als einen der Arbeiter, um dem Kapitalisten einen größeren Teil des Nationaleinkommens zu entreißen. Wir haben gesagt, daß dieser Kampf um die Löhne verbunden ist mit dem Kampf um die Erweiterung der "area social", für eine Beschränkung der Gewinne der Kapitalisten, für die Kontrolle der Arbeiter in der Produktion in der "area privada" und für die Kontrolle der Verteilung usw. usf.

Außerdem kann man der Arbeiterklasse wohl Opfer in bezug auf ihre ökonomischen Forderungen abverlangen, aber nicht, wenn die Bürokraten, die ihnen das abverlangen, Millionärsgehälter empfangen, aber niemals, wenn eine bestimmte Preis- und Lohnpolitik, wenn die Mechanismen der Inflation, wenn eine ganze ökonomische Konzeption darauf gerichtet ist, Stabilitäts- und Bereicherungsgarantien für Sektoren der großen Kapitalistenklasse zu geben.

Schließlich sei gesagt, daß der Ökonomismus ein Bestandteil des Reformismus ist, und daß dies für jene zutrifft, die auf halbem Wege stehenbleiben und nicht wagen, den revolutionären Kampf voranzutreiben.

Frage:

Warum habt ihr euch geweigert, größere Verantwortungen in diesem Prozeß zu übernehmen?

Antwort:

Wenn man unter Verantwortung übernehmen versteht, mit einem Millionärsgehalt auf einem bürokratischen Posten zu hocken, dann allerdings hat der MIR das selbstverständlich nicht getan. Aber wir haben eine größere Verantwortung übernommen: Wir versuchen, der Massenbewegung eine Führung zu geben, den Prozeß zu verteidigen, die Verschwörung zu bekämpfen, dem Reformismus Einhalt zu gebieten. Wenn die Frage anders gestellt würde: Warum ist der MIR nicht in die Regierung eingetreten? - das ist ein anderes Problem. Diesen Vorschlag hat man dem MIR nie gemacht, und von Anfang an haben wir gesagt, daß diese Perspektive nicht in unseren Plänen stand. Wir haben es später bei jedem Gespräch mit der UP wiederholt. Es hat damit zu tun, daß wir - wie vorher erwähnt - Unterschiede zu den programmatischen Zielen und zu dem parlamentarischen Entwicklungsmodell haben. Die UP in ihrer Gesamtheit erhebt in der Praxis programmatische Forderungen, mit denen der MIR von Anfang an nicht einverstanden war.

Frage:

Aber innerhalb der UP existiert eine Konfrontation der beiden Tendenzen. Die Anwesenheit des MIR in der Regierung

könnte doch möglicherweise den Sieg einer dieser Tendenzen, die ihr als die revolutionäre betrachtet, unterstützen.

Antwort:

Ich glaube, daß eine der größten Beschränkungen, die die revolutionären Strömungen innerhalb der Regierung haben, der Umstand ist, daß sie für den bürokratischen Staatsapparat verantwortlich sein müssen. Das ist eine der Sachen, die Lenin am deutlichsten darstellte, als er auf Kerenski antwortete, der fragte: Was würden die Bolschewiki machen, wenn sie an der Regierung wären? Lenin sagte, die erste Aufgabe der Revolutionäre sei, niemals das Laster des kapitalistischen Staats auf ihren Schultern zu tragen, ohne ihn wesentlich zu verändern, und er unterstrich die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der Massenbewegung gegenüber dem bürokratischen Staatsapparat zu erhalten, um die Forderungen aufstellen zu können, die die Bewegung hat, um kämpfen zu können, um voranschreiten zu können.

Invasion vorgetäuscht?

SANTO DOMINGO, 7. Februar (Reuter). Der Versuch angeblich aus Kuba kommender Freischärler, in der Dominikanischen Republik einen Untergrundkrieg zu beginnen, scheint gescheitert zu sein. Einheiten der Regierungsarmee haben offiziellen Angaben zufolge die etwa zehn Mann starke Gruppe zwei Tage nach ihrer Landung an der Südküste in den Bergen von Pineclas gestellt und eingeschlossen. Ein im Exil lebender ehemaliger Bürgermeister von Santa Domingo erklärte inzwischen, die Regierung habe die Invasion nur vorgetäuscht. Drei Oppositionsparteien gaben am Dienstag eine gemeinsame Erklärung heraus, in der es heißt, Präsident Balaguer wolle die Invasion als Vorwand benutzen, um einen Schlag gegen die demokratische Opposition zu führen.

Frankfurter Rundschau 8.2.73

Damit rufen wir andere Kräfte nicht auf, sich aus der Regierung zu entfernen. Jeder spielt seine Rolle, wo er in diesem historischen Augenblick steht. Aber wenn der MIR eine Massenbewegung in Gang gesetzt hat oder eine Reihe von Aufgaben erfüllt hat, so hat das deswegen geschehen können, weil er nicht an den bürokratischen Staatsapparat gebunden ist. Es geht dabei nicht um Purismus. Wenn das Purismus ist, dann war Lenin auch ein Purist.

Frage:

Hat man nicht in die Massenarbeit, die ihr leistet, Taktiken übertragen, die dem Aufstandskampf angehören?

Antwort:

Dazu muß man einmal sagen, daß der Aufstand eine höhere Form des Massenkampfes ist. In diesem Sinne ist der Aufstand eine der Formen des Massenkampfes, und der MIR benützt nicht Taktiken, die an eine spezifische Form des Massenkampfes gebunden sind, in jeder beliebigen Phase des Klassenkampfes.

In Chile sind in der heutigen Periode in bezug auf den Massenkampf zwei Modifikationen entstanden, eine rechte und eine linke. Die Rechtsabweichung ist die typische Reformismustendenz und besteht darin, daß sie meint, man könne zum Sozialismus eher durch legale Mittel kommen als durch nicht-legale; sie erhebt den parlamentarischen und legalen Weg zur einzigen Kampfform der Massen und behauptet, daß die Ziele des Proletariats in der heutigen Situation hauptsächlich auf parlamentarischem Weg erreicht werden können, mittels einer organischen Evolution, ohne Bruch, durch eine Reihe von Reformen. Das bedeutet im Endeffekt, die Tätigkeit der Massen auf den Rahmen zu beschränken, den die bürgerliche Legalität absteckt. Das hindert das Proletariat und die Massen daran, diejenigen Kräfte zu sammeln, die es dringend braucht, um seine Klassenfeinde zu stürzen.

Die andere Abweichung ist der Linksradikalismus, der von einer falschen Analyse dieser Periode ausgeht und einer unkorrekten Definition des Klassencharakters dieser Regierung. Es ist notwendig zu unterstreichen, daß unsere Kritik an den Linksabweichlern völlig anderer Art ist als die Kritik an den Reformisten. Diese werfen jenen vor, gewöhnliche Verbrecher zu sein, oder stempeln sie ab als "ultraizquierda" (Ultralinke). Für uns handelt es sich dabei um Probleme, die innerhalb des Volkes entstehen und einen Teil des ideologischen Kampfes darstellen. Der MIR unterscheidet sich von den Links- und Rechtsabweichlern methodisch, indem er den Massenkampf benützt, und er behauptet, daß das Proletariat seine Unabhängigkeit bewahren muß und voranschreiten muß durch Anwendung von legalen Mitteln sowie unter Einbeziehung des Regierungsapparats, niemals aber diesem Apparat untergeordnet.

Frage:

Was denken Sie über die Losung "Die Aufgabe des Augenblicks: das Parlament zerschlagen"?

Antwort:

Eines ist, das Parlament zerschlagen, - etwas anderes, es gleich zu tun. Unser Ziel ist es, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen. Der MIR hat sich nie die Aufgabe gestellt, das Parlament heute zu zerschlagen.

Die Auflösung des Parlaments ist ein strategisches Ziel, das das Volk im Kampf vereinigen kann. Die Tatsache, daß es heute nicht möglich ist, das Parlament zu zerstören, bedeutet nicht, daß die Losung von der Zerstörung des Staates nicht erhoben werden könne, daß heute nichts zu machen sei. Es bedeutet eher, eine Politik auszuarbei-

ten, die fähig wäre, Kräfte zu sammeln, um das Parlament aufzulösen; ein Programm aufzustellen für die Gesamtheit des Volkes und um die Gesamtheit seiner Feinde zu zerschlagen. Es ist möglich und notwendig, derartige Losungen aufzustellen, die auch von der PS und der IC erhoben worden sind und die wir die "consejos comunales de trabajadores" (kommunale Arbeiterräte) nennen.

US-Waffenexport stieg stark

WASHINGTON, 7. Februar (Reuter). Die USA haben als größte Waffenhandelsnation der Welt ihre Exporte von 1961 bis 1971 mehr als verdreifacht. Nach einer am Dienstag in Washington veröffentlichten amtlichen Mitteilung verkaufte die US-Rüstungsindustrie in diesem Zeitraum Waffen im Wert von fast 23 Milliarden Dollar (rund 736 Milliarden Mark) ins Ausland. Die größten Abnehmer seien Südvietnam, die Bundesrepublik, Südkorea, die Türkei, Großbritannien und Taiwan gewesen. Insgesamt sei ein Drittel der Waffenexporte in NATO-Staaten gegangen, hieß es in dem Bericht der Regierung an den Kongreß.

Frankfurter Rundschau 8.2.73

Frage:

Welche konkreten Aufgaben hätten diese Organe?

Antwort:

Im Grunde bestehen sie darin, die Gesamtheit des Volkes zu vereinen und zu aktivieren, indem sie ein Programm erstellen, das die Forderungen der verschiedenen Sektoren des Volkes interpretiert. Das wird in Concepcion und Cautin versucht und - in kleinerem Umfang - mit anderen verbündeten Kräften in Santiago. Dort liegt die Antwort auf den ideologischen Kampf der Linken. Wenn die Polemik einen Ort hat, um ausgetragen zu werden, dann innerhalb der Massen, in Einrichtungen wie diesen, wo die Situation, die Bedingungen der Auseinandersetzung viel günstiger sind. Die lebendige Polemik in diesen Einrichtungen wird die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken umkehren, genauso wie auch in globalem Zusammenhang.
Dies ist eine Perspektive, und dies ist der einzige Ausgang des Prozesses. Niemals wird es einen revolutionären Ausgang geben, wenn man auf den Schultern einen bürokratischen Apparat schleppt, und wenn die Massenbewegung zersplittert und in diesen Prozeß nicht einbezogen ist. Um diese Polemik zu vermeiden, hat der Reformismus die Assamblea del Pueblo (Volksversammlung) verleumdet, und zwar mit der Behauptung, der MIR wolle das Parlament jetzt auflösen. (Steht in dem Brief von Allende an die UP-Parteien. Note des Übersetzers.) Diese Formulierung ist so blöd, ebenso, wie wenn es in der Leitung der FNL in Vietnam eine Polemik geben würde, um die Frage, ob man die Yankee-Armee auflöst oder bekämpft. Das Ziel der Assamblea in Concepcion war, eine Tribüne für Agitation und Propaganda zu schaffen. Somit politische Bedingungen zu schaffen, die für die Consejos Communales positive Folgen haben können. Das waren Ursprung, Entwicklung und Ziel der Volksversammlung in Concepcion.

Frage:

Wir haben die Information, daß die Gespräche zwischen euch und der UP schon ziemlich fortgeschritten waren. Aus welchem Grunde wurden sie unterbrochen und welche Perspektiven, sie wieder fortzuführen, gibt es?

Antwort:

Es gab mehrere Gesprächsperioden. Die erste geht von Dezember 1970 bis in die Nacht der Hinrichtung von Perez Zuchovic. Die Christdemokraten stellten in diesem Augenblick die Forderung, daß wir Ronald Rivera ausliefern sollten und uns an der Repression des VOP beteiligen, Forderungen, die wir strikt ablehnten. Sie fanden, daß unsere Haltung nicht genügend Garantien gab und brachen die Gespräche ab. Danach stellten die Christdemokraten dies dar, als Grund, daß die Gespräche mit der ganzen UP abgebrochen worden sind.

Der zweite Versuch, Gespräche zu führen, fand im Dezember 1971 statt, kaum, daß Fidel Castro aus Chile wegging. Es gab nur eine Sitzung, da diesmal einige Gruppen (wir nicht) fehlten. Im Monat April gab es auf Initiative von Allende wieder Gespräche. Sie dauerten ungefähr zweieinhalb Monate. Bei diesen Gesprächen kam es zu wichtigen Vereinbarungen, sie betragen sogar die Formulierung einer gemeinsamen Agrarpolitik, die in klarem Widerspruch steht zu der Agrarpolitik, die heute Allende und die Christdemokraten formulieren.

Es gab ein Einverständnis in bezug auf den Inhalt eines neuen Agrarreformgesetzes, seine Formulierung in Form einer Plattform für die Massenbewegung, und es gab Einverständnis in bezug auf die Anwendung der jetzigen Agrarreform bis zum Jahresende.

Weiterhin gab es auch ein Einverständnis über die Industriefrage, mit einer Einschränkung - und wenige Tage vor Abbruch der Gespräche vereinbarten wir die Überprüfung des erzielten Abkommens.

Diese letzten Gespräche wurden einseitig und auch ohne Erklärung von der UP abgebrochen, und zwar wegen der Ereignisse in Concepcion am 12. Mai.

Was die Möglichkeit, die Gespräche wiederaufzunehmen betrifft, das hängt ausschließlich von der UP ab. Wir sind zu jedem Gespräch bereit, sei es, um eine Art des Miteinanderauskommens zu finden, sei es um Vereinbarungen zu erreichen. Im Augenblick ist es wohl eher ein Problem der UP.

aus: Casa o Mierda (Verlag VENCEREMOS, Freiburg und Santiago de Chile

Bericht aus Chile

Clarita und Urs
Müller-Plantenberg

Aus einem Brief vom 25. 10. 1972 aus Santiago

Mitten aus dem Geschehen heraus über eine Situation zu berichten, die noch in keiner Weise geklärt ist, erscheint äußerst schwierig, besonders dann, wenn man nicht weiß, wann dieser Brief euch erreichen wird. In jedem Fall mag er nützlich sein, auch zukünftige Nachrichten aus Chile besser einordnen zu können.

Fangen wir mit dem Sichtbaren an, was in den letzten 12 Tagen hier passiert ist. Am 11. Oktober begann die „Gewerkschaft" der Lastwagenbesitzer (und nicht etwa der Lastwagenfahrer, wie die deutschen Zeitungen zu schreiben belieben) mit einem Streik auf nationaler Ebene. An verschiedenen Stellen des Landes wurden die lebenswichtigen Straßen mit Lastwagen gesperrt. Die Forderungen, die aufgestellt wurden, waren im wesentlichen die folgenden: 1. Die Regierung sollte ihren Plan aufgeben, in der Provinz Aysén (im äußersten Süden des Landes und fast völlig unerschlossen) eine gemischte staatlich-private Transportgesellschaft zu gründen. Das heißt, die Lastwagenbesitzer wollten dem Staat praktisch verbieten, auf dem Gebiet des Transports überhaupt tätig zu werden. 2. Die Regierung sollte eine private Radiostation, der wegen der Nichterfüllung eines noch mit der Regierung Frei geschlossenen Vertrages die Lizenz entzogen war, ohne weitere technische Veränderungen (also praktisch gegen die gesetzlichen Bestimmungen) wieder zulassen. 3. Die Regierung sollte sich verpflichten, nicht weiter auf die Verstaatlichung der größten Papierfabrik Chiles, eines reinen Monopolunternehmens, zu drängen.

Es ist klar, daß von diesen Punkten allerhöchstens der erste keine politische Forderung darstellt, und gerade dieser erste Punkt kann bestenfalls als lächerlicher Vorwand genommen werden. Die Presse im In- und Ausland, die diesen Streik feiert, muß sich klar darüber sein, daß sie damit eindeutig für das Recht des politischen Streiks eintritt, was aber wohl immer schon so war, wenn es in die politische Richtung paßt. Daß es sich um einen politischen Streik handelt, wurde noch klarer, als sich schon am nächsten Tag die Groß- und Kleinhändler, bzw. ihre offiziellen Organisationen der Streikbewegung anschlossen. Das schien zunächst nicht besonders gefährlich, weil es sich um einen Feiertag (Ankunft von Kolumbus in Amerika) handelte und ohnehin alle Leute auf ein langes Wochenende von 4 Tagen vorbereitet waren. Die Regierung handelte von



Chilenische Soldaten räumen von Transportunternehmen errichtete Barrikaden beiseite — dpa

Anfang an entschlossen gegen diesen illegalen Streik und die Straßensperren. Sie ließ die Führer der Lastwagenbesitzer verhaften und außerdem ankündigen, daß die zur Versorgung der Bevölkerung notwendigen Lastwagen und Geschäfte requiriert würden, was nach dem Gesetz ohne weiteres möglich ist. Am Wochenende allerdings (14./15. Oktober) ließ sie sich auf Vermittlungsversuche der Taxi- und Autobusbesitzer ein und kam den Forderungen der Streikenden weit entgegen. Das Ergebnis war genau das Entgegengesetzte von dem, was man sich hätte erhoffen können. Die inzwischen freigelassenen Führer der Lastwagenbesitzer, die Organisationen des Handels, der freiberuflichen Verbände, der Industrieunternehmer und der Landwirtschaft forderten zum Generalstreik auf, und alle politischen Parteien der Opposition schlossen sich dieser Forderung an. Damit war die Auseinandersetzung ganz offen zu einer politischen geworden. Inzwischen hatte die Regierung den Notstand in mehreren Provinzen erklärt und Militärs als Chefs der einzelnen Notstandszonen eingesetzt.

Heer und Marine schützen seitdem Tankstellen, Geschäfte, die bereit sind, offen zu halten, Lastwagenfahrer, die bereit sind, zu fahren, Warenlager und andere wichtige Objekte. Die Opposition tobt darüber, daß das Militär sich für diese Aufgaben zur Verfügung stellt, besonders auch deshalb, weil die Soldaten, die die Aufgabe haben, Ruhe und Ordnung zu schützen, zwangsläufig die Dinge mit den Augen der Arbeiter zu sehen bekommen, denen es um Produktion und Versorgung geht.

Die Militärführung hat im übrigen unter General Prats sehr früh die Regierung darum gebeten, alle privaten Radiosendungen durch einen Regierungssender zu ersetzen, der nur Musik (endlich mal ohne Reklame) und öffentliche Mitteilungen und Nachrichten bringt. Zu behaupten, daß damit die Meinungs- und Pressefreiheit geschmälert sei, ist insofern falsch, als 1. alle bisherigen Regierungen mit voller Zustimmung der jetzigen Opposition auch von diesem Recht Gebrauch gemacht haben. Und 2. existiert nicht nur ein Fernsehsender, der sich voll und ganz der Opposition zur Verfügung gestellt hat, sondern auch die ganze übliche Vielfalt der Zeitungen, von denen einige offen und ohne jede Hemmung dazu aufrufen, den Sturz der Regierung mit allen Mitteln so schnell wie möglich herbeizuführen.

Die Streikaufrufe hatten seit Montag, den 16. Oktober, einen begrenzten Erfolg unter den Händlern, die durch Telefonanrufe und Schlägertrupps außerordentlich leicht beeinflußt werden können, wenn ihnen kein Schutz geboten wird. Wozu diese Schlägertrupps in der Lage sind, hatte man kurz zuvor beobachten können, als das Café eines aus Deutschland ausgewanderten Juden völlig zertrümmert wurde, weil er sich einem früheren Streik nicht angeschlossen hatte. Die Geschäfte sind seither im Zentrum Santiagos und im Oberklassenviertel überwiegend geschlossen, in den anderen Teilen der Stadt überwiegend geöffnet. Eine Reihe von Geschäften wurden von der Regierung mit Hilfe von Polizisten, Soldaten, Arbeitern und Studenten zwangsgeöffnet oder requiriert, wenn es für die Versorgung der Bevölkerung wichtig war. Bei den Freiberuflichen war es besonders ein ziemlich großer Teil der Mediziner, die dem Streikaufruf folgten. Es sind dies meistens Ärzte, die sehr gut verdienen und mit Sicherheit ihre privaten reichen Patienten weiterversorgen, aber nicht mehr ihren Krankenhausdienst tun, der von dem arbeitenden Rest übernommen werden muß. Im übrigen sind es eigentlich nur Bankangestellte und Universitätsdozenten, die sonst noch an der Streikbewegung teilnehmen. Die Taxi- und Busfahrer haben einen Streik, der nur zum Teil befolgt wurde, schon nach einem Tag wieder abgebrochen. Von den Landarbeitern nimmt nur eine winzige Minderheit an der Streikbewegung teil. Das Wichtige ist, daß die gesamte Industrie, der gesamte Bergbau, alle Häfen und alle öffentlichen Dienste normal, wenn auch manchmal unter Schwierigkeiten, arbeiten. Die politische Auseinandersetzung, die am Anfang stand, wird immer eindeutiger zu einer Klassenauseinandersetzung, zu einem Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern bzw. Angestellten. In Schwierigkeiten geraten dabei besonders die christdemokratischen Arbeiter und Angestellten, die nicht verstehen können, warum ihre Partei so eindeutig für die Unternehmer Stellung nimmt und systematisch die Versorgung der Arbeiter zu stören versucht. Auf der anderen Seite haben es die Kleinhändler und Kleinunternehmer schwer, die zur Regierung halten und ständig unter Druck gestellt werden von seiten ihrer Kollegen.

Mit dieser unvollständigen Beschreibung dessen, was geschehen ist, ist noch wenig getan, um die Situation verständlich zu machen. Vielmehr müssen folgende Fragen gestellt werden:

1. Was war die allgemeine Situation, in der die Krise entstanden ist?
2. Was waren die Ziele, die mit der Entfesselung der Krise verfolgt wurden?
3. Was sind die Ergebnisse, die bisher von beiden Seiten erreicht wurden?
4. Was sind die weiteren Aussichten in der gegebenen Situation?

In welcher Situation ist die gegenwärtige Krise entstanden?

Natürlich wird hier vielfach darauf verwiesen, daß die Krise gerade in dem Augenblick entfesselt wurde, in dem die amerikanische

Firma Kennecott durch ihr Embargogesuch in Frankreich und Holland den Handel mit chilenischem Kupfer auf dem Weltmarkt zu verhindern suchte und damit die ohnehin schwierige Außenhandelssituation Chiles noch mehr erschwerte. Nun ist dieses Zusammentreffen sicher nicht ganz zufällig; die Gründe für das Ausbrechen der Krise müssen aber wohl doch vor allem im Land selbst gesucht werden.

In den ersten anderthalb Jahren der Regierung Allendes hat die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeiter und Angestellten zusammen mit dem Rückgang der privaten Investitionen eine Nachfrage geschaffen, der die Wirtschaft trotz erheblicher Produktionssteigerungen und Ausnutzung vieler bisher ungenutzter Kapazitäten nicht gerecht werden konnte. Verbunden damit führten die unterschiedlichen Steigerungen der Produktionskosten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zu einem starken Inflationsdruck und zu Verlusten, die vielfach in der staatlichen oder frisch verstaatlichten Industrie noch stärker waren als in der privaten Wirtschaft. Um das Preisgefüge neu zu ordnen, blieb unter diesen Umständen praktisch nur das Mittel einer geplanten und kontrollierten Inflationspolitik. Die Kommunistische Partei hat, nachdem sie viel zu lange den Kampf gegen die Inflation zu einem der ersten politischen Ziele erklärt hatte, ganz realistisch seit Juni/Juli auf einen entsprechenden Kurs gedrängt. Seit Anfang August wurden erhebliche Preissteigerungen (zwischen 40 und 300 %) für fast alle kontrollierten Produkte gestattet, was natürlich zu einem rekordhaften Kaufkraftverlust der nationalen Währung führte. Von Ende Dezember bis Ende September ist auf diese Weise der Preisindex um 99,8 % gestiegen. Ab Oktober sollte dann ein allgemeiner Lohnausgleich stattfinden, der den Kaufkraftverlust voll auffängt und seinerseits gleich in die Kalkulation der Preissteigerungen miteinbezogen wurde. Auf diese Weise kam es zu einem dürren Vierteljahr für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Gemessen an dem Stand von Anfang Januar verloren die Löhne bis August 25 % ihrer Kaufkraft, bis Anfang September 40 % und bis Anfang Oktober 50 %. Damit ist sicherlich ein ganzer Teil des Knappheit erzeugenden Kaufkraftüberhangs abgeschöpft worden, wobei nur zweifelhaft bleibt, ob die Regierung tatsächlich radikal genug vorgegangen ist. Das Ziel sollte nämlich sein, die Inflation von Oktober an zu stoppen; und ob das erreicht werden kann, scheint zumindest zweifelhaft, weil einige Preise nicht genügend oder überhaupt nicht erhöht worden sind, darunter besonders der Preis des Dollars und damit aller Importgüter. Das könnte trotz aller Devisen- und Außenhandelskontrolle binnen kürzerer Zeit eine neue Inflationslawine und damit einen neuen Lohnausgleich notwendig machen.

Die Opposition konnte gegen den Lohnausgleich kaum etwas einwenden, mußte dem entsprechenden Gesetz vielmehr zustimmen und versuchte nur, die zur Finanzierung unbedingt notwendige Verstärkung der Kontrolle der Steuerzahlung zu verhindern. Aber sie nahm – und das wird jetzt immer deutlicher – das geplante Tief in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zum Anlaß eines ebenso geplanten Generalangriffs auf die Regierung, offenbar in der Sicherheit, daß die Arbeitnehmer wegen des zeitweiligen Angriffs auf ihren Geldbeutel der Regierung die Gefolgschaft versagen würden...

Die Ziele der bürgerlichen Opposition

Sieht man von der ganz offen faschistischen Organisation „Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit) ab, die vor keinem Mittel zurückschreckt, wenn es um den Kampf gegen Marxisten und Demokraten geht und die deshalb auch oft genug christdemokratische Jugendliche verprügelt, so gibt es in der Opposition vor allem zwei große Strömungen, die Nationale Partei und die christdemokratische Partei. Beide führen im Schlepptau je eine Absplitterung der an der Regierung beteiligten Radikalen Partei, und zwar die Nationalen die Partei der Radikalen Demokratie, die Christdemokratie die Partei der Radikalen Linken. Beide Gruppierungen wiederum befinden sich in einem Zwiespalt, der ihr gemeinsames Handeln zugleich nötig und weitgehend unmöglich macht.

Beginnen wir mit den Nationalen. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Regierung so bald wie möglich zu stürzen, um jede weitere Verwirklichung des Regierungsprogramms unmöglich zu machen. Während einer Parteikonferenz Anfang Oktober wurde offiziell die Parole ausgegeben, daß es jetzt darauf ankomme, das Land völlig zu paralysieren, um auf den Ruinen ein neues Chile aufzubauen. Die dritte Oktoberwoche hat in dieser Hinsicht auch einigen Symbolwert, weil in sie zwei wichtige Jahrestage fallen, die mit einer gleichen oder ähnlichen Zielsetzung zu tun haben.

Vor drei Jahren, am 21. Oktober 1969, fand eine Meuterei im Heer gegen den Präsidenten Frei statt, und vor zwei Jahren, am 22. Oktober 1970, ermordete man den Oberkommandierenden des Heeres, General Schneider, bei einem Entführungsversuch mit dem Ziel, ein Chaos auszulösen, das den Amtsantritt Allendes verhindern sollte. Die Nationalen stehen aber nun vor einem Dilemma: Greifen sie zur Gewalt oder zu offen illegalen bzw. verfassungswidrigen Maßnahmen, so zerstören sie die Einheit der Opposition, weil die Christdemokraten es sich wegen ihres bisher noch vorhandenen Anhangs unter den Arbeitnehmern und wegen ihrer Strategie nicht leisten können, entsprechende Schritte offen zu unterstützen. Handeln sie aber innerhalb des gegebenen Rahmens, so müssen sie sich, wohl oder übel, der bisher noch führenden Rolle der Christdemokraten unterordnen.

Das Dilemma der Christdemokraten sieht etwas anders aus. Ihnen geht es erklärtermaßen nicht darum, die Regierung zu stürzen, sondern darum, sie handlungsunfähig zu machen, ihre Politik indirekt zu kontrollieren, um dann, über kurz oder lang, den erweiterten und modernisierten Staatsapparat als führende Kraft innerhalb der Opposition in eigene Regie zu übernehmen. Dazu gehört, daß sie sich eine gute Ausgangsbasis für die kommenden Parlamentswahlen (im März) verschaffen, und dabei wiederum kommt es nicht nur darauf an, die Stimmen der eher linken Arbeitnehmer zu sichern, sondern vor allem Gewinne auf Kosten der Nationalen zu erzielen, was nur möglich erscheint, wenn sie (die Christdemokraten) den Nationalen an Heftigkeit im Kampf gegen die Regierung nicht nachstehen. Auf der anderen Seite würde jede offen putschistische Politik ihre Basis und damit ihre zukünftige Möglichkeiten schmälern. Das sind die Kernpunkte der Divergenzen in der Opposition. Natürlich gibt es innerhalb der Christdemokratischen Partei viele Strömungen, solche, die in Einzelfragen eng mit der Regierung zusammenarbeiten (wie etwa der ehemalige Präsidentschaftskandidat Tomic) und auch solche, die ebenso gut zu Patria y Libertad gehören könnten. Aber gerade die Notwendigkeit, die Vielfalt der Strömungen zusammenzuhalten, zwingt die Partei als ganze zu ihrer augenblicklichen Politik.

Der scheinbar spontan entstandene Generalstreik (der, wie schon gesagt, absolut nicht generell ist) hat nun den Vorteil, daß seine Ziele beliebig interpretiert werden können. Die offizielle Formulierung der „Forderungen Chiles" durch die Opposition enthält nur Punkte, die von niemandem in Frage gestellt worden sind, wie Freiheit des Streikrechts, der Meinungsäußerung, der Wahlen, der Presse, Freilassung der Streikführer (die fast alle wieder frei sind) usw. Auch die meisten Lastwagen und Geschäfte, die requiriert worden waren, werden wohl wieder zurückgegeben werden. Einzig und allein die Frage einer Garantie, daß der Staat auf den Gebieten des Transports und des Handels seine Tätigkeit nicht ausweitet, muß offenbleiben, denn kaum ein Arbeiter würde es verstehen, daß die Regierung Produktion und Versorgung noch einmal von dem guten oder schlechten Willen der Lastwagenbesitzer und Händler abhängig macht, nachdem diese gezeigt haben, wozu sie willens und fähig sind.

Fast zwei Drittel aller Güter werden in Chile mit privaten Lastwagen befördert, der Rest mit der staatlichen Eisenbahn. Ein vollkommener Streik der Lastwagenbesitzer, verbunden mit einem (geplanten und ausgerufenen, aber völlig gescheiterten) Streik der Eisenbahner hätten das Land tatsächlich binnen zwei Tage ohne Produktion und Versorgung gelassen. Die Eisenbahn allein hätte auch wenig genützt, weil vieles nur im Straßentransport befördert werden kann. Aber erstens ist etwa ein Viertel der Lastwagen von Anfang an nicht am Streik beteiligt gewesen, zweitens waren sehr viele von ihren Arbeitgebern ausgeschlossene Lastwagenfahrer bereit, mit requirierten Lastwagen zu fahren (oft unter militärischem Schutz), drittens halfen Militärwagen und staatliche Busse beim Transport und viertens wurden die Ladezeiten an vielen Stellen erheblich verkürzt durch die freiwillige Arbeit von Studenten, Lehrern und Arbeitern. Außerdem werden alle Transportmittel nach Möglichkeit auch nachts und am Wochenende benutzt.

Mit welchen Methoden haben Opposition und Regierung gearbeitet und welche Ergebnisse haben beide Seiten erreicht?

Was war die Antwort der Opposition? Erstens wurden systematisch Krummnägel gestreut und Reifen zerstochen, was Nacht- und Überlandfahrten noch immer sehr erschwert. Fahrende Lastwagen wurden mit Steinen beworfen. Drittens versuchte man, ganze Fahrzeugparks durch Entfernen von Teilen fahruntüchtig zu machen und so vor der Requisition zu schützen. Das reichte immerhin aus, um Bevölkerung und Regierung in große Schwierigkeiten zu bringen.

Die Prioritäten, die gesetzt werden mußten, waren klar: zuallererst die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, dann die Versorgung der lebenswichtigen Industrien mit Rohstoffen und Halbfertigwaren, dann dieselben Dinge für die Industrien, bei denen eine Produktionsunterbrechung sehr kostspielig ist, dann für alle anderen Industrien, und dann blieb nichts mehr. Es scheint, daß nicht alle Industrien voll haben arbeiten können, aber nicht wegen Ausbleibens der Arbeiter, sondern wegen Mangels an Produktionsstoffen. Wo Industrielle sich am Streik beteiligen wollten, haben die Arbeiter überall die Produktion weitergeführt, obwohl ihnen in einzelnen Fällen für die Beteiligung am Streik drei Monatsgehälter auf einmal angeboten wurden.

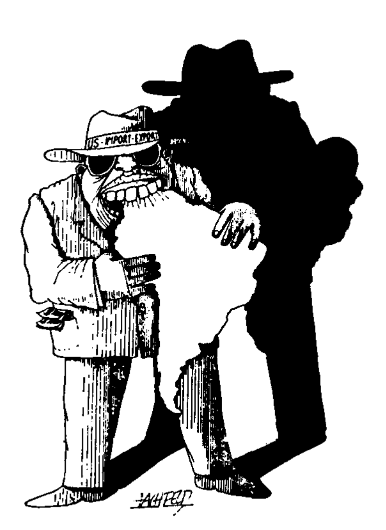
Überhaupt scheint es den Unternehmern an Geld nicht zu fehlen. Der Preis des Dollars auf dem Schwarzmarkt ist in einer Woche um rund 30 % gefallen. In einzelnen Industrien ist die Produktion in diesen Wochen dank freiwilliger Arbeit erheblich gestiegen, bei der Milchverpackung z. B. stieg der

Tagesausstoß um 40 %. Die Benzinversorgung war zeitweilig gefährdet, so daß Privatwagen zeitweilig vom Verbrauch ausgeschlossen wurden, was für einige Tage den Smog aus Santiago vertrieb und diese in großen Teilen häßliche Stadt in buntem Frühlingslicht erstrahlen ließ.
Geschlossene Läden im Oberklassenviertel und Wagen ohne Benzin, das wurde schließlich auch den ärgsten Feinden der Regierung zu viel, so daß schließlich wenigstens die Benzintankwagen unbehindert fuhren, zumal sie stark vom Militär beschützt wurden. Im übrigen trifft sich die Oberklasse mit ihrem Streik immer mehr selbst. Seit die gemeindeeigenen Müllfahrzeuge mit Gewalt zur Beteiligung am Streik gebracht werden sollten, haben die Müllfahrer sich entschlossen, lieber andere Dinge, wichtigere Dinge als Müll zu befördern. Seitdem stinkts in den Villenvierteln.
Seitdem den Fahrzeugen der Gasgesellschaft gedroht wurde, müssen sich die Damen ihre Gasbehälter selbst abholen. Seitdem sich die Arbeiter weigern, geschlossene Läden mit (zum Teil verderblichen) Waren zu beliefern, heult ein Teil der Presse über die Unmenschlichkeit, mit der man ganze Stadtviertel aushungern wolle. Auf der anderen Seite bringt eben dieselbe Presse täglich Serien von Erfolgsmeldungen von der Art, daß dieser oder jener Ort einen Tag lang völlig vom Verkehr abgeschnitten worden sei, daß es gelungen sei, diese oder jene Provinz für einige Zeit völlig von der Versorgung mit bestimmten lebenswichtigen Gütern abzuschneiden, daß es gelungen sei, hier und da die ärztliche Versorgung auf ein Minimum zu reduzieren und daß die Ärzte und Apotheken endlich bald dazu übergehen würden, auch den Notdienst und die Entbindungsstationen aufzugeben. Der Fehler, den die Opposition macht, ist der, daß sie offenbar all ihre taktischen Schritte von Leuten ausdenken läßt, die viel Bargeld, ein Privatauto, eine Kühltruhe und ein Schwimmbad im Garten haben. Sonst hätte sie längst erkannt, daß die Arbeitnehmer (und darunter auch ihre eigenen Anhänger) nur mit totalem Unverständnis, wenn nicht Feindschaft, auf ihre Schritte reagieren können. Am deutlichsten wurde das vielleicht am Dienstag, dem 23. Oktober, den man zum Tag des Schweigens erklärt hatte. Aus Protest gegen die Regierung sollte kein Mensch sein Haus verlassen. Es war ein herrlicher Sonnentag. Die Straßen waren zwar etwas leerer als sonst, aber das erschien allen nur ganz angenehm. Wildfremde Leute grüßten sich mit fröhlicher Herzlichkeit, laut wurde „Ruhe!" gerufen, aus vielen Fenstern ertönte Tanzmusik, und am Abend wurde zeitweilig in den Straßen auch getanzt. Wer keine Villa mit Garten hatte, konnte einfach an so einem schönen Tag nicht im Haus bleiben.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln wurde seit Beginn des Händlerstreiks, wo es erforderlich schien, mehr und mehr von Fabriken, staatlichen Großhandelsunternehmen und landwirtschaftlichen Genossenschaften direkt übernommen. Seitdem fuhren Lastwagen oder auch ganze Kolonnen in bestimmte Stadtviertel oder Fabriken, und dort verkaufen freiwillige Helfer (meistens Frauen) die Waren sehr schnell. Niemand kann über Hunger klagen.
Für die Regierung haben diese beiden Wochen erhebliche Veränderungen gebracht. Wahrscheinlich hätte vorher niemand für möglich gehalten, in wie starkem Maße sie auf die Unterstützung der Arbeiter, aber auch großer Teile der Angestellten, Studenten und auch vieler Freiberuflicher und Kleinhändler bzw. Kleinunternehmer rechnen konnte. Doch dabei handelt es sich nicht nur um beifällige Unterstützung, sondern fast überall auch um selbständiges Suchen und Finden der nächsten Schritte, die zur Überwindung der bestehenden Situation beitragen können. In vielen Sektoren (natürlich vor allem Gesundheitswesen, Transport, Handel) wurden neue Organisationen geschaffen, die von sich aus mit Unterstützung der Regierung die Aufrechterhaltung der Versorgung zu garantieren versuchen. Die Bereitschaft, an Wochenenden (oder im Fall von Studenten und Professoren auch während der Woche) freiwillige Arbeit zu leisten, ist beinahe größer als nötig. Zehntausende von Tonnen von Trockenmilch, Babynahrung, Mehl, Kartoffeln, Zwiebeln, Gemüse, Mais, Konserven wurden in freiwilliger Arbeit verladen. Frauen und Mädchen wollten sich dabei oft auf keinen Fall von jungen Männern übertreffen lassen; so hat sich ein Gefühl gegenseitiger Hochachtung und Anerkennung ergeben, das nicht nur die Grenzen zwischen den Geschlechtern, sondern auch die zwischen Arbeitern, Intellektuellen und Soldaten und, vielleicht noch wichtiger: auch die Grenzen zwischen den verschiedenen Parteien sprengt. Tatsächlich sind viele sektiererische Rivalitäten zwischen den Parteien vorläufig von der Situation völlig von der Tagesordnung hinweggefegt worden. Und nicht nur das: Die zum Teil unsinnig herablassende Haltung gegenüber unabhängigen Linken und gegenüber christdemokratischen Arbeitern ist in dem Maße verschwunden, wie diese tatkräftig an der Überwindung der Schwierigkeiten mitarbeiteten. In Fabriken und Instituten hat eine weitere Welle der Demokratisierung von der Basis, von unten her eingesetzt, deren Vernachlässigung der Regierung schweren Schaden zufügen würde. Alle wünschen sich, daß das so bleibt, daß der Kampf nicht umsonst war und daß die Regierung nicht leichtfertig Zugeständnisse an ihre Gegner macht, die das Gewonnene wieder in Frage stellen.

Was sind die Aussichten in dieser Situation?

Hatte die Opposition angenommen, daß sie die Regierung binnen kurzer Zeit in die Knie zwingen könnte, so arbeitet die Zeit jetzt, da die Weiterführung der wichtigsten Aufgaben gesichert ist, eindeutig gegen die Opposition. Besonders die kleineren



Händler geraten immer mehr in eine ausweglose Situation. Mit dem Monatsende sind die um 100 % erhöhten Monatsgehälter der Angestellten fällig. Kredite müssen zurückgezahlt werden, die Waren müssen bar bezahlt werden, mit der gewachsenen Kaufkraft der Arbeitnehmer gerät ins Hintertreffen, wer seinen Laden zu lange geschlossen hält. Und so nimmt die Zahl der offenen Läden jeden Tag unaufhaltsam zu. Ebenso steigt die Zahl der arbeitenden Lastwagen wieder. Aber damit wächst auch die Zahl derer, die sich von ihren politischen und gremialen Führern um ihren Sieg betrogen fühlen, und es ist keineswegs zu erwarten, daß sich die Geschlagenen alle rational verhalten werden. Sabotageakte, die schon in den letzten Tagen nicht selten waren, können sich häufen, die Wachsamkeit in den Fabriken und öffentlichen Diensten muß verstärkt werden. Die Verzweiflung der Rechten könnte sogar Attentate gebären.
Das Ziel der Nationalen, die Regierung möglichst schnell zu stürzen, ist schon nicht mehr zu erreichen. Das Militär ist wegen seiner Verfassungstreue von ihnen zu sehr beleidigt worden, um sich jetzt für einen Putsch herzugeben. Es muß auch zweifelhaft erscheinen, daß nach diesen vierzehn Tagen die Soldaten noch bereit wären, gegen die Arbeiter vorzugehen, an deren Seite sie so lange mit ihren Waffen gestanden haben. Und die ohnehin schlechten Aussichten, bei den Wahlen im März die Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erreichen, die nötig wäre, um den Präsidenten abzusetzen, haben sich noch weiter verschlechtert. Die Behandlung der Militärführer durch den Präsidenten Allende war offenbar ein Meisterstück an Psychologie, wurde aber auch erleichtert durch das Berufsethos.
Dagegen kommt es den Chistdemokraten darauf an, ihr Gesicht zu wahren, was nach ihrer starren Haltung über so lange Zeit nicht leicht ist und wobei die Regierung gezwungen ist, etwas zu helfen. Einzelne Führer der Kommunisten haben auf dem Höhepunkt der Krise offenbar (wenigstens nach Gerüchten) mit dem Gedanken gespielt, die Christdemokraten an einem Kabinett der nationalen Verständigung zu beteiligen, das wenigstens bis zu den Wahlen im März dauern würde, sind damit aber bei Sozialdemokraten, MAPU und der Christlichen Linken (zwei von den Christdemokraten abgesplitterten Regierungsparteien) auf eisernen Widerstand gestoßen. Dagegen wird ein Plan, den man Allende zuschreibt und der die Beteiligung einiger Militärs an der Regierung vorsieht, möglicherweise den Forderungen der Christdemokraten nach Garantien für freie und unbehinderte Wahlen genügen. Bis jetzt sperren sich offenbar MAPU und Kommunisten dagegen, aber bis zum 4. November, dem Tag, an dem die Kandidaten für die Wahlen im März eingeschrieben sein müssen, muß ohnehin das Kabinett umgebildet werden, weil einige Minister Kandidaten sein werden, was mit ihrem Amt nach der Verfassung unvereinbar ist. Darüberhinaus ist das Mißtrauen der Linken gegenüber den Generälen (oder wenigstens manchen von ihnen) nach diesen vierzehn Tagen sehr stark zurückgegangen. In der Beteiligung einiger Militärs an der Regierung könnte also eine Möglichkeit für die Beilegung der Krise liegen. Auf der anderen Seite sind in diesen Tagen so viele neue Fakten geschaffen worden, daß es der Regierung möglich bleibt, einige Zugeständnisse in der Sache zu machen, ohne daß die Bevölkerung mürrisch reagiert und die allgemeine Mobilisierung nachläßt...
Sollte jemand Lust empfinden, uns zu schreiben, hier noch einmal die Anschrift: Clarita und Urs Müller-Plantenberg, c/o CEREN, Universidad Católica, Casilla 114-D, Santiago, Chile. Einstweilen vielen Dank für alle Briefe, die uns erreicht haben und noch erreichen werden und herzliche Grüße aus dem frühlingshaften Chile!

links,
Sozialistische
Zeitung
Februar 73

Rezension

Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa

Wirtschaftspolitische Analysen über die portugiesischen Kolonien, Südafrika und Namibia

Hrsg.: Aktion Dritte Welt, Freiburg, Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn.

Zum Verfasser:
Eduardo de Sousa Ferreira
Geboren 1936 in Lissabon, Studium der Rechtswissenschaft in Lissabon - u.a. bei führenden Exponenten der portugiesischen Kolonialpolitik; wie Marcello Caetano, gegenwärtig Premierminister, Silva Cunha, Überseeminister und Rui Patricio, zur Zeit Außenminister. Ab 1962 Studium der Volkswirtschaft in Heidelberg, schreibt gegenwärtig seine Doktorarbeit über die Emigration portugiesischer Arbeitskräfte nach Europa und in die Kolonien.

Die Mehrzahl der Aufsätze ist bereits in "Neues Rotes Forum", "Blätter für deutsche und internationale Politik" und "Initiative" erschienen.

Die Veröffentlichung des Buches war für Frühjahr 1972 geplant. Leider wurde die Lieferung durch die Druckerei verzögert, so daß der Vertrieb erst kürzlich aufgenommen werden konnte.

Der Inhalt:

Ausgehend von der Situation der portugiesischen Wirtschaft fragt Ferreira nach den Bedingungen, die Portugal davon abhalten, seinen Kolonien Unabhängigkeit zu gewähren und wie die übrigen Kolonialstaaten zur neo-kolonialen Ausbeutung überzugehen. Diese Möglichkeit ist ausgeschlossen, "da Portugal wegen seiner rückständigen Wirtschaft auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig ist ..." (S. 34). "... die Kolonien sind gezwungen, einerseits ihre Rohstoffe nach Portugal zu liefern und andererseits die portugiesischen Fertigprodukte abzunehmen, wobei die Situation Portugals gegenüber Drittländern genau umgekehrt aussieht." (S. 18) Die Devisenlieferungen aus den Kolonien (z.B. Gewinnanteile ausländischer Firmen) sind für die Metropole unentbehrlich, um international liquide bleiben zu können.

Für das internationale Kapital öffnete Portugal seine Kolonien, als dort der bewaffnete Aufstand gegen die Kolonialunterdrückung begonnen hatte. Die reichen Bodenschätze, billige Arbeitskräfte und Steuervergünstigungen schaffen Portugal internationale Unterstützung für seine Kolonialpolitik.

Da Ferreira sich vor allem an die westdeutsche Leserschaft wendet, geht er ausführlich auf die Investitionen von BRD-Firmen ein, die in den Kolonien nach Angaben von 1969 an sechster, in Portugal selbst an erster Stelle liegen. Allen voran ist hier der Krupp-Konzern zu nennen, der nicht nur die Eisenerzvorkommen in Cassinga (Angola) ausbeutet, sondern sich auch Konzessionen für den Abbau weiterer Mineralien erworben hat.

Im Cabora-Bassa-Projekt sieht Ferreira ein Modell, an dem sich "die enge Zusammenarbeit zwischen portugiesischem und ausländischem Kapital, die Beherrschung von Mozambique durch die großen Finanz- und Industrietrusts, die Allianz Portugal - Südafrika und der Versuch der weißen Kolonisierung" beispielhaft erläutern läßt (S. 49 f.).

Wichtig ist die Funktion, die solche infrastrukturellen Maßnahmen für die Stabilisierung des Kolonialismus haben. Die technische Erschließung der jeweiligen Gebiete schafft die Voraussetzung für die Ausbeutung der Bodenschätze im Sambesi-Becken und für die staatlich geförderte Ansiedlung portugiesischer Emigranten, worin Ferreira einen "angestrengten Integrationsversuch" sieht, "der allein den Besitz dieser Gebiete garantieren könnte". (S. 65) Nach südafrikanischen Quellen ist der Damm der erste Schritt zur "Etablierung einer Wirtschaftsgemeinschaft im südlichen Afrika" (S. 68), die durch militärische Zusammenarbeit zwischen Portugal, Rhodesien und Südafrika abgesichert wird.

Eine ähnliche Bedeutung kommt dem Cunene-Projekt zu, das durch seine geographische Lage besonders dazu geeignet ist - entgegen den Forderungen der UNO -, die wirtschaftliche Integration des Mandatsgebiets Südafrikas - Namibia - voranzutreiben.

Um die Rolle des Rassismus als Legitimationsideologie für die Ausbeutung ganzer Völker im allgemeinen und die sozialökonomische Situation in Namibia und Südafrika im besonderen zu verdeutlichen, greift Ferreira zurück auf die Kolonisierung Namibias durch Deutschland nach 1883 und seine Übergabe als Mandatsgebiet an Südafrika

nach dem ersten Weltkrieg. Diese Daten wie die Besiedlung Südafrikas durch Buren (1652) und der 150 Jahre später begonnene Gegensatz zwischen Engländern und Buren (der schließlich zum Burenkrieg und zur Gründung der Südafrikanischen Union 1910 führte) legten den Grundstein für die Apartheid-Politik. Diese wurde 1948 offiziell eingeführt, nachdem "die schärfste Auseinandersetzung zwischen dem Bergbaukapital und dem Agrarkapital ... während der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre" (S. 91) zu Arbeitskämpfen des verarmten weißen Landproletariats geführt hatten, welche die Konkurrenz der billigen schwarzen Arbeitskraft durch Gesetz abschaffen wollten.

Wichtig erscheint mir die Einschätzung Ferreiras der führenden politischen Parteien Südafrikas, Nationalpartei (Regierung) und Unity Party (Opposition), von denen erstere das burische Agrarkapital, letztere das Finanzkapital repräsentiert. Für die Buren würde eine Änderung der Apartheidpolitik "die Liquidierung der Hegemonie der Buren über die billige schwarze Arbeitskraft und damit ihrer Lebensmöglichkeit bedeuten" (S. 93). Die Unity Party, als "eigentlicher Agent des Imperialismus", befürchtet, "die traditionelle Rassenpolitik führe zur Revolution und damit zur Liquidierung der weißen Herrschaft und der großen kapitalistischen Interessen" (S. 92).

Während die Bedeutung Angolas und Mozambiques als Rohstofflieferanten für die imperialistischen Länder auf der Hand liegt, scheint das Festhalten Portugals an der Herrschaft über Guinea-Bissau zunächst unverständlich. Jedoch diese Kolonie ist gerade aus militärischen Gründen wichtig, wie Ferreira in dem Abschnitt "Die Neue Strategie des



Imperialismus für Portugiesisch Afrika" ausführt. Ein Geheimdokument (1970) der britischen Konservativen Partei, das in Stichworten und Auszügen wiedergegeben wird, macht deutlich, wie wichtig die Kontrolle über die Länder der Kap-Route ist. Ein Sieg der Befreiungsbewegung PAIGC in Guinea-Bissau würde danach bedeuten, daß die Kapverdischen Inseln vor der Küste Guineas als Stützpunkt der NATO und durch Eingreifen der Sowjetunion die Kap-Route als Handelsweg der NATO-Länder nicht mehr in Frage kommen würde - daher u.a. das Interesse des Atlantik-Pakts an der Erhaltung des portugiesischen Kolonialismus.

In seinen Ausführungen über die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien geht Ferreira weniger auf die politischen Zielvorstellungen dieser Organisationen ein, als auf ihre geschichtliche Entwicklung vom Widerstand ohne Waffen zum Volkskrieg. Der Autor betont, daß in den Kolonien "nicht nur gegen Kolonialisten gekämpft" wird, sondern "gegen jegliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Somit ist die Gefahr gebannt, daß die Kolonialisten durch eine einheimische Bourgeoisie ersetzt werden und die Unterdrükkung weiter besteht." (S. 121) Wieso er aber zu dieser Überzeugung gelangt, wird nicht deutlich. Um Mißverständnisse zu vermeiden, hätte Ferreira auf die Programme der Befreiungsbewegungen eingehen müssen, da diese solche Schlüsse gerade nicht zulassen. Die Befreiungsbewegungen sind vielmehr notwendigerweise Massenorganisationen, in denen auch bürgerliche Elemente vertreten sind, eine Tatsache, die Ferreira vernachlässigt. Die revolutionäre Praxis der FRELIMO, MPLA und PAIGC läßt jedoch immer mehr erkennen, daß die Völker in den portugiesischen Kolonien ihren Kampf nicht mehr als nur antikolonialistisch verstehen und die weißen Herren nicht durch schwarze ersetzt sehen wollen.

Wieso die (seit 1.1.73 gültige) neue portugiesische Verfassung ein Beitrag zur "imperialistischen Strategie für die Zukunft" ist, wird in dem Buch unzureichend dargestellt. Daß die neue Verfassung insgesamt ein juristisches Mittel ist, mit dem neue Machtverhältnisse institutionalisiert werden" (S. 145), wird dem Leser einleuchten nach der Lektüre des vorangegangenen Kapitels. Darin geht es um den Weg vom interventionistischen Staatsapparat Salazars bis zu einer "Liberalisierung als Voraussetzung für eine forcierte kapitalistische Entwicklung" (S. 143), die das große Kapital von Caetanos Politik erwartet. Auch daß die Annäherung an die EWG aus wirtschaftlichen Gründen keine Aufgabe der Kolonien nach sich ziehen wird, akzeptiert der Leser noch. Aber dann fragt er sich, wieso gerade die Verfassungsartikel über die Kolonien eine "reibungslose Anpassung an neue politische Gegebenheiten" (S. 148) meinen. Zu Recht widerlegt Ferreira die Befürchtungen eines Teils der portugiesischen Bourgeoisie, die Reformen bedeuteten eine Aufgabe der Kolonien. Dem Leser muß aber die Verfassungsänderung, so wie Ferreira sie interpretiert, auch selbst als technokratische "Anpassung" völlig sinnlos erscheinen, denn er erfährt nicht, an was und wie eigentlich "angepaßt" werden soll. Sind das die zuvor beschriebenen ökonomischen Bedingungen in Portugal selbst oder soll die neue Verfassung durch Gewähren weniger Freiräume (im Sinne einer technokratischen Reform) gewisse Emigranten in Angola und Mozambique neutrali-

sieren, die mit dem rhodesischen Vorbild der Unabhängigkeit liebäugeln (vgl. blätter des iz3w 8/71 "Stromlinienausbeutung") oder wird dadurch die sogenannte wirtschaftliche Entwicklung gefördert (vgl. "Die Welt", 3.1.73)?

Im letzten Kapitel geht es um die Rolle Südafrikas als "Nebenmetropole", d.h. als imperialistische Macht, die zur militärischen Absicherung des südlichen Afrika und wirtschaftlichen Ausbeutung des gesamten Kontinents beiträgt. Die "Dialogpolitik" des Apartheidregimes versucht, Wirtschaftsbeziehungen zu den übrigen afrikanischen Staaten zu knüpfen, um neue Absatzmärkte für seine expandierende Industrie zu finden, und die Befreiungsbewegungen im eigenen Land, im verbündeten Rhodesien und in den portugiesischen Kolonien politisch zu isolieren.

Es ist zu erwarten, daß die internationalen Konzerne das afrikanische "Investitionsklima" in steigendem Maße zu schätzen lernen. Da der Zusammenhang zwischen Privatinvestitionen, portugiesischem Kolonialismus, dem südafrikanischen Apartheidregime und der NATO-Waffenhilfe dem Leser als wesentlicher Bestandteil der imperialistischen Ausbeutung dargelegt wird, ist Ferreiras Buch, nicht nur als Faktenmaterial, sondern auch als Argumentationshilfe sehr geeignet.

Da es kein reiner Konsumartikel sein sollte, wurde eine Liste Medikamente- und Materialsammlungen hinzugefügt sowie Adressen westeuropäischer Komitees zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen, um Aktionsgruppen Möglichkeiten zur praktischen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in den Kolonien aufzuzeigen. bast

Gerechter Kampf

Sicherheitsrat — Gegenstand: Portugiesische Kolonien. — Entschließung 312 (1972) vom 4. Februar 1972

Der Sicherheitsrat,

— nach Erörterung der Lage der afrikanischen Gebiete unter portugiesischer Verwaltung,

— nach Anhören der Aussagen jener Personen, die eingeladen waren, dem Rat über diese Frage zu berichten,

— in Kenntnis der Erklärung des Vorsitzenden des Sonderausschusses über die Lage hinsichtlich der Durchführung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

— in schwerer Sorge, daß die Regierung Portugals ihre Unterdrückungsmaßnahmen durch ihre militärischen Operationen gegen das afrikanische Volk in Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) fortsetzt, um die gerechtfertigten Bestrebungen der Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu unterdrücken,

— mit Bedauern über die Weigerung der Regierung Portugals, die zur Frage der Gebiete unter portugiesischer Verwaltung in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen angenommenen einschlägigen Entschließungen des Sicherheitsrats durchzuführen,

— mit Bedauern ferner über die Politik und Handlungen jener Staaten, die fortfahren, Portugal mit militärischer und anderer Unterstützung zu versorgen, die es benutzt, um seine koloniale und unterdrückende Politik der Völker von Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) zu verfolgen,

— in ernster Sorge über die wiederholten Verletzungen der Hoheit und der räumlichen Unantastbarkeit unabhängiger afrikanischer Staaten durch die Streitkräfte Portugals,

— in tiefer Beunruhigung über die berichtete Verwendung chemischer Stoffe durch Portugal in seinen Kolonialkriegen gegen die Völker Angolas, Mozambiques und Guinea (Bissau),

— in Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Kampfes der Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) mit ihrer Forderung nach Erlangung der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit,

1. bestätigt das unveräußerliche Recht der Bevölkerung von Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, wie durch die Entschließung 1514 (XV) der Generalversammlung vom 14. Dezember 1960 festgelegt, und anerkennt die Rechtmäßigkeit ihres Kampfes, dieses Recht zu erlangen;
2. verurteilt die fortgesetzte Weigerung der Regierung Portugals, die Entschließung 1514 (XV) und alle anderen einschlägigen Entschließungen des Sicherheitsrats durchzuführen;
3. bestätigt erneut, daß die Lage, die sowohl durch die Politik Portugals in seinen Kolonien als durch seine ständigen Herausforderungen gegenüber den Nachbarstaaten entstanden ist, ernsthaft den Weltfrieden und die internationale Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent stört;
4. fordert Portugal auf:
   a) unverzüglich das Recht der Völker der Gebiete unter seiner Verwaltung auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit der Entschließung 1514 (XV) der Generalversammlung anzuerkennen;
   b) unverzüglich die Kolonialkriege und alle Unterdrückungshandlungen gegen die Bevölkerung von Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) zu beenden;
   c) alle Streitkräfte, die gegenwärtig mit dem Ziel der Unterdrückung der Bevölkerung von Angola, Mozambique und Guinea (Bissau) befaßt sind, abzuziehen;
   d) eine bedingungslose politische Amnestie und die Wiederherstellung der demokratischen Rechte zu verkünden;
   e) die Gewalt an politische Institutionen, die frei gewählt und repräsentativ für die Bevölkerung sind, in Übereinstimmung mit der Entschließung 1514 (XV) der Generalversammlung zu übergeben;
5. fordert Portugal erneut auf, alle Verletzungen der Hoheit und räumlichen Unantastbarkeit der afrikanischen Staaten zu unterlassen;
6. fordert alle Staaten auf, sofort Hilfsangebote jeder Art an die portugiesische Regierung, wodurch es ihr ermöglicht würde, ihre Unterdrückung der Bevölkerung der Gebiete unter ihrer Verwaltung fortzusetzen, zu unterlassen und
   alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Verkauf und Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an die portugiesische Regierung zu diesem Zweck zu verhindern, einschließlich des Verkaufs und der Versendung von Rüstungsgegenständen und Material für die Herstellung und Unterhaltung von Waffen und Munition zum Gebrauch in den Gebieten unter portugiesischer Verwaltung;
7. ersucht den Generalsekretär, die Durchführung dieser Entschließung zu verfolgen und dem Sicherheitsrat von Zeit zu Zeit zu berichten.

Abstimmungsergebnis: + 9; — 0; = 6: Argentinien, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Vereinigte Staaten.

Portugal-Kongreß und Perspektiven der „Dritte-Welt-Gruppen"

Hatte der Vietnam-Krieg die Aufmerksamkeit breiter Teile der außerparlamentarischen Opposition auf die Imperialismusproblematik gerichtet und entscheidende Anstöße zur fast 30 Jahre verschütteten Diskussion über dieses Thema gegeben, so hat der Kolonialkrieg der Portugiesen in Afrika dazu geführt, daß Neo-Imperialismus und Neo-Kolonialismus der westeuropäischen Staaten verstärkt in das Blickfeld kritischer Gruppen geraten sind. Der terroristische, gegenüber modernen neo-imperialistischen Herrschaftstechniken so recht anachronistische Krieg eines selbst unterentwickelten Landes, selbst unterjocht von einer dünnen, sich auf die Kolonien stützenden Herrschaftsschicht gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen in Afrika, ermöglichte es auch vielen christlichen und liberalen Gruppen, ohne von sozialistischen Imperialismus-Interpretationen auszugehen, sich mit diesem schmutzigen Krieg vor der Haustür Europas zu befassen. Dies, scheint mir, war die wesentliche Voraussetzung dafür, daß vielerorts und zunächst nur wenig miteinander verbunden, die verschiedenartigsten Gruppen sich den Problemen der Dritten Welt zuwandten. Ihre Arbeit führte angesichts der politisierten Atmosphäre an den Universitäten und des immer aufs neue aufrüttelnden Vietnam-Krieges rasch zu Lernprozessen, die nicht nur zu einer Einbeziehung anderer Völker der armen Welt führten, sondern auch die Grenzen nur humanitärer Ansätze oder liberaler politischer Aufklärungsversuche bei den arbeitenden Beteiligten deutlich werden ließen. Damit aber zeichneten sich auch die Grenzen isolierter Gruppenarbeit ab. Selbst so spektakuläre Aktionen wie das Auftreten auf den Aktionärsversammlungen der am Cabora Bassa-Staudamm bauenden und profitierenden Firmen machte nur einmal mehr die Notwendigkeit erkennbar, einen Rahmen für solche Arbeit zu finden. Dieser Rahmen mußte

- wenigstens ansatzweise das Verhältnis der kapitalistischen Industriestaaten zur Dritten Welt erklären,
- den Bezug dieses Verhältnisses zu den Lohnabhängigen und ihren Interessen in den kapitalistischen Industriestaaten, insbesondere in der Bundesrepublik, herstellen und er mußte schließlich
- Möglichkeiten für die Fortführung des Lernprozesses der Gruppen durch theoretische Kommunikation und gemeinsame Aktion, also durch eine Überwindung der Gruppenisolierung ab-

dem Wunsch, die Befreiungsbewegungen wirkungsvoller zu unterstützen, brachte unter den Dritten-Welt-Gruppen das Projekt eines Portugal-Tribunals auf, das seit 1971 diskutiert und verfolgt wurde. Die vorbereitende Diskussion hierzu, so schwierig und zum Teil frustierend sie auch verlief, stellte Verbindungen her und beförderte durch oft heftige Konfrontation unterschiedlicher Positionen Lernprozesse bei den Beteiligten. Dabei war natürlich effektive organisatorische Arbeit zunächst nur beschränkt möglich. Doch wer konnte anderes erwarten! Selbstorganisation — letztlich entscheidendes Kennzeichen der Struktur einer sozialistischen Gesellschaft — ist nicht billig zu haben, technokratische Perfektion nicht ihr Ziel! Aus solchem Blickwinkel konnte dieser Prozeß von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit nur als fruchtbar bewertet werden.

Das Portugal-Tribunal am 13./14. 1. 1973 in Dortmund — ausgeführt unter dem Namen ‚Kongreß Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique' sollte diesen Prozeß weiter vorantreiben und ihn auf eine neue Stufe heben. Das ist nicht erreicht worden. Zwei Gründe sind dafür verantwortlich: Zum einen war dies die übergroße Hoffnung, die das Bonner AGM-Komitee, vertreten durch Wolf Geissler, auf die unmittelbar propagandistische Wirkung des Kongresses über die bürgerliche Presse und die anderen Massenmedien richtete. Hoffnungen, die dazu führten, den Kongreß als eine Schau der Einheitlichkeit und Geschlossenheit in Erscheinung treten zu lassen. Das Suchen der vielen verschiedenen Gruppen nach nächsten geeigneten Schritten wurde deshalb dem „gemeinsamen Ziel der Solidarität mit den Freunden der Befreiungsbewegungen" unterworfen. Sie „sollte auch die gemeinsame Maxime des Kongresses sein." Es durfte „nicht Sinn und Zweck des Kongresses sein, die hier und jetzt erreichten Positionen auseinanderzudiskutieren, gegensätzliche Standpunkte überzubetonen oder dort ideologische Auseinandersetzungen zu führen, wo sie fruchtlos (!) sind." Der Meinung des Organisationskomitees nach „hat der Kongreß mit seinen Arbeitsgemeinschaften die Aufgabe, die gemeinsamen Auffassungen zu diskutieren . . ." (Alle Zitate aus dem Referat des Organisationskomitees, das auf dem Kongreß von Wolf Geißler vorgetragen wurde). Einheitlichkeit zur Beeindruckung und damit Beeinflussung der Herrschenden — angesichts der noch kaum entfalteten und in der Bevölkerung wenig verankerten ‚Dritte-Welt-Begegnung' ohnehin eine Illusion — war bei der Verschiedenartigkeit der ‚Dritte-Welt-Gruppen' nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu haben: der ebenso großsprecherische wie inhaltsleere Abschlußappell des Kongresses vermittelt hiervon einen Eindruck: „Der Kongreß ‚Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique' in Dortmund hat überzeugend unter Beweis gestellt, daß die fortschrittlichen christlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte unseres Landes erfolgreich sind, wenn sie den Kampf gemeinsam gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg führen . . ."

Der zweite Grund: Gegenwärtig geraten offensichtlich auch die nur punktuellen Bündnisse zwischen verschiedenen Gruppen in den Konkurrenzkampf der kommunistischen Parteien und Parteiansätze in der BRD (DKP, KPD mit Liga-Vorfeldorganisationen und NRF/KB?). Die rivalisierenden Vietnam-Demonstrationen in Bonn und Dortmund gaben bereits einen Vorgeschmack künftiger Entwicklung. Diese Rivalität treibt die Parteien und Parteiansätze dazu, Arbeitsfelder, Bündnisse und Veranstaltungen verstärkt unter ihre Kontrolle zu bringen. Für die Vorbereitung des Kongresses waren die DKP-orientierten Gruppen (hier besonders SDAJ, Antiimperialistisches Bulletin Marburg und MSB-Spartakus-Gruppen) relativ spät zu den den Kongreß vorbereitenden Gruppen hinzugestoßen. Auf Grund ihrer großen organisatorischen Erfahrung und Potenz konnte diese Richtung jedoch relativ rasch eine dominierende Stellung im Organisationskomitee einnehmen, das nicht nur technische, sondern de facto auch politische Funktionen übernahm, und zwar nicht nur durch Repräsentierung des Kongresses nach außen, sondern auch durch Vorstrukturierung der Plenarsitzungen und der Diskussionen in den Arbeitsgruppen, so z. B. in der wichtigen Arbeitsgruppe 6, die sich mit der weiteren Arbeit nach dem Kongreß zu befassen hatte.

Gesprächsleiter und Berichterstatter der Arbeitsgruppen waren bereits vorab von dem Organisationskomitee festgelegt, so daß in Verbindung mit der übergroßen Beteiligung DKP-orientierter Gruppen der Kongreß sicher an den Interessen vieler Dritte-Welt-Gruppen vorbeigesteuert werden konnte. Für die erwähnte Arbeitsgruppe 6 z. B. war die Entsendung von je zwei Delegierten vorgesehen. Dieser Schlüssel wurde aber nicht eingehalten. Vielmehr war die AG mit zusätzlichen Teilnehmern so aufgebläht, daß keine Beschlüsse gefaßt werden konnten. Der Berichterstatter trug dann, trotz sehr gegenteiliger Diskussionen in der AG, im Abschlußplenum im wesentlichen nur die vorher bereits festgelegte Auffassung des Organisationskomitees vor. Dieser Tendenz zu einer manipulativen Verselbständigung des Organisationskomitees entsprach auch, daß das nur für die organisatorische Vorbereitung des Kongresses eingesetzte Komitee eben gerade durch seinen eigenen Vorschlag sein Mandat verlängern ließ und nun drei Regionalkonferenzen und eine gemeinsame Konferenz im März vorbereiten soll. Es ist offensichtlich das Ziel, ein Exekutivkomitee zu schaffen, das etwa, wie bei der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität in jüngster Zeit bereits geschehen, allmählich die Funktion eines verselbständigten Vorstandes erobert, der die angeschlossenen kleineren Bündnispartner von Mal zu Mal mit dem Argument dringender und schneller Handlungsnotwendigkeit überrollt und vor vollendete Tatsachen und Aussagen stellt.

Es stellt sich die Frage, ob die sich andeutende Entwicklung eines solchen ‚Kooperationsrahmens' für die Entwicklung der ‚Dritte-Welt-Gruppen' förderlich ist, ob dadurch Lernprozesse und vor allem eine weitergehende Verankerung dieser Gruppen in ihrem lokalen Bereich ermöglicht und nicht gerade behindert werden. Meine Einschätzung ist es, daß diese Art von ‚Vereinheitlichung' der ‚Dritte-Welt-Gruppen' in zentralen, regionalen und örtlichen Bündnis-Demonstrationsbewegungen ihnen den so wichtigen Antrieb für ihre autonome, vielfältige und produktive Entwicklung nehmen, ihre Fähigkeit, weitere Teile der bisher nicht sozialistisch orientierten Bevölkerung zu interessieren und einzubeziehen, vermindern, sie stattdessen in dem Hickhack der rivalisierenden kommunistischen Parteien verschleißen und ihre Fähigkeit zu inhaltlicher Aufarbeitung und Umsetzung der ‚Dritte-Welt-Problematik' zugunsten vordergründiger Einheitsplattformen beschneiden wird. Daß dies nicht alles nur vage Vermutungen sind, deutete sich auf dem Kongreß bereits an, als Ordner des Organisationskomitees unter Berufung auf Frank Werkmeister, den Geschäftsführer des Parallelbündnisses ‚Initiative Internationale Vietnam-Solidarität', versuchten, den Verkauf der in Sachen Vietnam nicht einheitsplattformkonformen ‚links' zu verhindern.

M. E. ergibt sich für das Sozialistische Büro aus der dargestellten Situation die Konsequenz, verstärkt dazu beizutragen, einen Kooperationsrahmen für interessierte Dritte-Welt-Gruppen aufbauen zu helfen, der sowohl dem Bedürfnis nach autonomer Entwicklung wie auch nach besserer Kommunikation und dadurch gegenseitiger Förderung, Hilfe und Kritik der Gruppen gerecht wird. Daß ein solcher ‚Arbeitskreis Dritte Welt' punktuelle gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Organisationen auf gleichberechtigter Ebene nicht ausschließt, versteht sich von selbst.

ANDREAS BURO

links,
Sozialistische
Zeitung
Februar 73

Siemens-Prozess

Von Kleinaktionären genötigter Großkonzern

Zum Verlauf der Siemens-Hauptversammlung

PETER VON SIEMENS (Vorsitzender): ... Ich kenne also die Probleme der sogenannten dritten Welt aus eigener Anschauung und Tätigkeit. ...

Ich möchte über die Ertragskraft der Unternehmen als Voraussetzung für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sprechen; denn eine Volkswirtschaft ist nur gesund und dynamisch, solange auch die einzelnen Unternehmen gesund und wachstumsfähig sind. Seine Aufgaben und Verpflichtungen kann ein Unternehmen nur dann gut erfüllen, wenn es leistungsfähig ist und dabei ausreichende Erträge erwirtschaftet. Über Erträge und Gewinne ist in letzter Zeit viel in positiver und in negativer Weise gesprochen und geschrieben worden. Ich will auf diese Kontroversen hier nicht weiter eingehen, doch möchte ich mit Befriedigung vermerken, daß gerade in letzter Zeit die Bundesregierung wiederholt betont hat, gute Erträge seien nicht nur legitim und erwünscht, sondern unbedingt notwendig.

Was wir unter Stärkung der Ertragskraft verstehen, hat nichts mit Gewinn- und Profitmacherei um jeden Preis zu tun, sondern entspringt einer verantwortungsbewußten unternehmenspolitischen Zielsetzung. Ohne Gewinne können wir nicht investieren, und ohne Investitionen gibt es keine Produktions- und Umsatzsteigerung. Das heißt: Die Entwicklung der Erträge und mit ihnen der Steuerkraft muß mit dem volkswirtschaftlichen Wachstum Schritt halten. Ohne höhere Produktion, ohne steigende Erträge und ohne zunehmendes Steueraufkommen, kurzum: ohne gesundes Wachstum der Unternehmer können die vermehrten Ansprüche der Bevölkerung und die notwendigen gesellschaftspolitischen Aufgaben des Staates, überhaupt der Gemeinwesen, nicht erfüllt werden. Insofern ist es eine wichtige Aufgabe der Wirtschaft, Überschüsse zu erzielen, um auf diese Weise den grundlegenden Beitrag zur Sicherung von Staat und Kulturleben zu leisten.

BERNHARD PLETTNER (Vorstandsvorsitzender):

Zum Thema Cabora Bassa haben wir Ihnen die Argumente der Opponenten schriftlich mitgeteilt entsprechend dem Aktienrecht, und wir haben dazu im gleichen Schriftsatz Stellung genommen.

/Der Siemens-Lieferanteil beläuft sich auf 105 Millionen DM für in der Anlage Cabora Bassa selbst zu erbringende Lieferungen und Leistungen, ferner um einen Anteil von 60 Millionen DM für die Gegenstation der Übertragungsleitung, die auf südafrikanischem Boden liegt und über die ein getrennter Vertrag mit der südafrikanischen Energieversorgungsgesellschaft geschlossen worden ist.

Im Berichtsjahr hat sich unser Vertragsverhältnis zu dem Auftraggeber nicht geändert. Es sind auch keine Ereignisse eingetreten, die uns zu einer Veränderung Anlaß gegeben hätten. 1970/71 wurden noch keine Lieferungen auf die Baustelle vorgenommen, und es waren keine Mitarbeiter der Siemens AG auf der Baustelle beschäftigt. Erst im Frühjahr 1973 werden wir dort mit den Montagearbeiten beginnen. Im Maximum werden zwanzig Mitarbeiter unseres Hauses auf der Baustelle beschäftigt sein.

In unseren Werken wurde natürlich die Fertigung der Anlageteile aufgenommen, die wir später nach Cabora Bassa liefern werden. Die Vertragstermine sehen vor, daß der erste Bauabschnitt 1975, der zweite 1977 und der dritte 1977 in Betrieb gehen wird. Es ist dies also ein Zeitraum von zehn Jahren, auf den sich unsere Leistungen in Höhe von 100 Millionen DM verteilen.

Von denjenigen, die unsere Beteiligung am Bau dieser Anlage kritisieren, sind seit der letzten Hauptversammlung keine neuen Argumente und keine neuen Fakten zur Begründung ihrer Kritik vorgetragen worden. Deshalb erübrigt es sich, jetzt weitergehende Stellungnahmen abzugeben, als ich das eben getan habe. Ich habe im übrigen — das möchte ich vorweg sagen — auch nicht die Absicht, im Verlauf dieser Versammlung auf politische oder gar ideologische Argumente oder hypothetische Fragen einzugehen.

(Beifall — Protestrufe.)

Wir sind nicht gewillt, die Hauptversammlung zu einer politischen Versammlung umfunktionieren zu lassen.

(Bravorufe, lebhafter Beifall.)

Seien Sie aber nicht enttäuscht, wenn wir uns gegenüber bewußter Provokation schweigsam verhalten werden. Wir sind weder um Argumente verlegen, noch fehlt es uns an Temperament. (Beifall)

FIEBICH /Ich habe einen Vorschlag, Herr Vorsitzer: Wir sollten die Diskussion vielleicht in zwei Gruppen einteilen, die Sachdiskussion und die andere Diskussion.

VON SIEMENS: Ich greife Ihre Anregung, die ja durch den Beifall unterstützt worden ist, gerne auf und bemühe mich, die Diskussion in einen sachlichen, auf den Geschäftsbericht bezogenen Teil und in einen emotionellen Cabora-Bassa-Teil zu unterteilen.

(Pfiffe, Beifall.)

Nach sechsstündiger Diskussion des "sachlichen" Teils:

VO" SIEMENS: Jetzt zu Cabora Bassa Es sind noch immerhin 58 Wortmeldungen.

GEISLER (Aktionär): Siemens ist eine Firma der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist nach bestimmten Erfahrungen aufgestellt worden. Sie haben sich an diese Gesetze zu halten, andernfalls ändern Sie die Gesetze oder verlegen Sie Ihren Stammsitz nach Südafrika. Die Prinzipien des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland besagen, daß die Bürger dieses Staates für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen einzutreten haben. Sie beinhalten eine Absage an Rassismus, und sie bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes. (Zuruf)

Jawohl! Sehr richtig! Aber wenn wir davon reden und anderen Leuten vorwerfen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes mißachten, dann berauben wir uns sämtlicher Glaubwürdigkeit, wenn wir selbst zur Unterdrückung und zur Beraubung dieses Menschenrechtes, dieses Selbstbestimmungsrechtes, bei anderen Menschen beitragen.

(Beifall)

Welch hoher Begriff dieses Recht auf Selbstbestimmung, sprich Demokratie, für eine kleine radikale Minderheit dieses Staates ist, zeigt sich in der Politik, die diese Minderheit betreibt, dadurch, daß diese Minderheit sich an den Versuchen der portugiesischen und südafrikanischen Regierung, Bodenschätze und Arbeitskräfte Mosambiks im Griff zu behalten, durch das strategische Projekt Cabora Bassa beteiligt, womit sie dort die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes verhindert, ...

Ich werfe Ihnen hiermit vor, was auf 8000 Plakaten und in 20 000 Schriftstücken verbreitet wurde, ohne daß die Firmenleitung dagegen Einspruch oder Klage erhoben hat: Beihilfe zum Mord!

(Proteststurm, vielstimmiger Ruf „aufhören").

VON SIEMENS: Herr Geisler, wir nehmen Ihre Mitteilungen, Behauptungen und Injurien zur Kenntnis, ohne im Moment darauf zu reagieren. (Beifall, kurze und lange Pfiffe)

Ich bitte um Ruhe.

Das, was Herr Dr. Geisler uns vorwirft, muß er an die politischen Instanzen bringen, das gehört nicht hierher, das hat hiermit gar nichts zu tun. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, aber fragen: Wie lange soll die Cabora-Bassa-Diskussion noch dauern?

(Zahlreiche Rufe „Schluß! — Schluß!" —

Unsere Stellungnahme:

Vorweg zwei Feststellungen:

– Vertreter der Firmenleitung und des Gesamt-Betriebsrats haben sich an Ort und Stelle davon überzeugt, daß für die Sicherheit des Baustellenpersonals in Cabora Bassa ausreichende Vorsorge getroffen ist.

– Siemens liefert keine Waffen, auch nicht über andere Unternehmen.

Der Bau eines Kraftwerks, an welcher Stelle der Erde auch immer, verstößt nicht gegen die Menschenrechte. Die Bereitstellung von Energie schafft erst Voraussetzungen für bessere wirtschaftliche und damit auch bessere soziale Verhältnisse. Lieferungen für den Bau eines Kraftwerks und einer Übertragungsleitung widersprechen weder dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, noch deren Gesetzen oder international anerkannten Rechtsgrundsätzen. Siemens handelte bei dem Projekt Cabora Bassa von Anfang an im Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien und Behörden der Bundesrepublik Deutschland. Einzelne Länder aus politischen Gründen von Lieferungen auszuschließen, wäre eine Entscheidung, die nicht einer Firma, sondern nur politischen Instanzen zustehen kann.

Wir sind der Überzeugung, daß mit den Gegenanträgen erneut der Versuch unternommen werden soll, die Hauptversammlung für politische Demonstrationen zu benutzen.

Peter von Siemens läßt das Plenum abstimmen, ob die Cabora-Bassa-Diskussion Fortgesetzt werden soll. Eine Gegenrede wird nicht zugelassen. Dieüberwiegende Mehrheit der Aktionäre lehnt eine weitere Diskussion ab. Daraufhin besetzen einige Cabora-Bassa-Gegner einen Teil des Podiums.

Ich möchte die Herren vom Ordnungsdienst bitten, dafür zu sorgen, daß die Opponenten vom Podium hinuntergehen, andernfalls muß ich Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs stellen.
(Bravorufe, starker, anhaltender Beifall, Protestkundgebung)
Da Sie meiner Aufforderung nicht folgten, habe ich inzwischen bei der Polizei Strafantrag gestellt.

Nach ca 60 Minuten werden die Podiumsbesetzer von Polizisten abgeführt.

VON SIEMENS:
Ich darf den Herren Polizeibeamten für ihre Hilfe danken. (Beifall)

(Auszüge aus dem HV-Stenogramm von "Blick durch die Wirtschaft" v. 24.4., 3.5.und 5.5.72)

Die Verhandlung am 29.1.73 (1)

Eine erste Verhandlung hatte am 13.12.72 gegen Josef Geue stattgefunden (2). Sie war auf den 29.1.73 vertagt worden, weil zur Feststellung, ob Hausfriedensbruch begangen wurde, Peter von Siemens als Zeuge vorgeladen werden mußte. Am 29.1. wurde gegen drei der sechs Podiumsbesetzer verhandelt: Wolff Geisler (Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique), Hartmut Müller (Aktion Dritte Welt Heidelberg/Land), Josef Geue (Aktion Dritte Welt Freiburg).

1. Stellungnahme der Angeklagten zur Anklage

Zunächst machten die Angeklagten einige Angaben über ihren politischen Lebenslauf. Am Anfang stand bei ihnen der christlich und/ oder humanitär motivierte Wunsch, etwas gegen das Elend in den unterentwickelten Ländern zu tun. Seit Ende der 60 -ger, bzw. Anfang der 70 -ger Jahre arbeiteten sie in " "Aktion-Dritte-Welt-Gruppen" mit. Durch die entwicklungspolitische Arbeit kamen sie immer mehr zu der Einsicht, daß die Länder der "Dritten Welt" in Unterentwicklung gehalten werden, und zwar von den regierenden Oligarchien und den mit ihnen kollaborierenden ausländischen Regierungen und großen Kozernen.

Am Beispiel portugiesischer Kolonien wurde den Angeklagten bewußt, daß auch die westdeutschen Konzerne und die jeweilige Regierung Unterdrückungssysteme unterstützen. Die westdeutschen Waffenlieferungen an Portugal und die Investitionen der Firmen AEG, BBC, Hochtief, Siemens, Voith zum Cabora-Bassa-Projekt forderten sie -wie viele Einzelne und Gruppen- zu Protestaktionen heraus. Aktionen auf den Hauptversammlungen der Cabora-Bassa-Konzerne schienen ihnen damals ein Mittel zu sein, über die dort anwesende Presse die Öffentlichkeitzu informieren und Druck auf diese Konzerne auszuüben.(3)



Handelsblatt 17./18.3.72

Die Hauptargumente, die die Angeklagten gegen das Cabora-Bassa-Projekt vorbrachten, waren zusammengefaßt folgende (4):
1) es ist ein Staudamm gegen die Afrikaner
2) das Projekt stützt das portugiesische Kolonialregime
3) es stärkt den weißen Block im südlichen Afrika, der sich politisch, wirtschaftlich und militärisch enger zusammenschließt, um die Afrikaner dieser Gebiete besser koordiniert unterdrücken zu können.
4) durch Cabora Bassa und die geplante Ausbeutung von Bodenschätzen in Mozambique wird ausländisches Kapital in großem Umfang an der Erhaltung der portugiesischen Kolonien interessiert. Die betreffenden Konzerne und Banken werden sich -mit kapitalistischer Logik- der Unabhängigkeit widersetzen, weil keine Hoffnung besteht, daß ein selbstständiges sozialistisches Mozambique Neokolonialismus dulden wird.
5) Cabora Bassa ist also ein politisches und gleichzeitig militärstrategisches Projekt. Es trägt direkt bei zur Intensivierung des krieges in Mozambique.
6) es verstößt gegen Resolutionen der UNO, der OAU und des Ökumenischen Rates der Kirchen.

2. Vernehmung der Zeugen

Peter v. Siemens:

Vorauszuschicken ist, daß uns von der Verwaltung her bekannt war, daß die Absicht von Aktionsgruppen bestand, die Hauptversammlung zweckzuentfremden, d.h. Fragen vor allem zu Cabora Bassa und zur Tätigkeit der deutschen

Industrie im südlichen Afrika, zur Sprache zu bringen. Es liegt ein Protokoll zur Vorbereitung dieser Hauptversammlung vor.

Anwalt: Wie sind Sie in den Besitz dieser Papiere gekommen?

Siemens: Durch Herren unseres Hauses, die ihrerseits aussagen können, woher sie das Material haben.

Siemens: ... Als der Sturm und der Tumult losging, wurde ich vom Rednerpult abgedrängt, so daß ich nicht die Möglichkeit hatte, die Versammlung ordnungsgemäß weiterzuführen. Ich habe darauf hingewiesen, es läge Hausfriedensbruch vor und wir würden die Polizeit um Schutz bitten. Ich habe die Aktionäre gebeten, das Podium zu verlassen. Das Podium war ein ganz klar abgegrenzter Raum gegenüber dem Saal, zugänglich durch zwei Treppen, die nur durch die Saalordner zu betreten waren. Meine Aufforderungen wurden teilweise mit lautstarken Bemerkungen verneint.



Die Damen und Herren weigerten sich, das Podium zu verlassen. Sie setzten sich auf die Tische der Verwaltung, nach einer halben Stunde, da die Polizei leider immer noch nicht erschien, nahm ich die Fortführung auf, das war möglich, weil mehrere der Herren der Verwaltung und des Aufsichtsrats, die auf dem Podium zu tun hatten, mich gegenüber den Aktionären abschirmten, so daß sie mich nicht am Reden tätlich hindern konnten. Ich kann nicht sagen, ob ich zum Ausdruck brachte, man möge den Saal verlassen. Außerdem hätte man den lautstarken Anhang auch des Saales verweisen müssen, was aber aussichtslos erschien. Ich habe die Polizei dann gebeten, das Podium zu räumen.

Geissler: Von wem wurden Sie vom Podium abgedrängt?

Siemens: von Ihnen. Sie haben mich doch wohl zur Seite gedrängt - oder nicht? Ob Sie persönlich das waren, weiß ich nicht, wenn Sie vor mir stehen, fassen sogar das Podium an, dann ist das eine Nötigung. Ich fand mich auf einmal flankiert vor.

Anwalt: Woher konnten Sie denn vorher wissen, was sachbezogen ist und was nicht? Woher wußten Sie, daß der einzelne Aktionär sachbezogen reden wollte?

Siemens: Weil er sich nicht so zu erkennen gegeben hatte.

Müller: Woher wußten Sie, daß ich zu Cabora Bassa sprechen wollte?

Siemens: Es war mir klar gesagt worden, daß Sie ein Cabora Bassist sind.

3. Plädoyer des Staatsanwalts (Auszüge):

Wie war es wirklich? Wurden einige Aktionäre, also Leute, die ihr Geld angelegt hatten, um Geld damit zu verdienen, von der Geschäftsleitung gehindert, Auskünfte zu erfragen, um zu sehen, ob ihr Geld richtig verwaltet wird, oder war es so, daß politisch engagierte Leute da ein Tribunal eröffneten, nämlich Cabora-Bassa-Gegner gegen den Siemens-Konzern? Die Angeklagten haben sich nicht auf Einlassung zur Sache beschränkt, jedoch, ihre lauteren Motive, daß sie aus der Ansicht gehandelt haben: "hier ist was faul, da müssen wir eingreifen", nehmen wir ihnen ab. Haben sie doch auch gemeint, daß sie uns hier ausführen müssen, was schlecht an dem Krieg ist und daß wir uns alle mitschuldig machen, daß dieser Krieg da geführt wird. Die Aktionäre mußten sich das nicht anhören.

In einer Gemeinschaft funktioniert das Zusammenleben nur, wenn die Aufgaben geteilt werden. In einem Staate, der höchsten Form der Gemeinschaft, auch. Da haben wir die Außenpolitik der Regierung übertragen, dem Bundeskanzler. Das ist seine Aufgabe, weil er den größeren Überblick hat. Wenn wir uns alle hier mit Außenpolitik beschäftigen, was käme da heraus! ... In der Hauptversammlung wird das nicht gelöst. Da hat man sich zu beschränken auf die Themen, die die Firma Siemens vorgeschlagen hat.

Ist das Rederecht ungebührlich beschränkt worden? ... Politische Argumente brauchen sich die Aktionäre auf der HV nicht abzuhören.

Politik und Wirtschaft ist schwer zu trennen. Aber wir Kleinen können diese Dinge nicht machen...

4. Plädoyer des Verteidigers (Auszüge):

Ich möchte sagen, daß ich verwundert bin über das Demokratieverständnis des Herrn Staatsanwaltes. Demokratie geht von der Beteiligung jedes einzelnen Bürgers aus.

... Dies ist ein politischer Prozeß. Wir haben hier erstmals den Fall, daß auf der HV eines Großkonzerns die Auslandsaktivitäten angegriffen wurden. ... Daß diese Tätigkeit umstritten ist, zeigt sich in der Tatsache, daß ein schwedischer Konzern aussteigen mußte, daß sich die Italiener aus dem Projekt zurückgezogen haben. Wir berühren hier einen Kernpunkt von Kapitalismus. Vor diesem Hintergrund muß beleuchtet werden: Welche Rechte haben die Angeklagten? Haben sie sich rechtswidrig verhalten, konnte ihr Rederecht beschnitten werden? ... Eine allgemeine Verweigerung des Rederechts ist juristisch nicht möglich. Der Aufsichtsrats-Vorsitzende ist verpflichtet, jedem einzelnen Aktionär das Rederecht zu erteilen ... Cabora Bassa gehörte zu Tagesordnungspunkt 1 ... Es war kein Anlaß gegeben, die Redebeiträge aus zeitlichen Gründen abzuschneiden ... Es liegt ein Verstoß gegen das Aktienrecht von seiten des Vorstands vor. Die Tat der Angeklagten ist nicht rechtswidrig.

Ich fordere Freispruch für die Angeklagten.

5. Erklärung eines Angeklagten

1. Ich bin angeklagt wegen Hausfriedensbruch und Nötigung. Ich fordere Freispruch. Ich kann mich höchstens selbst anklagen, weniger als möglich getan zu haben, um in der BRD zu informieren über die Situation in den portugiesischen Kolonien und darüber, daß die westdeutschen Bundesregierungen und westdeutsche Konzerne - wie z.B. Krupp, AEG, BBC und Siemens - mitschuldig sind am Kolonialkrieg in diesen Gebieten.

2. Daß ich hier angeklagt bin, spricht für die Skrupellosigkeit der Verantwortlichen des Siemens-Konzerns - des Vorstands und des Aufsichtsrats -, die nicht nur in Mozambique dem portugiesischen Kolonialregime Hilfe leisten, dort die Freiheit der Bevölkerung zu unterdrücken, sondern auch hier in der BRD versuchen, Kritik an ihrer Geschäftspolitik mundtot zu machen und zu kriminalisieren.

3. Cabora Bassa ist ein politisches Projekt. (Vgl. FAZ v. 17.11.72. Dort berichtet Walter Haubrich: "Den Dammbau bezeichnet Caetano jetzt als Symbol für die Entschlossenheit Portugals, Mozambique niemals aufzugeben.") Eine kleine radikale Minderheit von Großindustriellen setzt sich über die Interessen eines Volkes hinweg, um ihre eigenen Profitinteressen durchzusetzen. Der Siemens-Konzern ist ein wichtiges Glied in der Kette der multinationalen Großkonzerne und Großbanken und der sie schützenden und unterstützenden Regierungen. Ein Glied der Kette, die für Einzelne und Völker Unfreiheit, Entfremdung und Ausbeutung bedeutet.

4. Im Strafbefehl wird gesagt, wir seien "gewaltsam" und "massiv" vorgegangen. Woher nehmen eigentlich die Konzernherren von Siemens die Unverschämtheit, uns das vorzuwerfen. Wir haben unser Recht gefordert, das uns schon rein juristisch zusteht und auf dem wir bestehen müssen, weil es uns nicht um uns selbst, um Dividende und Profit geht, sondern um Menschen. Die Verantwortlichen des Siemens-Konzerns sind es, die gewaltsam und massiv vorgehen. Durch die Beteiligung am Cabora Bassa-Projekt trägt die Siemens AG direkt bei zu Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg.

5. Die Gewalt geht also von ihnen, den Verantwortlichen des Siemens-Konzerns, aus. Daß wir uns - und nicht diese Kapitalisten sich - hier rechtfertigen müssen, zeigt, wen unser System stützt. Vorstand und Aufsichtsrat, nicht wir, müßten angeklagt werden wegen Nötigung, begangen am Volk von Mozambique. Für Zwang und Mord ist nicht nur der verantwortlich, der ihn ausführt, sondern auch der, welcher - wie z.B. Präsident Nixon - dazu den Auftrag gibt. Aber Schreibtischmord ist kein "Privileg" für Politiker. Er geschieht auch - im Fall des Cabora Bassa-Projekts - durch die Mächtigen in der Industrie, durch die Verantwortlichen des Siemens-Konzerns. Durch die Beteiligung an diesem Staudamm-Projekt und durch Waffenlieferungen an Portugal (z.B. 1970 drei Korvetten für den Kolonialkrieg, geliefert von "Blohm und Voss", Siemens-Beteiligung 12,5 %) leisten Vorstand und Aufsichtsrat des Siemens-Konzerns Beihilfe zum Mord.

6. Urteil (Auszüge):

Geissler: 400 DM oder 20 Tage Haft,
Geue und Müller: je 200 DM oder je 10 Tage Haft

Begründung:

Alle drei Angeklagten sind überzeugte Gegner von jeder Form der Unterdrükkung ... Aufgrund dieser ihrer Einstellung sind sie auch gegen das soge-

Siemens warnt vor weiterer Politisierung der Universitäten

Das öffentliche Bildungswesen wird den Anforderungen der Wirtschaft nicht gerecht

Süddeutsche Zeitung, 4.5.72

nannte Cabora-Bassa-Projekt in Mozambique, an dem die Firma Siemens maßgeblich beteiligt ist...

Die Angeklagten haben das Podium gestürmt und so versucht, ihr Rederecht durchzukämpfen. Es liegt damit ein versuchtes Vergehen der Nötigung vor.

Herr Peter von Siemens war der Auffassung, Cabora-Bassa sei genügend erörtert. Das war eine Ermessensentscheidung, die er durchaus so fällen kann. Die Mehrheit der Aktionäre stimmte dem zu.

Eine Notstandssituation war nicht unmittelbar gegeben, da es anderweitig möglich ist, weiter zu argumentieren ... Güterabwägung kann auch nicht geltend gemacht werden.

Zu ihren Gunsten wird vom Gericht berücksichtigt, daß sie bezüglich des Ablaufs der HV keinerlei Beschönigungen gemacht haben, sondern ihr Verhalten sachlich und den Tatsachen entsprechend geschildert haben, 2. daß sie aus lauteren und edlen Motiven hier gehandelt haben.

In Anbetracht der Einkommenslage hält das Gericht die Strafen für angemessen. Es ist kein Urteil über die Richtigkeit der Auffassung der Angeklagten.

Einspruch:

Gegen das Urteil ist Einspruch erhoben worden.

(1) Die wörtlichen Zitate sind einem inoffiziellen Protokoll entnommen.
(2) Strafbefehl und Kommentar dazu in "Blätter des iz3w" Nr. 20.
(3) vgl. den Artikel über HV-Aktionen in "Blätter des iz3w" Nr. 9 und das Gaibergprotokoll. Weitere kritische Diskussionen über den Sinn solcher Aktionen sind abgedruckt worden in verschiedenen Gruppenrundbriefen. Diese Diskussion ist noch nicht entgültig abgeschlossen. Einigkeit besteht aber darin, daß die "Pressestrategie", d.h. die Hoffnung, eine publizistische Front" aufbauen zu können, fehlgeschlagen ist. Die Presse erwies sich überwiegend als Sprachrohr des Kapitals.
(4) vgl. dazu S. Bosgra "Cabora Bassa"; H. Topf "Warum wir gegen Cabora Bassa sind"; E. Ferreira "Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa", S. 49 ff

js

UNO verurteilt die Projekte CABORA-BASSA und KUNENE:

Mit einer überwältigenden Mehrheit hat die UN-Vollversammlung eine Resolution verabschiedet, in der die Regierungen aufgefordert werden, ihre Staatsbürger und von ihnen kontrollierte Firmen daran zu hindern sich an diesen Projekten zu beteiligen.

Die Resolution erklärt, daß mit diesen beiden Projekten beabsichtigt wird „die kolonialistische und rassistische Vorherrschaft in den afrikanischen Territorien zu zementieren, und daß sie eine Quelle internationaler Spannung sind".

Darüberhinaus werden die Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und anderer Interessen angeprangert, die die Unabhängigkeit kolonisierter Völker verhindern.

Die Resolution wurde mit 106 gegen 6 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen.

(The Star (SA), 16. 12. 72)

aus "issa" Nr. 1/73 S.12

SIEMENS

Wir laden unsere Aktionäre ein zu der

ordentlichen Hauptversammlung

am Donnerstag, dem 22. März 1973, 9.00 Uhr, im Kongreß-Saal des Deutschen Museums, München, Museumsinsel 1.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung ist gemäß § 19 unserer Satzung berechtigt, wer seine Aktien spätestens am [illegible] März 1973 bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegt hat und sie bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort beläßt.

Wir bitten um Ihr Verständnis, daß wir im Interesse eines störungsfreien Ablaufs der Versammlung auch in diesem Jahr bestimmte Organisationsmaßnahmen ergreifen müssen. Wir haben Vorsorge getroffen, daß Koffer, Pakete und dgl. an einer Sondergarderobe abgegeben werden können. Gegen eine Mitnahme von kleinen Gegenständen in den Saal, wie z.B. Handtaschen und Aktenmappen, haben wir keine Bedenken. In der Eingangshalle des Kongreß-Saales werden wir aber Gepäckkontrollen durchführen.

In der Diskussion auf der Hauptversammlung sollten ausschließlich Themen des abgelaufenen Geschäftsjahres behandelt werden. Da wir wieder zahlreiche Wortmeldungen erwarten, liegt es sicher im Interesse aller Aktionäre, wenn jeder Redner seine Ausführungen auf sachliche Themen beschränkt, also knapp und präzise vorträgt und auf Wiederholungen verzichtet.

Für die Beachtung dieser Hinweise danken wir Ihnen.

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

Koordinationsadresse für diejenigen, die zur Siemens-HV gehen wollen oder Aktien zur Verfügung stellen können: Wolff Geisler, 53 Bonn-Beuel, Bergweg 21